



Protokolle
der
öffentlichen
Sitzungen
des
Gemeinderates
2016

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 20. Januar 2016
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Friedrich Englert		
Silvia Reiling		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Feuerwehraufstellflächen für die Kultur- und Sporthalle
4.	Bebauungs- und Grünordnungsplan "Steigstraße" in Bessenbach; Beteiligung im Rahmen der Behördenanhörung
5.	Bebauungs- und Grünordnungsplan des Marktes Hösbach für den Bereich "Gewerbegebiet Kalkwerk Hufgard"; Anhörung im Rahmen der Behördenbeteiligung
6.	Aufstellung einer Abrundungssatzung der Stadt Aschaffenburg im Bereich des Klinikums; Anhörung im Rahmen der Behördenbeteiligung
7.	Jahresrechnung 2014; Feststellung und Entlastung nach örtlicher Prüfung
8.	Sachstandsberichte zu laufenden Maßnahmen
9.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinde-

rat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 02.12.2015 liegt zur Genehmigung vor.
3. Bgm. Horst Hock bittet um Überprüfung des TOP 1- hier stimmt die Zahl der anwesenden Gemeinderäte nicht mit der Anwesenheitsliste überein.

Desweiteren soll die Überschrift des TOP 3 geändert werden. Es sollte hier der Text der Projektplanung: Alten- und Pflegeheim anstelle Seniorenwohnanlage stehen.
Frau Reiling sagt Erledigung zu.

3. Feuerwehraufstellflächen für die Kultur- und Sporthalle

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 05.10.2015 teilt das Landratsamt Aschaffenburg mit, dass ein Beschluss für die Einrichtung von Bewegungsflächen sowie die Feuerwehrezufahrten für die Feuerwehr an der Kultur- und Sporthalle erforderlich ist.

Wie in beiliegendem Lageplan ersichtlich, soll vor dem Biergarten der Kulturhalle eine Fläche von 12 m Länge und 7 m Breite durch Beschilderung „Haltverbot“ und „Bewegungsfläche Feuerwehr“ freigehalten werden.

Weiterhin wird eine Feuerwehrezufahrt erforderlich vor dem Eingang des Hausmeisterhauses mit einer weiteren Bewegungsfläche 12 x 7 m am Eingangstor zum Sportplatz.

Beschilderung: „Feuerwehrezufahrt“ und Haltverbot in diesem Bereich.

Eine ausführliche Aussprache hierzu ist nicht erforderlich.

Beschluss

Vor dem Biergarten der Kultur- und Sporthalle wird eine Bewegungsfläche von 12 x 7 m für die Feuerwehr mit Haltverbot-Beschilderung und Beschilderung „Bewegungsfläche Feuerwehr“ freigehalten. Vor dem Hausmeisterhaus wird eine Feuerwehrezufahrt mit Haltverbot-Beschilderung und Beschilderung „Feuerwehrezufahrt“ sowie eine weitere Bewegungsfläche 12 x 7 m vor dem Tor zum Sportplatz erstellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

4. Bebauungs- und Grünordnungsplan "Steigstraße" in Bessenbach; Beteiligung im Rahmen der Behördenanhörung

Sachverhalt:

Die Gemeinde Bessenbach hat über die Planergruppe Hytrek, Thomas, Weyell, Weyell informiert, dass der Beschluss über die Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes Steigstraße gefasst worden ist. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird der Gemeinde Haibach die Möglichkeit der Stellungnahme gegeben.

Nach Auffassung der Verwaltung werden durch diesen Bebauungsplan die Belange der Gemeinde

Haibach nicht berührt, so dass keine Veranlassung besteht, Bedenken oder sonstige Anmerkungen zu dem B-Plan-Entwurf vorzubringen.

Beschluss

Durch den Bebauungs- und Grünordnungsplanentwurf „Steigstraße“ in Bessenbach werden die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt. Mit der Planung besteht somit Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

5. Bebauungs- und Grünordnungsplan des Marktes Hösbach für den Bereich "Gewerbegebiet Kalkwerk Hufgard"; Anhörung im Rahmen der Behördenbeteiligung

Sachverhalt:

Der Markt Hösbach hat zur 6. Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes sowie zur Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplan

für den Bereich „Gewerbegebiet Kalkwerk Hufgard“ in Hösbach, Ortsteil Rottenberg, der Gemeinde Haibach im Rahmen der Behördenanhörung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Nach Auffassung der Verwaltung werden durch diese Planung die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt, somit besteht keine Veranlassung, Bedenken gegen den Planentwurf zu äußern.

Beschluss

Durch die 6. Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes des Marktes Hösbach sowie durch den Bebauungs- und Grünordnungsplan für den Bereich „Gewerbegebiet Hufgard“ werden die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt. Es besteht somit keine Veranlassung, Bedenken gegen diese Planungen vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

6. Aufstellung einer Abrundungssatzung der Stadt Aschaffenburg im Bereich des Klinikums; Anhörung im Rahmen der Behördenbeteiligung

Sachverhalt:

Die Stadt Aschaffenburg hat mit Schreiben vom 1.12.2015 den Entwurf einer Abrundungssatzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB für den Bereich Klinikum vorgestellt und den Gemeinden die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der Behördenbeteiligung bis zum 15.01.2016 gegeben. Dieser Termin wurde auf Antrag der Gemeinde Haibach verlängert.

Die Abrundungssatzung der Stadt Aschaffenburg sieht eine Erweiterung des Bebauungsgebietes im Bereich des Klinikums vor. Aus Sicht der Verwaltung bestehen gegen die Planungsänderung für das Planungsgebiet keine Bedenken. Allerdings ist nach Auffassung der Verwaltung die Erschließung des Gebietes nach Nr. 1.5 der Begründung mit der Aussage der Erreichbarkeit über die jetzige Klinikumzufahrt nicht ausreichend. Wie schon zur F-Plan Änderung 1987 dargestellt, sollte hierzu ein Verkehrsgutachten bzw. ein Verkehrskonzept vorgelegt werden, das die Erschließung des gesamten Geländes ausreichend darstellt.

Anmerkung:

Die Gemeinde Haibach hat schon zur Änderung des Flächennutzungsplanes 1987 für den Bereich des Klinikums Bedenken bezüglich der unzureichend dargestellten Erschließung geäußert. Diese Bedenken wurden allerdings von der Stadt AB unter Hinweis des Planungsgebietes und der Erschließung über die Ludwigsallee sowie einer Verkehrszählung nicht geteilt. Die Stadt AB hat mittlerweile diese Flächennutzungsplanänderung festgestellt und der Regierung von Unterfranken zur Genehmigung vorgelegt.

(Diese Anmerkung erfolgt nur zur Information; zu der Planung besteht derzeit noch kein Handlungsbedarf. Der F-Plan erhält Rechtskraft nach der Genehmigungsbekanntmachung. Dann kann der Gemeinderat entscheiden, ob ggfs. ein Normenkontrollverfahren unter Hinweis einer unzureichenden Abwägung angestrebt wird.)

GR Hans Georg Seitz schlägt vor, in diesem Falle den Petitionsausschuss des Bay. Landtages einzuschalten oder ein Normenkontrollverfahren durchzuführen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass ein Normenkontrollverfahren ein schwieriges Verfahren darstellt.

GR Susanne Zellner möchte wissen, inwieweit der Markt Goldbach hier auch betroffen ist.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass er bereits mehrfach Gespräche mit Bürgermeister Krimm in Goldbach geführt hat. Hier besteht die gleiche Problematik, da durch die Abfahrt „Goldbach“ der BAB 3 die Österreicher Straße als direkte Zufahrt zum Klinikum Aschaffenburg ausgewiesen wird. Dies bedeutet für den Markt Goldbach ebenso ein erhöhtes Fahrzeugaufkommen.

Nach weiteren Gesprächen mit dem Landrat, Dr. Reuter wird sich dieser in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Krankenhaus-zweckverbandes für die Interessen der Landkreisgemeinden einsetzen.

3. Bgm. Horst Hock führt aus, dass die Gemeinde Haibach keineswegs gegen die Erweiterung und den Ausbau des Klinikums ist. Aber die Verkehrssituation muss ebenfalls mit geprüft werden.

Heute fanden in Würzburg nach seiner Kenntnis bereits die Vergaben für diese Erweiterung statt. Die Gemeinde sollte auf jeden Fall nochmals die Bedenken anmelden. Das Ermessen hierzu liegt im Auge des Betrachters. Die Gemeinde sollte jedoch die Haltung der Stadt Aschaffenburg so nicht akzeptieren.

Bgm. Andreas Zenglein erläutert, dass ein Normenkontrollverfahren durchgeführt werden kann.

GIB Friedrich Englert ergänzt hierzu jedoch, dass dies schwierig ist, weil nur ein Teilabschnitt des Bebauungsplanes betroffen ist. Der Bebauungsplan des Jahres 1987 liegt bei der Regierung zur Genehmigung vor. Sobald dieser Plan Rechtskraft erlangt hat, kann ein Normenkontrollverfahren angestrebt werden.

Die Rechtskraft des Flächennutzungsplan 2030 wurde ebenfalls noch nicht festgestellt.

GR Hans Georg Seitz möchte die Fristen hierzu wissen.

GIB Friedrich Englert stellt fest, dass ein Jahr nach Erlangung der Rechtskraft das Verfahren eingeleitet werden kann.

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, dass die Einwände und Bedenken der Gemeinde wesentlich öffentlicher gemacht werden. Das Main-Echo sollte darüber berichten.

Hierzu entgegnet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass er dies nicht als so gute Lösung ansieht. Es ist ja noch nicht bekannt, wie die Stadt Aschaffenburg die Bedenken der Gemeinde Haibach würdigt. Dies sollte zumindest erst abgewartet werden.

Beschluss

Gegen Entwurf der Abrundungssatzung für den Bereich Klinikum werden seitens der Gemeinde Haibach Bedenken erhoben. Diese Bedenken richten sich insbesondere gegen die in der Begründung zu Punkt 1.5 angegebene Erschließung. Hierzu sollte über ein Verkehrsgutachten bzw. Verkehrskonzept die Gesamterschließung des Klinikums dargestellt werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

7. Jahresrechnung 2014; Feststellung und Entlastung nach örtlicher Prüfung

Sachverhalt:

Mit der Feststellung wird die Rechnungslegung nach der örtlichen Prüfung abgeschlossen und der von der Verwaltung erstellte Entwurf des Jahresabschlusses offiziell zum Jahresabschluss der Gemeinde. Der Gemeinderat kann in der gleichen Sitzung den Jahresabschluss feststellen und über die Entlastung beschließen. Die jeweiligen Beschlüsse müssen aber formal getrennt sein.

Bei der Beschlussfassung über die Entlastung ist der Bürgermeister persönlich beteiligt (Ast. 49 GO) und darf deshalb nicht mit abstimmen.

Weiterhin ist noch ein Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses zu fassen. Der Jahresabschluss 2014 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft.

Besondere Prüfungsfeststellungen haben sich nicht ergeben. Die Jahresabschluss 2014 wird deshalb nach Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt.

Die Ergebnisrechnung weist folgende Zahlen aus:

Ordentliche Erträge	14.707.360,29 €
Ordentliche Aufwendungen	13.086.310,01 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	1.621.050,28 €
Finanzergebnis	9.204,87 €
Ordentliches Jahresergebnis	1.630.255,15 €
Außerordentliches Ergebnis	4.482,03 €
Jahresergebnis	1.634.737,18 €

In der Finanzrechnung ergeben sich folgende Zahlen:

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	14.045.336,00 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	11.493.384,90 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.551.951,10 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	815.799,34 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.323.288,17 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.507.489,43 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-221.627,25 €
Änderungen des Bestandes an Finanzmitteln	822.834,42 €

Die Bilanzsumme zum 31.12.2014 beträgt 60.851.904,09 € und ist somit 1.665.747,90 € höher als die Summe der Schlussbilanz zum 31.12.2013. Das Anlagevermögen konnte um 775.787,21 € und das Umlaufvermögen um 893.349,55 € erhöht werden.

Die Veränderungen auf der Passivseite sehen wie folgt aus:

Eigenkapital	+1.634.737,18 €
Sonderposten	+26.950,34 €
Rückstellungen	-547.018,91 €
Verbindlichkeiten	+550.932,97 €
Passive Rechnungsabgrenzung	+146,32 €
Summe	1.665.747,90 €

Die Änderungen bei den Rückstellungen und den Verbindlichkeiten beruhen im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die Kreisumlage 2015 von der Position Rückstellungen auf die Position Verbindlichkeiten umgebucht worden ist.

GR und Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, Richard Hein, erklärt, dass die Jahresrechnung 2014 vom örtlichen Rechnungsprüfungsausschuss geprüft wurde und keine Beanstandungen vorlagen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass der endgültige Abschlussbericht des Kommunalen Prüfungsverbandes bis Ende März 2016 erwartet wird.

Beschluss

Gemäß Art. 102 Abs. 3 GO wird der Jahresabschluss 2014 in der vorgelegten Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Beschluss

2. Bgm. Max Baumann übernimmt die Leitung der Sitzung:

Der Gemeinderat stimmt der Entlastung des Jahresabschlusses 2014 gem. Art. 102 Abs. 3 GO zu.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein gemäß Art. 49 GO persönlich beteiligt.

Beschluss

Der Jahresüberschuss 2014 in Höhe von 1.634.737,18 € wird der Ergebnismittelverwendung zugewiesen.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

8. Sachstandsberichte zu laufenden Maßnahmen

Sachverhalt:

1. Gemeindeverbindungsstraße

Im Jahr 2015 wurde die Vorbereitung des Baufeldes abgeschlossen. Aufgrund der regenreichen Zeit vor Weihnachten konnte nur eine kleine Teilstrecke des Oberflächenwasserkanaals zur Regenwasserbehandlungsanlage (RWB) „Dörmorsbach“ hergestellt werden.

Aktuell sind die Bauarbeiten bedingt durch das Winterwetter weitestgehend unterbrochen. Lediglich kleinere vorbereitende Arbeiten, wie die Umlegung des Telekomkabels im Gehweg, sind in der Ausführung. Die Vollsperrung der GV-Straße ist ab 15.02.2016 vorgesehen.

Die Genehmigungsplanung für den Neubau des Radweges Haibach – Dörmorsbach ist in Arbeit, der dazugehörige landschaftspflegerische Begleitplan wird in Kürze der Naturschutzbehörde zur Genehmigung eingereicht.

Die Vorbereitungen zum VOF-Verfahren wegen der Vergabe der Ingenieurleistungen zur Planung der Gemeindeverbindungsstraße - 2. Bauabschnitt sind begonnen.

2. Großmannstraße - 2.BA mit Knotenpunkt St 2312:

Die Entwurfsplanung zum Ausbau des 2. Bauabschnittes Großmannstraße ist abgeschlossen, die Genehmigungsplanung zum Ausbau des Knotenpunktes St 2312 liegt dem Staatlichen Bauamt zur Prüfung vor. Die Prüfung des Zuwendungsantrages soll bis voraussichtlich Ende Februar '16 abgeschlossen sein.

3. Sanierung Kultur- und Sporthalle

1. Teilabschnitt: Umkleide/ Duschen UG:

Der Einbau der technischen Einrichtungen Heizung Lüftung, Sanitär ist weitestgehend erledigt. Trockenbau- und Estricharbeiten haben begonnen, mit Abschluss Ende der kommenden Woche.

Nach Estrichtrocknung Herstellung der Wand- und Bodenbeläge. Die geplante Fertigstellung des Umkleidebereiches bis Anfang März 2016 ist aufgrund baulicher Verzögerungen und des aktuellen Winterwetters nicht mehr zu realisieren.

2. Teilabschnitt: Toiletten EG:

Die Bauarbeiten an den Toiletten im Erdgeschoß sind gut vorangeschritten. Die technischen Installationen sind weitestgehend abgeschlossen. Seit dieser Woche erfolgen die Fliesenarbeiten, so dass die Nutzung der Toilettenanlage ab März '16 möglich ist.

3. Teilabschnitt: Umbau Technik/ Küche Gaststätte und Toiletten UG:

Die Bauarbeiten wurden planmäßig am 04.01.2016 begonnen.

Geplante Wiedereröffnung der Gaststätte am 07. März 2016.

Geplante Übergabe der Toilettenanlage UG im Mai 2016

Zeitgleich mit den vorgenannten Maßnahmen wird die bestehende Technikzentrale im UG bei laufendem Betrieb sukzessive umgebaut. Die Arbeiten an der Elektrotechnik werden baubegleitend erledigt.

Die Auswechslung der Hallenbeleuchtung in der Sporthalle in LED-Technik ist planmäßig bis Weihnachten letzten Jahres erfolgt.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, wofür die an der Kultur- und Sporthalle gelagerten Schachtringe erforderlich sind.

Hierzu antwortet **Dipl. Ing. Martin Volk**, dass diese für die Brunnengründung (Fundamente) benötigt wurden.

Des Weiteren fragt **GR Jürgen Goldhammer**, ob es möglich ist, dass die Feuerlöschkästen falsch montiert wurden, da 2 Garagen nicht ordnungsgemäß verschlossen werden können.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass dies nur während der Bauphase in diesem Zustand so ist.

Er informiert, dass die Halle am Montag und Dienstag der kommenden Woche wegen Stromanschlussarbeiten für den gesamten Betrieb geschlossen ist.

GR Toni Stahl schlägt vor, die Planung der OV-Straße im Internet zu veröffentlichen.

Hierzu antwortet **GIB Friedrich Englert**, dass dies im Ratsinfo bereits erfolgt ist.

GR Toni Stahl möchte wissen, ob es sinnvoll ist, Planungssummen zu veröffentlichen.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet hierzu, dass die Kostenschätzungen für die Arbeiten in der Kultur- und Sporthalle bekannt gegeben wurden. Nun hat sich bei der Vergabe eine Verminderung der Kosten ergeben.

Bezugnehmend auf den Artikel über die Maßnahmen in der Kultur- und Sporthalle erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass er immer die Fakten bekannt geben wird, die den Tatsachen entsprechen, wenn das Geheimhaltungsgebot verwirkt ist.

9. Allgemeines

9.1. Busverkehr Dörmorsbach

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass die Linienverbindung nach und von Dörmorsbach über Haibach-Grünmorsbach zum 01.02.2016 eingestellt wird.

Ab diesem Zeitpunkt werden die Fahrten wieder über die Linie 5 abgewickelt.

Für die 31 Dörmorsbacher Schüler wird mit den Eltern eine Infoveranstaltung am 26.01.2016 stattfinden.

Nach einer Vereinbarung mit der AVG wird an Schultagen ein Sonderbus eingesetzt. Die Abfahrt erfolgt in Dörmorsbach um 7:18 Uhr und fährt über Gailbach. Für Schulkinder, die nach Aschaffenburg müssen, besteht die Möglichkeit an der Haltestelle der Firma Adler auszusteigen und dann auf der gegenüberliegenden Seite weiter in Richtung Aschaffenburg zu fahren. In Grünmorsbach können dann die Kinder, die die Grundschule besuchen und die Schüler der Realschule Bessenbach aus- bzw. umsteigen.

Nachmittags würden Busse benötigt werden um: 11:15 Uhr, 12:15 Uhr und 13:00 Uhr. Hier muss jedoch noch geprüft werden, was die günstigste Variante für nur eine Fahrt ist.

Die Verlegung der Busverbindung mit Dörmorsbach betrifft zunächst das Kalenderjahr 2016.

9.2. Sanierungsarbeiten Kultur- und Sporthalle

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass er etliche Anrufe von besorgten Eltern hatte, die meinten, dass in der Halle Arbeiten durchgeführt werden, bei denen Asbeststaub freigesetzt wurde.

Hierzu erklärt er, dass die Arbeiter lediglich Staubschutzmasken trugen. Asbest ist in der Kultur- und Sporthalle nicht vorhanden.

Er bittet dies bei Anfragen an die Gemeinderäte so weiterzugeben.

9.3. Asylbewerber in Haibach

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass es in der Industriestraße Ost weder zu einer Vergewaltigung (Gerücht in Haibach), noch zu einem Polizeieinsatz gekommen ist. Die Polizei ist lediglich zu Präventionseinsätzen dort.

Als erfreuliche Nachricht ist mitzuteilen, dass im Dezember eine Bewohnerin Zwillinge im Klinikum Aschaffenburg auf die Welt brachte.

Im ehemaligen Fitness-Center sind derzeit 110 Personen untergebracht.

In Haibach leben aktuell 147 Asylbewerber in 4 Unterkünften.

Nach Anerkennung des Flüchtlingsstatus müssen sich die Personen nun eigene Wohnungen suchen. Dies bedeutet, dass ca. 30-40 Personen entsprechende Wohnungen suchen. Im Mitteilungsblatt wird hierzu eine Anzeige veröffentlicht. Die Kosten für die Wohnung übernimmt in der Regel das Job-Center, bis die Person dann berufstätig sein kann bzw. ist. Er bittet um entsprechende Mithilfe.

9.4. Info zur Sitzung der Vereinsgemeinschaft

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass in der letzten Vollversammlung folgendes beschlossen und festgelegt wurde:

15.01.2017	Neujahrsempfang
08.07./09.07.	Dorffest

Das erste Treffen zur weiteren Vorbesprechung der Vereinsvertreter findet am 19.04.2016 statt.

9.5. Hortbetreuung

GR Beate Konrad möchte wissen, wie weit der Ablauf bezüglich der Planung für das neue Hortgebäude ist.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies auf der nächsten Tagesordnung des Gemeinderates am 17.02.2016 steht.

9.6. Planungen Haidberg

GR Susanne Zellner möchte wissen, inwieweit bisher auf das Schreiben der Anlieger reagiert wurde.

Bgm. Andreas Zenglein informiert hierzu, dass heute eine Kopie des Schreibens von Frau Junker aus dem Landratsamt an die Eheleute Mayer und RA Leiblein im Rathaus einging.

Es fand bereits ein Gesprächstermin im Landratsamt mit Frau Freytag statt. Hier wurde die vorgesehene Planung übergeben. Eine Stellungnahme des Landratsamtes wird derzeit erarbeitet. Der Gemeinderat wird eine Entscheidung treffen, wenn die baurechtlichen Belange geklärt sind.

9.7. Arbeitskreis Außensportanlagen

GR Toni Stahl fragt, wann ein neuer Termin des Arbeitskreises vorgesehen ist. Die letzte Sitzung fand am 28.07.2015 statt. Er ist der Meinung, dass dieses Thema angegangen werden muss.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass in der Sitzung des Schulforums ebenfalls darüber gesprochen wurde. Derzeit ist die Schulleitung mit der Situation der Sportanlagen zufrieden. Das Sportgelände unterhalb der Sporthalle Am Hohen Kreuz wird offensichtlich nicht mehr benötigt. Es bestehen Ideen, dass die bestehende Sportanlage eventuell nochmals saniert werden kann. Bei den derzeitigen Tendenzen der rückläufigen Schülerzahlen wird von einer Großmaßnahme zunächst abgesehen.

GR Toni Stahl ist der Meinung, dass die Sanierung der Aschenbahn die Thematik nicht zurückdrängen kann. Es besteht ohnehin ein Beschluss des Gemeinderates über die Planung.

GR Jürgen Goldhammer sieht jedoch noch kein Konzept für die Planung.

Bgm. Andreas Zenglein sieht keinen Sinn darin, den Planer zu beauftragen, wenn noch keine genaue Vorstellung bzw. kein Konzept vorliegt. Dies kann im Kultur-, Sport- und Sozialausschuss beraten werden. Ebenso sollten die Mitglieder des Arbeitskreises entsprechende Vorschläge erarbeiten.

9.8. Termine für Bürgerfragestunde

GR Ilse Spielmann fragt, ob die Möglichkeit besteht, die Termine mit Bürgerfragestunde jetzt zu Jahresbeginn festzulegen.

Bgm. Andreas Zenglein sieht hierzu keine Einwände. Es werden folgende Termine festgelegt: 16.03.2016; 29.06.2016; 21.09.2016; 29.11.2016.

9.9. Anfrage zu Ratsinformationssystem

GR Beate Konrad fragt, weshalb die Informationen für die Sitzung erst am Montag eingestellt waren. Ebenfalls sind die Termine nicht für das komplette Jahr hinterlegt.

Es wird darauf hingewiesen, dass durch den Urlaub von Herrn Englert die Unterlagen erst kurzfristig eingestellt werden konnten. Die Termine sind für das nächste Quartal eingestellt – entsprechende Tagesordnungspunkte liegen noch nicht vor.

9.10. Arbeitskreise – Außensportanlage und Kultur- und Sporthalle

3. Bgm. Horst Hock ist der Meinung, dass die Mitglieder des Arbeitskreises auch über die verschiedenen Änderungen informiert werden sollten.

Des Weiteren sollten die Mitglieder des AK „Sanierung Sport- und Kulturhalle“ auch während der Umbau- und Sanierungsphase entsprechende Informationen erhalten.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass in der nächsten Woche in der Sitzung des Kultur- und Sportausschusses zu den Außensportanlagen entsprechende Informationen möglich sind. Bezüglich der Sanierungsarbeiten in der Kultur- und Sporthalle wurde heute ein entsprechender Sachstandsbericht gegeben.

9.10. Kunstrasenplatz

GR Tobias Rückert fragt, ob es korrekt ist, dass die Asylbewerber den Kunstrasen nutzen können.

Er möchte zudem wissen, ob bekannt ist, dass bei der derzeitigen Witterungslage eine Nutzung nicht möglich ist. Es sollten entsprechende Kontrollen durchgeführt werden.

Er schlägt zudem vor, dass auch Schilder in arabischer Sprache aufgestellt werden sollen.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die Nutzung gestattet ist, ebenfalls wurde die Information weitergegeben, dass bei Schnee und Glätte kein Bespielen möglich ist. Er weist nochmals darauf hin, dass er ohnehin einen Zaun an diesem Platz bevorzugt hätte.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **17.02.2016** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 17. Februar 2016
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Friedrich Englert		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Änderung des Flächennutzungsplanes an der Gemarkungsgrenze Grünmorsbach / Bessenbach im Bereich des Moto-Cross-Geländes
4.	Aufstellung eines Bebauungsplanes für ein Sondergebiet Moto-Cross-Strecke an der Gemarkungsgrenze Grünmorsbach / Straßbessenbach
5.	Tektur zum Hochwasserrückhaltebecken "Morsbach" der Gemeinde Bessenbach
6.	Planung für den Kinderhort
7.	Einrichtung für kommunale Hotspots für ein BayernWLAN
8.	Bauleitplanung der Gemeinde; Überarbeitung von Bebauungsplänen
9.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten alle erschienen sind, der

Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 20.01.2016 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Änderung des Flächennutzungsplanes an der Gemarkungsgrenze Grünmorsbach / Bessenbach im Bereich des Moto-Cross-Geländes

Sachverhalt:

Die Gemeinde Bessenbach beabsichtigt, für das Moto-Cross-Gelände einen Bebauungsplan aufzustellen und den Flächennutzungsplan entsprechend zu ändern. Die Strecke des jährlich stattfindenden Moto-Cross-Rennens betrifft auch einen Teilbereich der Dörmorsbacher Gemarkung.

Eine Bauleitplanung ist nur innerhalb der eigenen Gemarkung möglich, so dass für den außermärkischen Bereich ein eigener Bebauungsplan aufgestellt sowie der Flächennutzungsplan geändert werden muss.

Die Gemeinde Bessenbach hat daher angefragt, ob die Gemeinde Haibach bereit ist, für das betreffende Gebiet den Flächennutzungsplan zu ändern. Die hierfür anfallenden Kosten werden selbstverständlich von der Gemeinde Bessenbach übernommen.

Die Planung wird von dem Ing.Büro Hytrek, Thomas, Weyell, Weyell, durchgeführt, für den Gemarkungsbereich Dörmorsbach in Abstimmung mit unserem Ortsplaner, Bauatelier Richter und Schöffner.

Der Bebauungsplan mit der erforderlichen Änderung des Flächennutzungsplanes wird in seiner Gesamtheit von Herrn Matthiesen von dem beauftragten Ing.Büro vorgestellt.

Vom Gemeinderat ist nunmehr die Änderung des Flächennutzungsplanes für den Teilbereich der Dörmorsbach Gemarkung zu beschließen.

Zu der Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bessenbach (wird voraussichtlich am 23.02. beschlossen) wird die Gemeinde Haibach im Rahmen der Behördenanhörung beteiligt.

Diskussionsverlauf:

Die Kosten für die Änderung des Flächennutzungsplanes trägt die Gemeinde Bessenbach. Der Planer, **Herr Matthiesen**, erläutert ausführlich die geplante Änderung des Areals. Die Gemeinde Bessenbach hat diesbezüglich bereits einen Grundsatzbeschluss zur Änderung gefasst. Es sollen die Bereiche Jugendtrainingsgelände und

Parkgelände festgeschrieben werden. Zur Nutzung des Jugendtrainingsgeländes ist eine Nutzung 2 x wöchentlich, jeweils 1 Stunde vorgesehen. Der Bereich des „Sattel“-Geländes im Bereich der Gemarkung Haibach-Dörmorsbach wird 1 x pro Jahr für die Großveranstaltung benötigt.

3. Bgm. Horst Hock führt aus, dass die Thematik keine neue Angelegenheit darstellt. Vor 15 wurde dies bereits schon einmal vorgelegt. Dieser Antrag wurde damals abgelehnt. Seit dieser Zeit gibt es auch keine Änderung der Situation. Nach seiner Meinung ist dieses Verfahren in Bezug auf die wasserrechtlichen Belange genauestens zu prüfen. Es müssen hier alle Vorgaben erfüllt werden. In den letzten Jahren wurden diese Veranstaltungen immer geduldet und auch Vereine waren bei der Abwicklung behilflich. Wenn nun diese Festschreibung erfolgt, dann hat die Moto-Cross-Strecke einen Bestand. Eventuell kommen dann auch kommerzielle Nutzer ins Gespräch, die diese Anlage entsprechend nutzen wollen. Er wird sich nicht für diese Änderung aussprechen.

Der Planer, **Herr Matthiesen**, erwidert, dass durch die Aufstellung eines B-Planes ein besserer Einfluss auf die Veranstaltungen bzw. die Nutzung des Areals festgelegt wird.

Seither musste der Motorsport Club über das Landratsamt umfangreiche Genehmigungen anfordern und ausstellen lassen. Dies würde dann, bei einer Festschreibung des Umfangs und der zu nutzenden Flächen, entfallen, weil alles im Bebauungsplan festgeschrieben wird.

So werden zum Beispiel der Lärm und die Nutzungsdauer festgelegt, die wasserrechtlichen Belange werden immer höher angesetzt, damit ein 100%iger Schutz der Wasserzonen möglich ist.

Durch den Bebauungsplan hat die Gemeinde wesentlich mehr Möglichkeiten auf dieses Areal Einfluss zu nehmen.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass die Gemeinde Haibach durch die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes und eines Bebauungsplanes wesentlich höhere Einspruchsrechte haben wird, als bei einer Anhörung zu einer Genehmigung einer Veranstaltung.

GR Hans Georg Seitz stellt fest, dass die Immissionen für die Grünmorsbacher Bürger nicht

unterschätzt werden sollten. Durch die Ausweitung der Trainingszeiten wird dies schon eine Belastung darstellen. Das Gelände soll aus dem Bereich Naturpark Spessart herausgenommen werden, dies bringt natürlich auch ganz andere Möglichkeiten als in der jetzigen Form.

Bezüglich des Wasserschutzes ist er der gleichen Meinung wie 3. Bgm. Horst Hock. Er ist zudem der Meinung, dass zuerst der Gemeinderat Bessenbach über dieses Verfahren abstimmen sollte und danach die Gemeinde Haibach. Einen solchen Zugzwang sieht er deshalb für Haibach nicht.

Der Planer, **Herr Matthiesen**, erklärt, dass durch die Herausnahme aus dem Naturpark Spessart sehr wohl langwierige Prüfungen anstehen, da dieses Verfahren sehr weitreichend ist.

Die Thematik Wasserschutz wird auch im Gemeinderat Bessenbach als sehr kritisch angesehen.

In der heutigen Abstimmung soll lediglich über die Aufstellungsbeschlüsse für den Flächennutzungsplan sowie für den Bebauungsplan abgestimmt werden. Danach werden die Auflagen hierzu erarbeitet, abgewägt und diskutiert.

Die gleiche Aussage trifft **Bgm. Andreas Zenglein**, die einzelnen Festlegungen erfolgen immer im nächsten Arbeitsschritt. Zuvor muss erst die Aufstellung beschlossen werden.

GR Jürgen Goldhammer erklärt, dass auch für ihn die Zone 3 des Wasserschutzgebietes wichtig und zu beachten ist. Wenn Bessenbach dann später beliebige Änderungen einplant, kann kein Einspruch mehr von Haibach erfolgen.

GR Toni Stahl möchte wissen, ob der Verein auch weiterhin die Möglichkeit hat, das seitherige Verfahren mit den jährlichen Genehmigungen zu beantragen.

Diese Frage beantwortet **Herr Matthiesen** mit der Aussage, dass dies möglich sei.

GR Toni Stahl weist im Weiteren darauf hin, dass 90 % des Haibacher Wassers nicht aus der Quelle in Bessenbach kommen. Er gibt auch zu bedenken,

dass die Staatsstraße sicherlich mehr Gefahren mit sich bringt als die einmal jährlich stattfindende Veranstaltung.

GR Hans Georg Seitz erwidert, dass es nicht nur um die jährliche Veranstaltung, sondern auch um die Festschreibung und eventuell zusätzliche Nutzung des Trainingsgeländes geht.

GR Peter Amrhein sieht dieses Verfahren als „Türöffner“ für die Nutzung dieses Gebietes. Er ist der Meinung, dass die jährliche Genehmigung das bessere Verfahren darstellt. Bei einer nachträglichen Änderung hat Haibach keine Handhabe, wenn bereits ein Beschluss gefasst wurde.

GR Anja Goymann spricht sich dafür aus, dass zuerst Bessenbach seinen Beschluss fassen sollte. Hier sollte die erste Entscheidung fallen. Eventuell kommt das Signal aus Haibach, dass wir dieses Verfahren so nicht möchten und der Gemeinderat in Bessenbach trifft eine andere Entscheidung. Haibach hingegen hat dem Verfahren bereits zugestimmt und muss seinen Beschluss wieder zurücknehmen.

Es wird vorgeschlagen die Abstimmung durchzuführen.

Beschluss

Die Gemeinde Halbach ist mit der Aufstellung einer Änderungsplanung des Flächennutzungsplanes für das Moto-Cross-Gelände einverstanden. Für den Teilbereich in der Dörrmorsbacher Gemarkung wird ein eigener Bebauungsplan aufgestellt. Das Verfahren zu dieser Flächen-nutzungsplanung erfolgt parallel mit dem entsprechenden Bebauungsplan sowie parallel mit der Planung der Gemeinde Bessenbach zum Flächennutzungs- und Bebauungsplan.

Die Kosten für die Änderung des
Flächennutzungsplanes trägt die Gemeinde
Bessenbach.

**Abstimmungsergebnis: ja: 7 nein: 14
abgelehnt**

4. Aufstellung eines Bebauungsplanes für ein Sondergebiet Moto-Cross-Strecke an der Gemarkungsgrenze Grünmorsbach / Straßbessenbach

Sachverhalt:

Die Gemeinde Bessenbach beabsichtigt, für das Moto-Cross-Gelände einen Bebauungsplan aufzustellen. Die Strecke des jährlich stattfindenden Moto-Cross-Rennens betrifft auch einen Teilbereich der Dörmorsbacher Gemarkung.

Eine Bebauungsplanung ist nur innerhalb der eigenen Gemarkung möglich, so dass für den außermärkischen Bereich ein eigener Bebauungsplan aufgestellt werden muss.

Die Gemeinde Bessenbach hat daher angefragt, ob die Gemeinde Haibach bereit ist, für das betreffende Gebiet einen Bebauungsplan aufzustellen. Die hierfür anfallenden Kosten werden selbstverständlich von der Gemeinde Bessenbach übernommen.

Die Planung wird von dem Ing.Büro Hytrek, Thomas, Weyell, Weyell, durchgeführt, für den Gemarkungsbereich Dörmorsbach in Abstimmung mit unserem Ortsplaner, Bauatelier Richter und Schöffner.

Der Bebauungsplan wird in seiner Gesamtheit von Herrn Matthiesen von dem beauftragten Ing.Büro vorgestellt.

Vom Gemeinderat ist nunmehr die Aufstellung eines eigenen Bebauungsplanes für den Teilbereich der Dörmorsbacher Gemarkung zu beschließen.

Zu dem Bebauungsplan der Gemeinde Bessenbach (wird voraussichtlich am 23.02. beschlossen) wird die Gemeinde Haibach im Rahmen der Behördenanhörung beteiligt.

Es wird hier Bezug genommen auf den vorherigen Punkt der Tagesordnung.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach ist mit der Aufstellung einer Bebauungsplanung für das Moto-Cross-Gelände einverstanden. Für den Teilbereich in der Dörmorsbacher Gemarkung wird ein eigener Bebauungsplan aufgestellt. Das Verfahren zu diesem Bebauungsplan erfolgt parallel mit der Änderung des Flächennutzungsplanes sowie parallel mit der Planung der Gemeinde Bessenbach zum Flächennutzungs- und Bebauungsplan.

Die Kosten für den Bebauungsplan „Moto-Cross-Gelände Bessenbach“ trägt die Gemeinde Bessenbach.

**Abstimmungsergebnis: ja: 7 nein: 14
abgelehnt**

5. Tektur zum Hochwasserrückhaltebecken "Morsbach" der Gemeinde Bessenbach

Sachverhalt:

Die Gemeinde Bessenbach errichtete von Sommer 2008 bis zum Frühjahr 2009 das Hochwasserrückhaltebecken „Morsbach“. Im Rahmen der Bauausführung des Dammkörpers wurde von den Vorgaben der genehmigten Planung abgewichen, um damit eine höheres Stauvolumen zu erzielen (geplant: 2.800 m³, Bestand: 7.300 m³). Nach Abstimmung mit den Genehmigungsbehörden soll mit der jetzt vorgelegten Tekturplanung die vorhandene Anlage nachträglich genehmigt und bauliche Defizite aufgrund der Planungsabweichungen beseitigt werden.

Zur Erteilung der wasserrechtlichen Genehmigung sind noch verschiedene Maßnahmen erforderlich:

- Absenkung und Sicherung der Dammscharte zur HW-Entlastung mit Steinwurf aus Wasserbausteinen
- Sicherstellung des Freibordes durch Errichtung einer Sockelmauer auf der Dammkrone
- Herstellung eines Flügeldammes im südlichen Hangbereich zur Vermeidung von Umläufigkeiten
- Sicherung der HW-Entlastung mittels Querriegeln aus Stahlspundwänden
- Neugestaltung des Ablaufgrabens und der angrenzenden Böschungsbereiche

Die notwendigen technischen Maßnahmen sind mit den zuständigen Behörden abgestimmt, die Standsicherheitsnachweise liegen vor.

Im Rahmen der Tektur-Genehmigung wurde die Gemeinde Haibach vom Landratsamt Aschaffenburg als direkt betroffener Nachbar zur Stellungnahme aufgefordert.

Von Seiten der Bauverwaltung bestehen keine Einwände gegen die geplanten Maßnahmen.

Es wird lediglich angeregt, die Sockelmauer zur Sicherstellung des Freibordes aus optischen Gründen in „naturnaher“ Bauweise (Bruchsteinmauerwerk) herzustellen.

Die Gemeinde Bessenbach wird nach Zustimmung der Behörden und Träger öffentlicher Belange mit dem Teilumbau des HW-Rückhaltebeckens beginnen.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach stimmt der vorgelegten Tektur-Planung zur Errichtung eines HW-Rückhaltebeckens zu. Es wird angeregt, die Sockelmauer in naturnaher Bauweise zu errichten.

Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0

6. Planung für den Kinderhort

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 02.12.2015 den Standort für den Neubau eines Kinderhortes mit einer Mensa im Bereich des Schuleinganges / Fahrradhalle festgelegt.

Die Verwaltung hat als Grundlage die Skizzen des Architekten Möller an das Kreisjugendamt weitergeleitet. Der Bedarf für die Errichtung eines Kinderhort wurde von dem Sachbearbeiter, Herr Werner Dauphin, bestätigt. Die Planunterlagen wurden zudem an die Regierung von Unterfranken gesandt zwecks Überprüfung von Zuschussmöglichkeiten.

Diesbezüglich findet bei den Sachbearbeitern der Regierung von Unterfranken am Montag, 15.02., eine Besprechung statt.

Bei dieser Besprechung mit Frau Klein und Frau Eschenbacher von der Regierung von Unterfranken sowie mit Herrn Dauphin vom Kreisjugendamt wurde festgestellt, dass die in der Skizze vorgelegte Planung über die maximal zu fördernde Fläche nach dem amtlichen Raumprogramm hinausgeht. Hierbei ist noch zu prüfen, inwieweit eine Förderung für die schulische Nutzung (Mensa) möglich ist.

Die Förderung erfolgt nach dem FAG je nach Steuerkraft der jeweiligen Kommune. Für Haibach ist mit einem Fördersatz von 38 % zu rechnen.

Von den Sachbearbeiterinnen bei der Regierung wurde über das vorgelegte Raumprogramm angeregt, dass in dem Gebäude ein Mehrzweckraum integriert werden sollte, um z.B. Sport, Gymnastik, Werken etc. zu ermöglichen. Die Räume der Schule sind dafür, z.B. in den Ferienzeiten, schwerer zugänglich. Außerdem müssen auch Materialien für den Hort gelagert werden.

Von der Regierung wurde der Bedarf für 4 Hortgruppen als angemessen bezeichnet, da auch in Zukunft damit gerechnet werden kann. So kann z.B. bei einer offenen Ganztags-schule im Grundschulbereich eher mit einem Zugang der Hortkinder gerechnet werden.

Es wurde zudem auch dargestellt, dass der Kinderhort eine eigenständige Einrichtung und unabhängig von der Schule zu sehen ist. Außerdem wird der Hort von dem Kinder-gartenträger betreut nicht von der Schule.

Von der techn. Sachbearbeiterin, Frau Klein, wurde zu der Planung dargelegt, dass aufgrund der aufgezeigten Fläche mit Netto-Baukosten von 2,4 Mio Euro zzgl. Nebenkosten zu rechnen ist. Damit würden die Planungskosten über ein Honorar von 209.000 Euro hinausgehen. Dies macht wiederum das VOF-Verfahren erforderlich.

Somit stellt sich nicht mehr die Frage einer freien Vergabe für die Architektenleistungen. In diesem Verfahren kann auch ein Skizzenwettbewerb beinhaltet sein.

Ergänzung 17.02.2016:

Bei der Regierung von Unterfranken wurde bezüglich der schulischen Förderung der Mensa nachgefragt. Hierzu wurde mitgeteilt, dass grundsätzlich eine Förderung möglich ist, da im Schulbereich noch kein Raum vorhanden ist, der eine Essensreichung ermöglicht. Zur Ermittlung der Förderung sind die Schülerzahlen festzustellen (sowohl für die Mittel- als auch künftig für die Grundschule) und ins Verhältnis zur Hortbetreuung zu setzen. Anhaltspunkt für die Grundschule könne z.B. die jetzige Mittagsbetreuung sein.

Zur Vergabe von Planungsleistungen teilte Herr Bau mit, dass es u.U. sinnvoll ist, die Architektenleistungen bis maximal zur Leistungsphase 2 zu beauftragen.

(Lph 1: Grundlagermittlung, Lph 2: Vorplanung (beinhaltet Kostenschätzung). Mit den Planungsergebnissen kann die Notwendigkeit eines VOF-Verfahrens besser festgelegt werden.

Aufgrund dieser Aussage erscheint es der Verwaltung sinnvoll, einen Architekten nach Wahl zunächst mit der Leistungsphase 1 und 2 zu beauftragen (evtl. mit der Option der weiteren Leistungsphasen, falls kein VOF-Verfahren erforderlich ist).

Alternativ könnte ein Skizzenwettbewerb erfolgen, bei dem mehreren Architekten ein Konzept aufgrund eines vorgegebenen Raumprogrammes vorstellen. Für diese Leistungen ist eine Vergütung vorzusehen.

Aus Sicht der Verwaltung ist der Skizzenwettbewerb nicht erforderlich, da das Raumprogramm weitestgehend vorgegeben ist und einen zusätzlichen zeitlichen Aufwand zur Folge hat.

Nach der ausführlichen Information zum Gesprächstermin bei der Regierung erklärt **Dipl.**

Ing. Martin Volk, dass Herr Guntau vor dem Vorhaben warnt, einen Skizzenwettbewerb durchzuführen. Dieser Wettbewerb muss nach den Leistungsphasen 1 und 2 abgerechnet und bezahlt werden. Hierauf haben die Architekten Anspruch.

GR Jürgen Goldhammer kann dies nicht nachvollziehen, es sollte ein klassischer Wettbewerb erfolgen.

3. Bgm. Horst Hock bemerkt ebenfalls, dass entsprechende Skizzen angefordert werden sollten. Die Planung von Herrn Möller bezeichnet er als ungeeignet und nicht ausgereift.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass Herr Möller lediglich den Auftrag hatte, einen geeigneten Standort zu ermitteln. Diesen Auftrag hat er mehr als erfüllt. Die vorliegenden Skizzen sind lediglich als Kubus anzusehen, die jederzeit ausgetauscht werden können. Darauf wurde schon mehrfach hingewiesen. Nun auf eine unzutreffende Planleistung hinzuweisen, ist völlig unangebracht.

GR Toni Stahl erwidert, dass dieses komplexe Thema im Arbeitskreis besprochen werden sollte. Die entsprechenden Informationen von Herrn Dauphin sollten daher dort auch bekannt sein.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass diese Entscheidung der Gesamtgemeinderat trifft und nicht der Arbeitskreis.

GR Hans Georg Seitz ist der Auffassung, dass Herr Möller doch auch die entsprechenden Vorgaben hätte kennen müssen.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass jederzeit neue Architekten für einen entsprechenden Wettbewerb gesucht werden können. Dann sollte eine Terminvorgabe für die Bereitstellung erteilt werden. Er verweist nochmals darauf, dass Herr Möller lediglich den Auftrag hatte, einen geeigneten Standort zu ermitteln.

GR Hans Georg Seitz stellt fest, dass bei einem Auftragsvolumen von mehr als 2,4 Mio EUR sowieso wieder ein VOF-Verfahren durchgeführt werden muss.

Dipl. Ing. Martin Volk bemerkt, dass die Kosten des Büros Guntau unter 10.000 EUR liegen werden.

GR Jürgen Goldhammer sieht bei einer Kostenschätzung von 2,4 Mio EUR bei 750 m² dies einem Quadratmeterpreis von 3.500 EUR. Für den Hort werden 477 m² und 110 m² für die Mensa gerechnet.

Beschluss

Für die Vorplanung eines Kinderhortes wird ein Architekten-Wettbewerb ausgeschrieben – ohne Beschreibung der Leistungen. Die Abgabefrist läuft bis zum 15.04.2016.

Abstimmungsergebnis: ja: 15 nein: 6

7. Einrichtung für kommunale Hotspots für ein BayernWLAN

Sachverhalt:

Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen hat mit Schreiben vom 01.02.2016 mitgeteilt, dass mit Bayern – WLAN bis 2020 ein dichtes Netz kostenfreier Hotspots im Freistaat geknüpft werden soll. Diese Hotspots können an geeigneten staatlichen Behörden eingerichtet werden. Kommunen können diese aus einem Rahmenvertrag beziehen. Der Freistaat übernimmt pro Kommune die Ersteinrichtungskosten für zwei kommunale Einrichtungen.

Der entsprechende Rahmenvertrag wird Ende März 2016 geschlossen. Über die genauen Konditionen wird erst dann informiert. Nach dem Schreiben des Finanzministeriums sollten die Kommunen sich überlegen, wo sie BayernWLAN einrichten wollen.

Aus Sicht der Verwaltung sind geeignete Standorte an der Kultur- und Sporthalle sowie am Rathaus. Sobald der Rahmenvertrag vorliegt und die Kosten genannt werden können, sollten weitere Hotspots

überlegt werden, z.B. am Bürgerhaus Dörmorsbach und der „alten Schule“ in Grünmorsbach.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach beteiligt sich an Bayern-WLAN zur Erstellung eines dichten Hotspot-Netzes. Im Rahmen der Förderung der Ersteinrichtungskosten werden vorläufig folgende Standorte festgelegt:

- ☐ Rathaus Haibach
- ☐ Kultur-und Sporthalle.

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Anträge zur Übernahme der Ersteinrichtungskosten zu stellen.

Sobald der Rahmenvertrag für das Bayern-WLAN vorliegt, wird über weitere Standorte in allen Ortsteilen entschieden.

Abstimmungsergebnis: ja: 21 nein: 0

8. Bauleitplanung der Gemeinde; Überarbeitung von Bebauungsplänen

Sachverhalt:

In Haibach existieren eine Vielzahl von Bebauungsplänen. Einige davon sind mittlerweile digitalisiert, andere haben eine Erstausfertigung der 60er Jahre und sind teilweise nur schwierig lesbar. Zum Beispiel stammt der Bebauungsplan „Alter Ortsteil West“ aus dem Jahr 1966; das Gebiet ist größtenteils bebaut (die letzte größere Änderung betraf das „Mertens-Gelände“). Aufgrund der Größe des Bebauungsplanes und der bebauten Grundstücke wäre z.B. eine Aufhebung des Bebauungsplanes denkbar, so dass weitere Planungsabsichten nach § 34 BauGB (innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile) zu behandeln wären.

Andere Bebauungspläne sollten digitalisiert und teilweise in den Festsetzungen angepasst werden.

Mit Frau Richter und Herrn Schäffner wurden Vorschläge für die Überarbeitung von Bebauungsplänen besprochen. Hierbei wurden insbesondere folgende Möglichkeiten ins Auge gefasst:

- a) Digitalisierung mit Überarbeitung
- b) Digitalisierung mit Beibehaltung der Festsetzungen
- c) Einscannen der Bebauungspläne
- d) Aufhebung von Bebauungsplänen

Die jeweiligen Kosten konnten dabei nicht genannt werden, da diese von der Größe des Baugebietes abhängig sind. Eine Digitalisierung mit Überarbeitung der Grenzen und der Festsetzungen ist sehr aufwändig.

Folgende Bebauungspläne sind bereits digitalisiert:

- ☐ Birkenwiese
- ☐ Krautgärten
- ☐ Sommerackerweg
- ☐ Sondergebiet Feuerwehr – Bauhof
- ☐ Sondergebiet Holzlagerplatz
- ☐ Kinder- und Jugendfarm
- ☐ Grünmorsbach Nord
- ☐ Grubenäcker
- ☐ Helgenhecke
- ☐ Hohe-Warte-Weg
- ☐ Mittelknüchel

Nach Auffassung von Verwaltung und Bauamt in Abstimmung mit dem Ortsplaner sollten folgende Bebauungspläne digitalisiert und überarbeitet werden:

- ☐ Bessenbacher Weg (Teilbereich)
- ☐ Rohrwiesen-Hundsäcker
- ☐ Holzwiesen
- ☐ Seizenäcker

Bei folgenden Bebauungsplänen sollte eine reine Digitalisierung mit Beibehaltung der Festsetzungen ausreichen:

- ☐ Am Hohen Stein
- ☐ Auf der Höhe
- ☐ Gemeindefeld
- ☐ Südlich der B 8 (Sollte eine Änderung, wie z.B. Grünmorsbach Nord, gewünscht werden, ist auch eine Überarbeitung notwendig)

Bei folgenden Bebauungsplänen ist auch ein Einscannen möglich (Digitalisierung ist natürlich die bessere Variante – Einstellen z.B. über das

Vermessungsamt in Bayernviewer,
Weiterbearbeitung)

- ☐ Am Wingert
- ☐ Gewerbefläche B 8 - Sportfläche Ober dem Dörnbach (eine Überarbeitung mit Festsetzungen ist aufgrund der B-Plan-Größe sehr kostenintensiv)
- ☐ Hauptstraße
- ☐ Erdumschlagplatz Haidberg

Folgende Baugebiete sind weitestgehend bebaut; die Bebauungspläne könnten aufgehoben werden, so dass Bauvorhaben nach § 34 BauGB beurteilt werden:

- ☐ Alter Ortsteil West
- ☐ Bornäcker
- ☐ Goethestraße-West

Selbstverständlich können für Digitalisierung mit und ohne Überarbeitung entsprechende Angebote von Frau Richter eingeholt werden.

In der Diskussion wird die Frage gestellt, warum eine Aufhebung der Bebauungspläne erforderlich ist.

Hierzu antwortet **GIB Friedrich Englert**, dass dann eine Beurteilung nach § 34b möglich ist. Dies stellt eine Vereinfachung des Baugenehmigungsverfahrens dar.

GR Hans Georg Seitz vertritt die Meinung, dass dies in Einzelfällen, d.h. Baugebiet für Baugebiet, entschieden werden sollte.

Hierzu besteht Einverständnis.

9. Allgemeines

Informationen von **Bgm. Andreas Zenglein**:

In der vergangenen Nacht kam es zu einem Zwischenfall in der dezentralen Unterkunft des Landratsamtes in der Industriestr. Ost 20. Hierbei haben 5 Männer versucht, sich zu strangulieren. **Bgm. Andreas Zenglein** teilt mit, dass er persönlich von 1:30 Uhr bis 5:30 Uhr dort vor Ort war.

Am heutigen Mittwoch fanden bereits mehrere Gespräche dort statt. Der Chef, ein Mitarbeiter und

ein Dolmetscher des BAMF – Außenstelle Schweinfurt - waren vor Ort und haben über den Ablauf des Verfahrens informiert.

Heute Abend fand eine Informationsveranstaltung des Landratsamtes mit dem Helferkreis, der für die Halle zuständig ist, statt.

3. Bgm. Horst Hock bemerkt, dass er dem Helferkreis und vor allem auch dem Bürgermeister für deren Einsatz, nicht nur in dieser Situation, Hochachtung und Dank zollt.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 16. März 2016
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 21:50 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Friedrich Englert		
Michael Müller		
Silvia Reiling		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Bürgerfragestunde
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
4.	Änderung des Flächennutzungsplanes; Alten-und Pflegeeinrichtung mit Betreutem Wohnen am Wendelberg; Wiedervorlage
5.	Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Mittelknüchel
6.	Festlegung der Steuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2016; Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses
7.	Verabschiedung des Haushaltsplanes 2016 mit Anlagen
8.	Feststellung der Jahresabschlüsse für die Wasserversorgung für die Jahre 2013 und 2014
9.	Feststellung der Jahresabschlüsse für die Kultur- und Sporthalle für die Jahre 2013 und 2014
10.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten alle erschienen sind, der

Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Bürgerfragestunde

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt die zahlreich erschienenen Zuhörer. Auf Anfrage bezüglich der Bürgerfragestunde meldet sich keiner der anwesenden Bürger zu Wort.

Demnach beginnt die reguläre Sitzung des Gemeinderates bereits um 19:05 Uhr.

3. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 17.02.2016 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

4. Änderung des Flächennutzungsplanes; Alten- und Pflegeeinrichtung mit Betreutem Wohnen am Wendelberg; Wiedervorlage

Sachverhalt:

Im Gemeinderat wurde bereits über die Ausweisung eines Gebietes für eine Alten- und Pflegeeinrichtung mit Betreutem Wohnen am Wendelberg diskutiert. Zuletzt wurde in der Gemeinderatssitzung am 2. Dezember 2015 folgender Beschluss gefasst:

„Zur Erstellung von Seniorenwohnanlagen am Wendelberg wird beabsichtigt, die Aufstellung der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes zu beschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bebauungsmöglichkeit mit den Vertretern des Landratsamtes abzustimmen.“

Mittlerweile liegt die Stellungnahme des Landratsamtes Aschaffenburg vor.

Unter Bezugnahme auf den Regionalplan Bayerischer Untermain teilt die Bauaufsichtsbehörde u.a. mit, dass die ausgewählte Fläche aus naturschutzrechtlicher und städtebaulicher Sicht wenig geeignet ist. Der vorgesehene Planungsumgriff berührt einen Bereich, der im Regionalplan als fachliches Ziel „Regionaler Grünzug – Gz4 zwischen Aschaffenburg, Goldbach und Haibach enthalten ist. Diese Grünzüge mit Trenngrün sollen die Sicherung und Erhaltung ausreichender Freiflächen insbesondere zwischen den Siedlungsgebieten gewährleisten.

Zudem ist das komplette Planungsgebiet zu 100 % in der Biotopkartierung Bayern erfasst („extensiv genutzter Privatpark am Wendelberg westlich Haibach“).

Es wird u.a. auch auf den bestehenden Flächennutzungs- und Landschaftsplan der Gemeinde Haibach verwiesen, der das Planungsgebiet mit den Einträgen „Hecken und Feldgehölze“ sowie „Einzelbäume und Obstwiesen“ als Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft kennzeichnen.

Abschließend hält die Bauaufsichtsbehörde wie auch bei früheren Planungen in dem betroffenen Bereich das vorliegende Vorhaben aus naturschutzrechtlichen und städtebaulichen Gründen für nicht vertretbar. Die Belange des Naturschutzes und der Landespflege sind höher zu gewichten als die vorgesehene Bebauung.

Eine Änderung des Flächennutzungsplanes wird als nicht genehmigungsfähig beurteilt.

Aus Sicht der Verwaltung ist dieser Stellungnahme nichts mehr hinzuzufügen. Selbstverständlich hat die Gemeinde die Planungshoheit für das Gemeindegebiet. Dabei sind bei einer Änderung des Flächennutzungsplanes die städtebaulichen und umweltschutzrechtlichen Belange abzuwägen.

Der Flächennutzungsplan bedarf der Genehmigung der übergeordneten Fachbehörde. Nachdem eine solche Genehmigung nicht in Aussicht gestellt wird, kann die Verwaltung einen entsprechenden Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes nicht empfehlen.

Der Beschlussvorschlag erfolgt jedoch positiv.

Bgm. Andreas Zenglein verliest das Schreiben des Landratsamtes von Frau Freytag.

Zur weiteren Information des bisherigen Ablaufs erklärt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass im Landratsamt auch eine Liste mit etwa 100 bis 130 Unterschriften vorliegt.

Mittlerweile ging auch ein Schreiben des Rechtsanwaltes von Frau Ruth Leiblein, Rechtsanwalt Dr. Eiding, ein.

Zum weiteren Verfahren stellt **Bgm. Andreas Zenglein** fest, dass das Gremium die weitere Handhabung festlegt.

3. Bgm. Horst Hock bemerkt, dass die CSU-Fraktion die Thematik ausführlich diskutiert hat. Im

Dezember wurde bereits die Aufstellung des F-Planes beraten. Es sollte zuvor eine Stellungnahme des Landratsamtes angefordert werden. Von dort kommt nun die Nachricht, dass es keine Zustimmung zu diesem Vorhaben gibt. Nach seiner Meinung ist die Fachbehörde in diesem Fall maßgebend.

Es besteht zudem auch die Möglichkeit, dass es eine juristische Auseinandersetzung zwischen Rechtsanwalt Dr. Eiding, im Auftrag von Frau Leiblein und der Firma Immotec geben wird.

GR Hans Georg Seitz erklärt, dass seit Jahrzehnten in den Wahlprogrammen geschrieben wird, dass in Haibach eine Altenwohnanlage benötigt wird.

Nach seiner Meinung sollte das Vorhaben nicht einfach mit einem Schreiben abgetan werden. Es sollte nochmals geprüft werden. Hier wird die Meinung des Landratsamtes von einer Person dargestellt. Hier sollte eine genauere Prüfung des Sachverhaltes erfolgen.

Anscheinend wird der Bau eines Altenheims für Haibach vom Landratsamt nicht befürwortet. Nach seiner Ansicht braucht Haibach auch ein Altenheim – ebenso wie Kindergärten.

Zum Thema Naturpark Spessart – hier spricht er den Neubau von Feuerwehr und Bauhof an, die Änderung des Flächennutzungsplanes in Bessenbach bezüglich der Moto-Cross-Veranstaltung im Bereich des Wasserschutzgebietes.

Des Weiteren spricht er auch die Ausweisung des Industriegebietes der Stadt Aschaffenburg bis zum Wasserhochbehälter an.

Im Schreiben des Landratsamtes wird auch auf die zunehmende Verkehrsbelastung hingewiesen. Hier ist zu fragen, ob unter anderem auch der Verkehr zum Sportplatz dabei berücksichtigt wurde. Es wird zudem eine private Haftung angedroht, obwohl noch keine Handlung erfolgte.

Er findet diesen kompletten Sachverhalt überdenkenswert.

Er schlägt vor, diese beiden Schreiben zu prüfen und die Punkte zu beachten. Im April soll eine interfraktionelle Sitzung des Gemeinderates stattfinden, hierbei sollte eine sachliche Diskussion geführt werden, um einen gemeinsamen Konsens zu erreichen.

Er beantragt, dass dieser Punkt heute von der Tagesordnung genommen wird und zuvor in den Fraktionen nochmals besprochen werden sollte.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass keine Beschlüsse in der interfraktionellen Sitzung gefasst werden können.

GR Jürgen Goldhammer spricht sich ebenfalls dafür aus, dass hierzu heute kein Beschluss gefasst wird. In der interfraktionellen Sitzung am 16.04. sollte dieser Punkt ausführlich beraten werden und anschließend die entsprechende Entscheidung im Gemeinderat getroffen werden.

3. Bgm. Horst Hock antwortet, dass im Dezember hier große Diskussionen geführt wurden mit dem Ergebnis, dass die Verwaltung beauftragt wurde,

eine schriftliche Stellungnahme des Landratsamtes anzufordern.

Nun liegt dieses Schreiben mit den entsprechenden Ausführungen vor.

Man sollte durch weitere Diskussionen das Thema nicht wieder und wieder aufweichen. Die Stellungnahme der Fachbehörde wird sich nicht ändern. Es wird keine Genehmigung in Aussicht gestellt.

Die Mehrheit des Gemeinderates wollte die Stellungnahme der Fachbehörde.

Am 16.04. sollen in der interfraktionellen Sitzung die Möglichkeiten der Ortskerngestaltung vorgestellt werden. Eventuell gibt es hier auch Lösungsvorschläge für die Einrichtung einer Kurzzeitpflege für Haibach.

Nach seiner Meinung, wenn dieses „Buch“ zu ist, besteht die Notwendigkeit, weitere alternative Standorte zu suchen. Hier sind zum Beispiel die Ortsmitte oder das Gelände des SV Alemannia noch Optionen. Man sollte Entscheidungen treffen, wenn sie anstehen.

GR Hans Georg Seitz erwidert, dass der Standort mitten im Ort sicher die bessere Variante ist. Er sprach sich auch gegen den Standort an der BMX-Bahn aus, wegen des dortigen Sportgeländes.

Flächenmäßig ist Haibach beschränkt. Wenn keine neuen Flächen gesucht werden, dann wird hier kein Altenwohnheim errichtet werden können.

Er schlägt nochmals vor, beide Kommentare zu prüfen und die Verwirklichung eines Altenheims so schnell als möglich voran zu bringen.

Er sieht die Problematik darin, wenn das „Buch“ zu ist, dauert das Verfahren wieder wesentlich länger.

GR Hans Georg Seitz stellt somit den Antrag zur Geschäftsordnung:

Vertagung des Tagesordnungspunktes in eine der nächsten Sitzungen des Gemeinderates.

Hierzu merkt **GR Andreas Hein** an, dass eine Verschiebung in eine nicht-öffentliche Sitzung nicht möglich ist. Dieser Punkt muss öffentlich diskutiert und beschlossen werden.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, ob hier überhaupt ein Beschluss gefasst werden muss.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass hier über einen Antrag abzustimmen ist.

GR Hans Georg Seitz stellt erneut den Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt und die Beschlussfassung ausgesetzt bis zu einer der nächsten öffentlichen Sitzungen.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 8

Im Anschluss an die Beratung stellt **Bgm. Andreas Zenglein** noch die Frage und Klärung wie Herr Leiblein an die privaten Email-Adressen der Gemeinderäte gekommen ist. Diese Informationen sind nicht über den Verteiler der Gemeinde Haibach bekannt.

5. Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Mittelknüchel

Sachverhalt:

Herr Wolfgang Schöttner hat mit Schreiben vom 27.02.2016 die Änderung des Bebauungsplanes Mittelknüchel beantragt, um eine Bebauung im Bereich der jetzigen Grünfläche für seine Tochter zu ermöglichen. Diese Eintragung von Bauflächen war bereits zur 2. Änderung des Bebauungsplanes vorgesehen, ist aber an den damaligen Eigentümern gescheitert. Mittlerweile wurden die betroffenen Grundstücke von Herrn Schöttner erworben. Das Grundstück Fl.Nr. 66/1 gehört noch der Fam. Heeg. Herr Hans Heeg war bei der Verwaltung vorstellig und hat erklärt, dass er einer umlegungsrechtlichen Einbeziehung seines Grundstückes nicht zustimmt, da er für sich keinen Vorteil sieht und für das Grundstück auch keine „Umlegungskosten“ zahlen möchte. Zudem hat er einen Zugang nur im Wege eines Grundstückstausches mit Herrn Schöttner. Dies ist momentan nicht vorgesehen.

In diesem Zusammenhang wurde auch das Grundstück Fl.Nr. 91/1 angesprochen, dass nunmehr auch in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Mittelknüchel fallen sollte. Dieses Zugeständnis wurde im Rahmen der Kanalbaumaßnahme zum Regenüberlaufbecken gemacht. Im Flächennutzungsplan ist diese Fläche bereits als Bauland im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Mittelknüchel ausgewiesen.

Aus Sicht der Verwaltung wäre es natürlich sinnvoller, den gesamten Grünbereich zu ändern, da ansonsten eine „Grünbereichsnase“ verbleibt. Es ist aber auch ein Teilbereich möglich. Für das Grundstück Fl.Nr. 91/1 kann eine Anpassung an den Flächennutzungsplan ermöglicht werden. Selbstverständlich müssen im Bereich der Ringstraße auch umlegungsrechtliche Belange gewürdigt werden, da die betroffenen Grundstücke seither an der Umlegung nicht beteiligt waren und

mit einer Baugebietsausweisung einen Vorteil erlangen.

Die umlegungsrechtlichen Belange mit einem städtebaulichen Vertrag sind in der nicht-öffentlichen Sitzung zu klären.

3. Bgm. Horst Hock erklärt, dass nach seiner Meinung eine komplette Überplanung des Areals sinnvoll wäre, damit hier nicht eine „Enklave“ entsteht. Hier sollte auch die Meinung des Landratsamtes eingeholt werden, bevor gleich ein Auftrag an das Planungsbüro Richter und Schöffner erteilt wird.

Grundsätzlich besteht die Bereitschaft zur Planung. Der ehemalige Spielplatz in diesem Areal steht mittlerweile auch als Bauplatz zum Verkauf.

GR Jürgen Goldhammer schlägt ebenfalls vor, das Gesamtareal zu überplanen.

GIB Friedrich Englert weist nochmals auf die sehr schwierigen Geländegegebenheiten hin. Er ist nicht davon überzeugt, dass eine Gesamtplanung sinnvoll ist.

Beschluss

Für den Bebauungsplan Mittelknüchel wird die Aufstellung einer Änderungsplanung beschlossen. Für einen Teilbereich der seitherigen Grünfläche an der Ringstraße wird künftig Baufläche ausgewiesen. Ebenso erfolgt eine Bauflächenausweisung auf dem Grundstück Fl.Nr. 91/1.

Die Bebaubarkeit des Grundstücks Fl.Nr. 93/1 wird geprüft.

Mit der Planung wird das Architekturbüro Richter und Schöffner, Aschaffenburg, beauftragt.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

6. Festlegung der Steuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2016; Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses

Sachverhalt:

Der Freistaat Bayern und die kommunalen Spitzenverbände haben sich im Sommer 2015 auf grundlegende Änderungen im Finanzausgleich geeinigt. Besonders bei der Berechnung der Steuerkraft sind erhebliche Änderungen und Auswirkungen zu beachten.

Die Steuerkraft wird u. a. anhand der tatsächlichen Steuereinnahmen bei der Grund- und Gewerbesteuer berechnet. Die Steuerkraft wird ermittelt, indem die tatsächlichen Steuereinnahmen durch den örtlichen Hebesatz dividiert und mit dem sog. Nivellierungshebesatz multipliziert werden. Dieser Nivellierungshebesatz betrug bisher 250% bei der Grundsteuer A und B.

Ab dem Jahr 2016 wird dieser angehoben auf 310%.

Da unsere Hebesätze bei den Grundsteuern A und B unter dem Nivellierungshebesatz liegen, zahlen wir dann Umlagen aus fiktiven Steuereinnahmen.

Eine Anpassung der Hebesätze führt zu einer Erhöhung der Grundsteuerbeträge um ca. 5%. Die letzte Anpassung der Hebesätze erfolgte zum 01.01.2007.

Aufgrund dieser Änderungen im Finanzausgleich hat der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung vom 02.03.2016 empfohlen, die Hebesätze für die Grundsteuer A und B auf 310 v. H. anzuheben.

3. Bgm. Horst Hock erklärt, dass in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses ausführlich diese Thematik beraten und ein entsprechender Beschluss gefasst wurde. Dieser wird seitens der CSU-Fraktion bestätigt.

GR Hans Georg Seitz erklärt, dass auch im Haupt- und Finanzausschuss kein einstimmiger Beschluss zur diesem Punkt gefasst wurde.

Er sieht die Begründung für die Erhöhung als gute Argumentation des Staates, damit mehr Geld in die Kasse kommt. Bei einem geplanten Ergebnis des Jahres 2014 in Höhe von 476.000 EUR und einem IST-Ergebnis in Höhe von 1.634.000 EUR und im Jahr 2013, geplant, 614.000 EUR und tatsächliches Ergebnis 2.279.000 EUR muss man sich schon die Frage stellen, ob bei solchen Überschüssen nicht eine Umverteilung möglich sein kann.

Er sieht es ohnehin auch als nicht richtig an, dass eine niedrige Pro-Kopf-Verschuldung prognostiziert wird und dann von den Bürgern Steuererhöhungen verlangt werden.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die Erhöhung der Grundsteuer nicht durch uns zu

verantworten ist. Er betont, dass diese Einnahmen auch zur Tötigung der geplanten Investitionen nötig sind.

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, diese Erhöhung zu beschließen. Eventuell werden im kommenden Jahr weitere Erhöhungen gefordert. Dann ist der Erhöhungs-Satz schon wesentlich höher.

3. Bgm. Horst Hock stellt fest, dass wir ohnehin eine Verschuldung haben. Durch diese Erhöhung der Grundsteuer bringt dies der Gemeinde auch kein Guthaben.

Beschluss

Die Hebesätze der Grundsteuer A und B werden ab dem 01.01.2016 von bisher 295 v. H. auf 310 v. H. erhöht.

Abstimmungsergebnis: ja: 13 nein: 6

7. Verabschiedung des Haushaltsplanes 2016 mit Anlagen



Vorbericht

zur Haushaltssatzung 2016

der Gemeinde Haibach

1. Allgemeines

Der Ergebnishaushalt schließt mit dem Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von 14.881.900 Euro, dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von 14.526.900 Euro, einem Finanzergebnis von -32.000 Euro und dem Saldo (Jahresergebnis) von 323.000 Euro ab.

Im Finanzhaushalt belaufen sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 14.072.400 Euro und die Auszahlungen auf 12.165.400 Euro. Daraus errechnet sich ein Saldo in Höhe von 1.907.000 Euro

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit belaufen sich auf 2.888.700 Euro und die Auszahlungen auf 10.150.500 Euro. Der Saldo beträgt somit - 7.261.800 Euro.

Der Saldo aus der Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf -186.000 Euro. Dies entspricht den Tilgungsleistungen für die Kredite im Jahr 2016.

Die **Umlagekraft** (ist die Summe der Steuerkraftzahlen aus der Grund- und der Gewerbesteuer sowie den Beteiligungen an der Einkommen- und Umsatzsteuer zuzüglich 80% der Schlüsselzuweisung) der Gemeinde ist von 9.116.553 € (1.091,54 €/ Einwohner) im Jahre 2015 auf nunmehr 7.411.659 € (888,94 €/ Einwohner) gesunken.

Dies entspricht einer **Minderung** um 1.704.894 € (= **18,70 %**).

Ursache hierfür sind die niedrigeren Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2014 und die Tatsache, dass wir im Jahr 2015 keine Schlüsselzuweisungen erhalten haben.

Die IST-Einnahmen bei der Gewerbesteuer betrugen 2013 ca. 4.705.700 €.

Im Jahr 2014 waren jedoch nur ca. 2.268.400 € zu verzeichnen.

Die **Steuerkraftzahlen** (hier wird die Schlüsselzuweisung nicht mitgerechnet) zeigen ein wesentlich deutlicheres Bild über die Höhe der Steuereinnahmen.

Im Jahr 2016 sind die Umlagekraft und die Steuermacht identisch, da wir im Jahr 2015 keine Schlüsselzuweisungen erhalten haben.

Im Jahr 2015 belief sich die Steuermacht auf 8.655.766 (1.036,37 €/Einw.), während im Jahr 2016 ein Betrag von 7.411.659 (888,48 €/Einw.) zu verzeichnen ist.

Daraus errechnet sich ein Minus von 1.244.107 € (14,37%).

2. Ergebnishaushalt

Die größte Einnahmequelle ist nach wie vor die **Einkommensteuerbeteiligung**. Sie ist im vorliegenden Haushaltsentwurf mit 5.550.000 € veranschlagt. Dies sind ca. 350.000 € mehr als der Ansatz des Jahres 2015.

Als Ausgleich für die Änderungen des Einkommensteuerrechts Familienleistungsausgleich) erhalten die Gemeinden **Einkommensteuerersatzleistungen**. Diese belaufen sich voraussichtlich auf **443.000 €** gegenüber **426.000 €** im Jahre 2015.

Die Einnahmen bei der **Gewerbesteuer** sind im vorliegenden Haushalt mit 2.100.000 € veranschlagt.

Dieser Betrag wird aber nur zu erreichen sein, wenn keine konjunkturellen Verwerfungen auftreten.

Als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der **Umsatzsteuer** beteiligt. Veranschlagt wurde ein Betrag von **197.400 €** (2015: 169.000 €).

Die Einnahmen bei den **Grundsteuern** weisen gegenüber dem Haushaltsansatz 2015 eine Steigerung von 44.400 € auf. Sie sind veranschlagt mit **833.200 €** (Vorjahr 788.800 €).

Diese Mehreinnahmen ergeben sich aus der Erhöhung der Hebesätze. Letztmals wurden die Hebesätze zum 01.01.2007 angehoben. Die Erhöhung wurde notwendig, da im Rahmen des Finanzausgleiches der Nivellierungshebesatz ebenfalls auf 310 v. H. angehoben wurde.

Die **Hebesätze** der **Grundsteuern** betragen nunmehr 310 v. H. (bisher 295 v. H.)

Der Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden lag 2014 für die Grundsteuer -A- bei 332,9 v. H. und bei der Grundsteuer -B- bei 326,9 v. H.

Der Hebesatz der **Gewerbesteuer** beträgt weiterhin 320 v. H. und entspricht damit in etwa dem Landesdurchschnitt (321,5 v. H.) vergleichbarer Gemeinden.

Die **Schlüsselzuweisungen** dienen dazu, die Unterschiede in der Finanzkraft der bayerischen Gemeinden teilweise auszugleichen (siehe oben).

Aufgrund der **gesunkenen Steuermacht** erhält die Gemeinde Haibach heuer wieder Schlüsselzuweisungen. Diese beläuft sich auf ca. 730.600 €

Der Hebesatz der **Kreisumlage** wurde von 42,5% auf 41,5% gesenkt. Die Gründe hierfür sind sicherlich in der Änderung des Finanzausgleiches (Anhebung der Nivellierungshebesätze) zu sehen.

Die Änderung des Hebesatzes und die niedrigere Umlagekraft führen dazu, dass sich der von uns zu zahlende Betrag von ca. **3.874.600 €** auf ca. **3.075.900 €** verringert.

Aufgrund der geschätzten Gewerbesteuereinnahmen errechnet sich eine **Gewerbe-steuerumlage** i. H. v. ca. 453.000 €.

Die Entwicklung der Steuereinnahmen und der Umlagen ist in den beigefügten Grafiken nochmals dargestellt.

Die **Personalausgaben** in allen Bereichen inkl. Nebenausgaben, Sozialleistungen und Schule sind im **Haushalt 2016** mit **3.136.400 €** (2015: **3.045.600 €**) veranschlagt.

Dies entspricht einem Anteil von 21,58% (2015: 22,01%) der ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes.

Für **Zuschüsse und soziale Leistungen** (vgl. Anlage 1) an Vereine, Kirchen usw. ist im Haushalt ein Betrag in Höhe von ca. 1.647.900 € vorgesehen.

Hierin enthalten sind auch die Investitionszuschüsse an die Kindergärten.

Nicht einbezogen ist hierbei die kostenlose Nutzung der Sporthallen durch Jugendgruppen.

3. Investitionen

Für den Neubau des **Bauhofes** werden noch Haushaltsmittel von **7.000 €** benötigt. Diese Gelder sind für die ausstehenden Schlussrechnungen erforderlich.

Hinzu kommen die Ausgaben für Ausstattungsgegenstände und Fahrzeuge. Hierfür sind weitere **90.000 €** vorgesehen.

Für die Einführung des **Digitalfunks** werden noch einmal Gelder von 36.000 € benötigt.

Die Umstellung erfolgt in zwei Abschnitten (2015-2016). Für die erste Phase wurden bereits Ausgaben von ca. 36.000 € geleistet. Die Zuwendungen des Freistaates Bayern dürften sich auf insgesamt ca. 43.600 € belaufen.

Erhebliche Mittel werden für den Erwerb **neuer Fahrzeuge** benötigt. Angeschafft werden eine Drehleiter und ein HLF 10. Hierfür sind im Jahr 2016 Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 € eingeplant. Im Jahr 2017 wird noch einmal ein Betrag von ca. 725.700 € benötigt.

Die Zuwendungen für die beiden Fahrzeuge sind mit 419.000 € veranschlagt.

Die Restfinanzierung der **Brandschutzmaßnahmen** in der **Schule** (Elektroarbeiten) schlägt mit 5.000 € zu Buche.

Für die Sanierung des **Hallendaches** im Bereich Schwimmbad sind 6.000 € vorgesehen.

Die Anschaffung von **Ausstattungsgegenständen** (Schulmöbel, Neuausstattung Werkraum usw.) für die Schule schlägt mit **40.000 €** zu Buche.

Haushaltsmittel in Höhe von **50.000 €** sind für die **Neugestaltung der Außensportanlagen** der Schule vorgesehen.

Die Erneuerung der **Sicherheitsbeleuchtung** im Hallenbad ist mit 5.000 € veranschlagt.

Im **Wildpark** sind Haushaltsmittel i. H. v. **10.000 €** für den Neubau von Gehegen veranschlagt.

Die Generalsanierung des **Kindergartens in Grünmorsbach** ist baulich beendet. Allerdings ist die Schlussabrechnung noch nicht erfolgt. Für das Jahr 2016 sind deshalb nochmals Haushaltsmittel in Höhe von 156.000 € notwendig.

Vom Freistaat Bayern sind noch Zuschüsse in Höhe von ca. 150.000 € zu erwarten.

Neue Räumlichkeiten müssen für den **Kinderhort** geschaffen werden. Hierfür werden voraus-sichtlich Haushaltsmittel von 2.100.000 € benötigt. Im Jahr 2016 ist ein erster Teilbetrag von 900.000 € veranschlagt.

An staatlichen Zuwendungen wird insgesamt ein Betrag von ca. 700.000 € erwartet.

Für die Fortsetzung der Sanierungsarbeiten (Neugestaltung) an den **Spielplätzen** sind 50.000 € eingeplant.

Der Bau eines Kunstrasenplatzes erfordert noch Restgelder in Höhe von 23.000 €.

Für die Anschaffung der notwendigen Pflegegeräte ist ein Betrag von 15.000 € vorgesehen.

Mit der **Modernisierung der Kultur- und Sporthalle** wurde im letzten Jahr begonnen. Für das Jahr 2016 ist ein Betrag von 2.750.000 € veranschlagt.

Für die energetische Sanierung der Beleuchtung, Heizung und Lüftung sind Zuschüsse in Höhe von 78.400 € zu erwarten.

In den nächsten Jahren wird wohl auch eine Sanierung des **Jugend- und Vereinshauses** erfolgen müssen.

Für die Jahre 2016 bis 2018 sind deshalb 335.000 € in den Haushalt eingestellt.

Der **Kreuzungsbereich Findberg-/Großmann-/Würzburger Straße** muss umgestaltet werden.

Diese Baumaßnahme steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Sanierung der Großmannstraße und der Erneuerung der Ortsverbindungsstraße nach Dörmorsbach.

In diesem Bereich wird nicht nur die Straße sondern auch die Wasser- und Kanalleitung erneuert.

Die Gesamtmaßnahme erfordert Gelder von 1.375.000 €. Ein Betrag von 745.000 € ist als Zuwendungen für den Straßenbau zu erwarten.

Für den Komplettausbau der **Großmannstraße (Kanal-, Wasserleitung und Straßenbau)** ist ein Betrag in Höhe von insgesamt 272.000 € veranschlagt.

Im Jahr 2017 sollen noch einmal 420.000 € verbaut werden.

Im Bereich des **Sponackerweges** wurde ein Teilstück der Wasserleitung, des Kanals und der Straße erneuert. Die Baumaßnahme ist bautechnisch abgeschlossen. Die Schlussrechnungen müssen allerdings noch bezahlt werden. Hierfür sind insgesamt noch 62.000 € erforderlich.

Die Neufestsetzung des **Wasserschutzgebietes für den Brunnen 71** schlägt mit **12.000 €** zu Buche.

In den nächsten Jahren muss der **Hochbehälter Buch** schrittweise saniert werden.

Im laufenden Jahr ist deshalb ein Betrag von 300.000 € veranschlagt. Im Jahr 2017 werden weitere 300.000 € benötigt.

Mit dem Ausbau der **Ortsverbindungsstraße** nach **Dörmorsbach** wurde im letzten Jahr begonnen. Der erste Bauabschnitt soll heuer fertiggestellt werden. Gleichzeitig soll die Planung für den zweiten Bauabschnitt erstellt werden. Im Haushalt werden deshalb Mittel in Höhe von 2.400.000 € bereitgestellt.

An staatlichen Zuwendungen ist ein Betrag von 1.300.000 € eingeplant.

Parallel dazu soll auch ein **Radweg** erstellt werden.

Für den ersten Bauabschnitt sind Ausgaben von 280.000 € vorgesehen. Die staatlichen Zuwendungen dürften sich auf 98.000 € belaufen.

Die **Hochwasserfreilegung** im Haibacher Schweiztal erfordert Haushaltsmittel von 270.000 €.

Eine neue **Stützwand** wird im **Friedhof Grünmorsbach** benötigt. Hierfür werden im Haushalt 80.000 € bereitgestellt.

Die Ausgaben für die **Tilgung** von Krediten sind mit **186.000 €** veranschlagt.

Auf der **Einnahmeseite** ist der Verkauf eines Baugrundstück in Dörmorsbach mit einem Gesamtbetrag von 92.000 € veranschlagt.

Zuwendungen des Freistaates Bayern für Baumaßnahmen und Beschaffungen von beweglichen Anlagegütern sind in Höhe von 2.439.300 € vorgesehen.

An **Beiträgen** (Rohrnetzkosten-, Kanalherstellungs- und Ausbaubeiträge) dürfte ein Betrag von 245.000 € zu erwarten sein.

5. Finanzplanung

Die **Finanzplanung** wird vor allem durch die Fortsetzung der Sanierungsarbeiten an den Ortsstraßen, die Modernisierungsarbeiten in der Kultur- und Sporthalle, den Ausbau der Ortsverbindungsstraße nach Dörmorsbach und die künftigen Sanierungsarbeiten an der Wasserversorgung und am Kanalnetz geprägt.

Aufgrund des vorliegenden **Investitionsplanes** werden in den Jahren 2016 bis 2019 Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit einem Volumen von ca. **27.138 Mio. €** zur Ausführung gelangen.

Nach dem derzeitigen Stand werden für die geplanten Maßnahmen **Kreditaufnahmen** in Höhe von 2.190.000 € benötigt.

Die Gesamtverschuldung wird sich bis Ende 2019 dann auf ca. 2.957.000 € belaufen.

Die Finanzlage der Gemeinde kann derzeit als geordnet bezeichnet werden.

Bei vollständiger Ausschöpfung der Einnahmequellen müssten die laut Finanzplanung beabsichtigten Investitionen – soweit derzeit absehbar – mit der Leistungsfähigkeit der Gemeinde in Einklang stehen.

6. Entwicklung der wichtigsten Einnahmen und Ausgaben

	€	€	€
Ergebnishaushalt	2014	2015	2016
	Ergebnis	Ansatz	Ansatz
Ordentliche Erträge	14.707.360,29	13.641.800	14.881.900
Ordentliche Aufwendungen	13.086.310,01	13.837.900	14.526.900
Finanzhaushalt			
Einzahlungen Investitionstätigkeit	815.799,34	2.646.500	2.888.700
Auszahlungen Investitionstätigkeit	2.323.288,77	7.555.200	10.150.500

6.1 Die Erträge des Ergebnishaushaltes verteilen sich wie folgt:

	2014 Ergebnis	2015 Ansatz	2016 Ansatz
Grundsteuer A	3.805,63	3.800	3.200
Grundsteuer B	791.675,78	785.000	830.000
Gewerbesteuer	2.287.178,00	2.100.000	2.100.000
Einkommensteuerbeteiligung	5.172.571,00	5.200.000	5.550.000
Umsatzsteuerbeteiligung	177.817,00	169.000	197.400
Schlüsselzuweisung	575.984,00	0	730.600
Allg. Zuweisungen v. Land	339.988,94	210.000	209.000
Konzessionsabgabe Gas	11.500,00	13.000	11.000
Konzessionsabgabe Strom	221.129,81	224.000	215.000
Kanalbenutzungsgebühren	859.131,50	830.000	835.000
Wasserverbrauchsgebühren	777.147,64	823.000	893.000

6.2 Die Aufwendungen des Ergebnishaushaltes verteilen sich wie folgt:

	2014 Ergebnis	2015 Ansatz	2016 Ansatz
Gewerbesteuerumlage	489126,00	453.000	453.000
Kreisumlage	3.069.317,43	3.033.400	3.448.400
Personalaufwendungen	3.062.366,99	3.045.600	3.136.400
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.979.859,35	2.382.300	2.382.000
Planmäßige Abschreibungen	2.034.293,50	1.989.300	2.073.800
Transferaufwendungen	5.236.730,69	5.500.700	6.013.400

Sonstige ordentliche Aufwendungen	768.839,47	915.500	917.300
Betriebskostenumlage Stadt	239.484,32	293.000	288.000
Betriebskostenumlage Zweckverband Aschafftal	130.282,68	131.000	158.400
Zinsen an den Kreditmarkt	88.984,26	75.000	66.000
Ergebnishaushalt Jahresergebnis	1.634.737,18	-242.100	323.000

7. Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 2016

Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	683.000 €
Erwerb von Grundvermögen	212.500 €
Neubau Bauhof	7.000 €
Einbau von Brandschutzmaßnahmen in der Schule	5.000 €
Dach Eingangsbereich Schwimmbad/M-Klassen	6.000 €
Sicherheitsbeleuchtung Schwimmbad	5.000 €
Außensportanlage Schule	50.000 €
Baumaßnahmen im Wildpark	10.000 €
Spielplätze	50.000 €
Kindergarten Grünmorsbach	156.000 €
Kinderhort in Haibach	900.000 €
Kunstrasenplatz	23.000 €
Modernisierung Kultur- und Sporthalle	2.600.000 €
Sanierung Jugendhaus	35.000 €
Maßnahmen der Wasserversorgung	650.000 €
Zuschüsse an Sportvereine, kulturelle Vereine u. Kirchen	32.000 €
Kanalbaumaßnahmen	598.500 €
Straßenbaumaßnahmen (inkl. Parkplätze)	3.727.500 €
Straßenbeleuchtung	50.000 €
Weihnachtsbeleuchtung	5.000 €
Baumaßnahmen am Kompostplatz	30.000 €
Hochwasserfreilegung Schweitztal	270.000 €
Stützmauer Friedhof Grünmorsbach	80.000 €
Forstwegebau (Bereich Sonneck)	25.000 €

8. Entwicklung des Vermögens

Der Vermögensstand wird durch die geplanten Investitionen weiter ansteigen.

9. Entwicklung der Schulden

Der Schuldenstand zum 31.12.2015 betrug 1.505.444,50 €. Dies entspricht, bei 8.342 Einwohnern (Stand 31.12.2014), einer **Prokopferschuldung von 180,47 €**. Der Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden betrug 770 € (zum 31.12.2013).

Im Jahre 2016 werden für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen keine Kredite benötigt.

Die Tilgungsleistungen belaufen sich im Jahre 2016 auf 186.000,-- €.

10. Ergebnishaushalt Jahresergebnis

Im Jahre 2016 wird sich das Jahresergebnis voraussichtlich auf 323.000 € belaufen. Im Jahre 2017 beträgt es dann voraussichtlich 562.100 €.

Im Jahre 2018 werden es voraussichtlich 898.400 € und für das Jahr 2019 errechnet sich ein Betrag von 854.200 €.

11. Kostenrechnende Einrichtungen

Die kostenrechnenden Einrichtungen weisen im Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt folgende Jahresergebnisse auf.

Bei der Abwasserbeseitigung beträgt das Jahresergebnis -3.300 €. Zu berücksichtigen ist hierbei allerdings, dass in den Ausgaben Kosten in

Höhe von 10.000 € für die Untersuchung der Kanalisation mittels Videobefahrung vorgesehen sind, wobei diese Kosten in der Kalkulation der Benutzungsgebühren auf einen Zeitraum von 10 Jahren zu verteilen sind.

Die Kanalgebühren betragen 2,38 €/m³ Abwasser.

Im Bestattungswesen beläuft sich das Ergebnis auf –169.000 €. Dies ist vor allem auf die arbeitsintensive Pflege der Friedhöfe (vor allem des Waldfriedhofes) zurückzuführen.

Bei der Wasserversorgung ergibt sich ein Jahresergebnis in Höhe von 46.000 €.

Der Wasserpreis beträgt netto 2,29 €/m³ (Vorjahr: 2,18 €/m³) Frischwasser zzgl. einer jährlichen Grundgebühr von 18,00 € (für den normalen Hauswasserzähler).

12. Kassenlage

Der Kassenkredit wurde 2015 teilweise kurzfristig (kurzfristige Kontoüberziehungen) in Anspruch genommen.

In der Haushaltssatzung 2016 ist ein Betrag von 2.000.000,-- € vorgesehen.

3. Bgm. Horst Hock bemerkt, dass jedes Jahr um diese Zeit die Verabschiedung des Haushaltes für das laufende Jahr auf der Tagesordnung des Gemeinderates steht. Liest man den Lokalteil des Main-Echos, stellt man fest, dass sich fast schon ein Wettbewerb unter den Kommunen entwickelt hat, welche Gemeinde als erstes ihren Haushalt verabschiedet.

Die CSU-Fraktion hält von diesem Wettbewerb nicht viel. Es geht vor allem darum, dass gemeinsam, d.h. Bürgermeister, Verwaltung und Gemeinderat, den Haushalt und das dazu gehörige Zahlenwerk beraten. Hier werden die Aufgaben, Schwerpunkte und Projekte für das Haushaltsjahr festgelegt und die entsprechenden Finanzmittel bereitgestellt.

Die CSU-Fraktion ist der Meinung, dass es sich auch in diesem Jahr wieder um einen zukunftsweisenden Haushalt, einen tragfähigen Haushalt, ausgerichtet an den Möglichkeiten, an den finanziellen und personellen Ressourcen an der Belastungsgrenze handelt.

Für dieses Zahlenwerk vor allem Dank an alle, die bei der Erstellung und Beratung zum Haushalt 2016 beigetragen haben. Herzlichen Dank an Bürgermeister Andreas Zenglein, Danke an die Verwaltung und hier besonders an unseren Kämmerer Thomas Wenzel und den Leiter des Bauamtes, Martin Volk. Ebenso sei den beiden Schulleiterinnen der Grund- und Mittelschule gedankt, die sie ihr Budget im letzten Haushaltsjahr eingehalten und neue Wünsche im Kostenrahmen vorgebracht haben. Die kostenbewussten Budgetwünsche der Feuerwehr in den Haushalt wurden mit eingearbeitet. Ebenfalls dankt er dem Gemeinderat, der in intensiven und zielführenden Beratungen den Haushalt mit auf den Weg brachte.

Die Zahlen von Umlagekraft, Steuerkraftzahlen, Schlüsselzuweisungen, Kreisumlagen, Ergebnishaushalt sind ausführlich in den Erläuterungen dargelegt worden. Trotzdem leistet sich die Gemeinde noch Zuschüsse für soziale Leistungen an Vereine, Kirchen und Kindergärten in Höhe von 1,65 Mio EUR. Für Investitionen ist im Haushalt 2016 eine Summe von über 7 Mio EUR eingestellt.

Die großen Projekte sind:

Ortsverbindungsstraße mit einem Aufwand von 2,4 Mio EUR in 2016, 2,5 Mio EUR in 2017 und 650 T EUR in 2018.

Der Radweg wird ebenfalls parallel dazu erstellt und wird mit 280 T EUR in 2016 und 340 T EUR in 2017 zu Buche schlagen. Für diese beiden Maßnahmen wird mit entsprechenden Zuschüssen gerechnet.

Die Modernisierung der Kultur- und Sporthalle wird mit 2,75 Mio EUR in 2016, 2,6 Mio EUR in 2017 und 1,5 Mio EUR in 2018 kalkuliert.

Der Kreuzungsbereich Staatsstraße 2312/Findbergstraße/Großmannstraße wird ca. 1,4 Mio EUR kosten.

Der Neubau eines Kinderhort wird 900 T EUR in 2016 und 1,1 Mio EUR in 2017 kosten.

Jedoch ist es nicht das Ziel der CSU-Fraktion, die Gesamtverschuldung in die Höhe zu treiben.

Hier werden und müssen Überlegungen angestellt werden, ohne Kreditaufnahme auszukommen, oder im ungünstigsten Fall die Kreditaufnahme zu reduzieren.

Es gibt Projekte, welche wir auch schieben und erst dann realisieren können, wenn wir die finanziellen Mittel zur Verfügung haben.

Die zurzeit niedrigen Zinsen sollen und werden uns nicht dazu verleiten, finanzielle Risiken einzugehen.

Wir haben gemeinsam, Bürgermeister, Verwaltung und Gemeinderat über die letzten Jahre eine sehr effiziente, solide Haushaltsführung in der Gemeinde Haibach betrieben, das wird auch unser Ziel und unser Anspruch für die nächsten Jahre sein. – Gemeinsam schaffen wir das.

Die CSU-Fraktion wird dem Haushalt 2016 mit Anlagen mit dem vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Zahlenwerk zustimmen.

GR Susanne Zellner bedankt sich ebenfalls im Namen der SPD-Fraktion bei der Verwaltung und persönlich bei Kämmerer Thomas Wenzel für die gute Vorbereitung des Haushaltes. Die SPD-Fraktion hat sich mit den Projekten und den nicht unerheblichen Investitionen intensiv auseinander gesetzt. Bei all den Überlegungen ist die Maßgabe, die Gelder sinnvoll und verantwortungsvoll einzusetzen.

Soziale Leistungen für die Bürger sind sehr wichtig. Es kann nicht nur in „Beton“ investiert werden. Die Errichtung eines Hortes ist für unsere Kinder notwendig. Die Schule zeigt einen verantwortungsvollen Umgang mit den Geldern. Die Arbeiten an der Ortsverbindungsstraße müssen weitergeführt und abgeschlossen werden. Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen.

GR Jürgen Goldhammer ist der Ansicht, dass wieder ein sportlicher und intensiver Haushalt erarbeitet wurde. Er bedankt sich für die Ideen und Vorschläge sowie für die ausführlichen Diskussionen hierzu.

Im Jahr 2015 wurden die Projekte Sanierung Großmann Straße, Kunstrasenplatz und Sanierung Kindergarten Grünmorsbach abgewickelt.

Nun stehen neben dem Tagesgeschäft weitere Mammutprojekte an. Die laufende Sanierung der Kultur- und Sporthalle sowie der Beginn der

Errichtung eines Horts mit Fertigstellung im Jahr 2017.

Die Personalkosten sind um 3 % gestiegen. Laut Statistik steigen die Einkommensteuerzuweisungen, dies ist natürlich erfreulich.

Die neuen Zuschussrichtlinien der Gemeinde werden seitens der Vereine begrüßt und er freut sich auf vielfache Aufgaben und Herausforderungen auch in diesem Jahr.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich zum Schluss beim Gemeinderat für die konstruktiven Gespräche und Diskussionen in den Sitzungen.

Der Etat der Schule wird angepasst, dies ist eine Investition in die Zukunft.

Natürlich dürfen die Kultur und Gesellschaftliches nicht vernachlässigt werden. Die eingestellten Gelder für Arbeiten im Jugendhaus oder einer noch vorzuschlagenden Variante sind sicherlich auch eine gute Investition.

Als weitere Aufgabe sieht er auch die Gestaltung der Außensportanlagen. Dies wird sich im Laufe dieses Jahres entwickeln.

In den Haushaltsjahren 2016 und 2017 werden auch neue Investitionen in die Ausstattung der Feuerwehr erforderlich sein.

Alles in allem handelt es sich wieder um einen ambitionierten Haushalts- und Investitionsplan. Im Jahr 2015 lag die Pro-Kopf-Verschuldung bei 185 EUR. Dies zeigt die gute Haushaltsführung.

Zur Einkommensteuerbeteiligung bemerkt er, dass es sich hierbei um den größten Posten der Einnahmen in der Gemeinde handelt. Dies bringt ebenso auch eine Erhöhung der Zuschüsse mit sich.

Nachdem alle Fraktionen ihre Meinungen zum Haushalt dargelegt haben, bittet er um Abstimmung zum diesjährigen Haushaltsplan.

Beschluss

Haushaltssatzung

Haushaltssatzung der Gemeinde Haibach für das Haushaltsjahr 2016

Aufgrund des Art. 63 ff der Gemeindeordnung erlässt die Gemeinde Haibach folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 wird hiermit festgesetzt, er schließt

1. im Ergebnishaushalt mit

dem Gesamtbetrag der Erträge von	14.881.900 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen von	14.526.900 €
und dem Saldo (Jahresergebnis) von	323.000 €
2. im Finanzhaushalt
 - a) aus laufender Verwaltungstätigkeit mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	14.072.400 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	12.165.400 €
und einem Saldo von	1.907.000 €
 - b) aus Investitionstätigkeit mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	2.888.700 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	10.150.500 €
und einem Saldo von	-7.261.800 €
 - c) aus Finanzierungstätigkeit mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen von	0 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen von	186.000 €
und einem Saldo von	-186.000 €
 - d) und dem Saldo des Finanzhaushaltes von
 -5.540.800 € |

ab.

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in künftigen Jahren werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Steuersätze (Hebesätze) für die nachstehenden Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer	
für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A)	310 v. H.
für die Grundstücke (B)	310 v. H.
Gewerbesteuer	320 v. H.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen nach dem Haushaltsplan wird auf 2.000.000 Euro festgesetzt.

§ 6

Die Haushaltssatzung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft

Haibach, den

Gemeinde Haibach



Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

8. Feststellung der Jahresabschlüsse für die Wasserversorgung für die Jahre 2013 und 2014

Sachverhalt:

Vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wurden der steuerlichen Jahresabschlüsse für die Jahre 2013 und 2014 erstellt.
Die Jahresabschlüsse wären nunmehr wie folgt festzustellen.

Jahresabschluss 2013:

Der Jahresabschluss 2013 der Wasserversorgung der Gemeinde Haibach mit einer Bilanzsumme von 3.518.644,51 € und einem Jahresverlust von -56.795,03 € wird hiermit festgestellt.

Beschluss

Nachrichtlich: Der Jahresverlust ist auf neue Rechnung vorzutragen. Die Konzessionsabgabe wird weiterhin in der steuerlich zulässigen Höhe an

die Gemeinde abgeführt. Die Verrechnungsverbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde sind weiterhin banküblich zu verzinsen (2,5% Prozentpunkte über dem jeweils gültigen Basiszinssatz).

Jahresabschluss 2014:

Der Jahresabschluss 2014 der Wasserversorgung der Gemeinde Haibach mit einer Bilanzsumme von 3.755.664,13 € und einem Jahresverlust von -29.572,78 € wird hiermit festgestellt.

Nachrichtlich: Der Jahresverlust ist auf neue Rechnung vorzutragen. Die Konzessionsabgabe wird weiterhin in der steuerlich zulässigen Höhe an die Gemeinde abgeführt. Die Verrechnungsverbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde sind weiterhin banküblich zu verzinsen (2,5% Prozentpunkte über dem jeweils gültigen Basiszinssatz).

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: GR Jürgen Goldhammer war zur Abstimmung nicht anwesend.

9. Feststellung der Jahresabschlüsse für die Kultur- und Sporthalle für die Jahre 2013 und 2014

Sachverhalt:

Vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wurden die steuerlichen Jahresabschlüsse für die Jahre 2013 und 2014 erstellt. Die Jahresabschlüsse wären nunmehr wie folgt festzustellen.

Beschluss

Jahresabschluss 2013:

Der Jahresabschluss 2013 der Kultur- und Sporthalle mit einer Bilanzsumme von 7.207.307,70 € und einem Verlust von -239.116,85 € wird hiermit festgestellt.
Nachrichtlich: Der Jahresverlust ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Jahresabschluss 2014:

Der Jahresabschluss 2014 der Kultur- und Sporthalle mit einer

Bilanzsumme von 7.460.660,50 €
und einem Verlust von -225.919,52 €
wird hiermit festgestellt.

Nachrichtlich: Der Jahresverlust ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

10. Allgemeines

10.1. Begegnungsfest im Jugend- und Vereinsheim am 13.03.2016

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich für die Durchführung des Begegnungsfestes am vergangenen Sonntag. Es waren ca. 300 Besucher, auch sehr viele Gemeinderäte dort. Es war nach seiner Meinung eine gelungene Veranstaltung.

10.2. F-Plan-Änderung Bessenbach

Hierzu hat er dem Bessenbacher Bürgermeister Franz Straub mitgeteilt, dass dieser Punkt nochmals im Gemeinderat beraten wird. Entgegen des Presseberichtes im Main-Echo.

10.3. Bewerbungen zur Geschäftsleiterstelle

Der Termin zur Sichtung der Bewerbungsunterlagen wird festgelegt auf:

Montag, 21. März 2016, 14:00 Uhr
Die Bewerbungsgespräche sollen am 29. und am 30. März nachmittags stattfinden.
Die SPD-Fraktion meldet GR Torsten Redeker, die FWG-Fraktion GR Tobias Rückert als Vertreter für die Bewerbungsgespräche an, für die CSU nimmt GRin Beate Konrad teil.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde
am **11.05.2016** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 13. April 2016
Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	ab 19:55 Uhr anwesend
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	ab 19:55 Uhr anwesend
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	ab 19:45 Uhr
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Max Baumann	2. Bürgermeister	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Friedrich Englert		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Aufnahme der Ketzelburg in das Projekt "Burglandschaft Mainviereck"
4.	Gemeindewald; Zwischenrevision für den Forstwirtschaftsplan
5.	Kultur- und Sporthalle; Gestaltungsvorschlag zur Aluminiumfassade
6.	Straßenausbesserungen 2016; Flächensanierung mit Dünnschichtasphalt
7.	Bebauungsplan "Frauengrund Nord" und 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bessenbach; frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
8.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 15 erschienen sind, der

Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 16.03.2016 wird in der kommenden Sitzung des Gemeinderates genehmigt.

3. Aufnahme der Ketzelsburg in das Projekt "Burglandschaft Mainviereck"

Sachverhalt:

Von der LAG Spessart, der LAG Mainviereck sowie dem Archäologischen Spessart-Projekt wurde das Projekt Burglandschaft erarbeitet. In dieses Projekt ist auch die Aufnahme der Ketzelsburg möglich. Die hierfür entstehenden Kosten können größtenteils über Zuschüsse finanziert werden.

Aus diesem Grund ergehen vorläufig noch keine Beschlussvorschläge.

Dr. Jürgen Jung, Projektmanager des Bildungs- und Informationszentrums Burglandschaft, erläutert ausführlich die bisher geleisteten Arbeitsschritte. Jedem GR liegt die Konzeption hierzu vor.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die Frage bezüglich des Beitritts zur LEADER LAG bereits im Gemeinderat vor längerem diskutiert wurde. Dieses Thema wurde jedoch zurückgestellt, da die Gründung der ILEK anstand. Nun liegt ein entsprechendes Projekt der LAG, auch für unsere Gemeinde Haibach, vor und der Gemeinderat hat die Möglichkeit sich damit auseinander zu setzen.

3. Bgm. Horst Hock stellt fest, dass erkennbar ist, dass sehr viel Kraft und Arbeit in die Ausgrabungen an der Ketzelsburg gesteckt wurden. Durch dieses Projekt wird dies nun am „Leben“ erhalten. Er schlägt vor, dass die Gemeinde Haibach dem Projekt „Burglandschaft Mainviereck“ beitrifft und die nächsten Schritte dafür in die Wege geleitet werden.

GR Susanne Zellner spricht sich ebenfalls positiv für diese Aufnahme aus. Die vielen Fakten und Zahlen, die nun genannt wurden, sollten jedoch nochmals in den Fraktionen besprochen werden.

GR Jürgen Goldhammer vertritt die gleiche Meinung. Er möchte noch wissen, ob die „Ketzelsburg“ mit einem eigenen Flyer beworben wird und ob dies dann in den Kosten enthalten ist.

Hierzu antwortet **Dr. Jürgen Jung**, dass auch für die Ketzelsburg Flyer, Folder, Film, Zeichnungen und ein Modell angefertigt werden. Die Förderung ist mit 70 % möglich.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass durch die LAG und die ILEK „Wespe“ die Zuschüsse noch höher werden.

Hierzu erläutert **Herr Dr. Noe**, dass in diesem Zusammenhang noch weitere Kooperationsprojekte angedacht werden. Hier sollen Synergieprojekte in Zusammenarbeit mit der Wespe umgesetzt werden. Folgende Vorschläge werden derzeit geprüft:

- ☐ Barrierefreier Urlaub im Spessart - Bestandsaufnahme
- ☐ Erneuerung von Schutz- und Infohütten
- ☐ Walderfahren – E-Mobilität, Vernetzung E-Bikes etc.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass Herr Dr. Noe auch bereits bei einigen Sitzungen der ILEK „WESpe“, im Rahmen der Nutzung von Synergien, anwesend war.

Nach seiner Meinung ist der Gemeinderat nun positiv gestimmt, gibt aber zu bedenken, dass der Beitritt zur LAG Verpflichtung ist.

GR Anja Goymann möchte wissen, über welchen Betrag nun gesprochen wird.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies ein Jahresbeitrag von 4.200 EUR bedeutet.

Herr Dr. Jung erklärt, für die Investitionen, nach Abzug des Förderbetrages, ein Zeitraum von 4 Jahren für die Durchführung besteht. Diese Zahlung des Eigenbeitrages daraus besteht einmalig.

Bgm. Andreas Zenglein ist auch der Meinung, dass sich der Heimat- und Geschichtsverein sicherlich über den Beitritt der Gemeinde freuen wird. Entsprechende Gelder für die Minderung des Eigenbeitrages werden dann auch zusätzlich akquiriert werden.

GR Susanne Zellner schlägt vor, dass in den Fraktionen nochmals eine Beratung hierzu erfolgen sollte.

Dr. Jung erklärt hierzu, dass im Sommer entsprechende Angebote für die Projekte eingeholt werden sollen. Bis dahin ist noch Spielraum bezüglich einer Zusage der Gemeinde.

Für die Aktion „Scherenburg“ wurden die Beschlüsse bereits gefasst. Bisher wurden bereits 7-8 Projekte beschlossen.

Bgm. Andreas Zenglein stellt zum Abschluss fest, dass sich der Gemeinderat in der nächsten Sitzung nochmals mit diesem Thema befassen wird. Eine

Beschlussfassung wird demnach heute zurück gestellt.

4. Gemeindewald; Zwischenrevision für den Forstwirtschaftsplan

Sachverhalt:

Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Karlstadt beabsichtigt, eine Zwischenrevision für den Forstwirtschaftsplan in unserem Gemeindewald in mehreren Arbeitsschritten durchzuführen. Wie aus dem beigefügten Schreiben ersichtlich ist, sollen für die Zeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2026 die im Rahmen der Nachhaltigkeit aller Waldfunktionen nötigen waldbaulichen Maßnahmen nach Art und Umfang festgestellt werden.

Herr FOR Grimm berichtet, dass die untere Forstbehörde für die ca. 100 ha Gemeindewald verantwortlich ist. In Aschaffenburg, Grünwaldstraße, ist die Außenstelle der Forstbehörde.

Der Forstwirtschaftsplan wird in einem Abstand von 10 Jahren geprüft. In Haibach erfolgte dies zuletzt vor 12 Jahren. In Haibach sind gute Wachstumsverhältnisse und alle Besonderheiten im Wald gegeben. Nun sollte die Neuauflage geprüft werden und dies kann mit Personal von der Forstschule Lohr erfolgen.

Für jeden Wald wird ein Buch, eine Karte sowie ein Bestandsbuch – auch in digitaler Form - geführt. Dies könnte alles erneuert werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 3000 - 4.000 EUR. Nachdem hier auch eine 50% Förderung möglich ist, liegen die Kosten bei ca. 3.000 EUR einmalig. An Arbeitslohn für die 28 Referendare wird wenig anfallen, jedoch müssten die Fahrtkosten abgerechnet werden.

Bei dieser Zwischenrevision werden neue Einteilungen gemacht, Baumarten eventuell gewechselt. Dies ist unter anderem auch in Anbetracht des Klimawandels notwendig und bedarf entsprechender Anpassungen und Änderungen.

So sollen künftig vermehrt die Eiche, Esskastanie und die Douglasie, die als Bauholz genutzt werden können, da sie ein gerades Wachstum haben. Für Buchen, Hainbuchen und Lerche

(Hochgebirgsbaum) besteht ein erhöhtes Anbaurisiko. Die Fichte z.B. ist nicht stabil genug. Wenn es in einem Sommer wenig Wasser gibt, gibt dies entsprechende Probleme. Die Tanne wird auch gepflanzt, da sie einen stabilen Wuchs hat, als Bauholz genutzt werden kann und zudem den Boden nicht versauert.

Bei der Zwischenrevision wird auch die neue Planung für die nächsten 10 bis eventuell 20 Jahre durchgeführt. Die Planung hierzu ist, dass in etwa ab der 33. KW die Referendare für etwa 3 Wochen im Wald aktiv sind.

Vorher wird noch eine Besprechung im Rathaus stattfinden. Hier wird z. B. die Möglichkeit des Holzeinschlags etc. geprüft. Im Anschluss an die Tätigkeit der Referendare wird ein Abschlussgespräch durchgeführt.

Die Zwischenrevisionen in diesem Jahr sind für Bessenbach, Johannesburg und Haibach geplant. Vom Gemeinderat ist ein entsprechender Beschluss zu fassen.

GR Claus Rückert fragt, wie es sich mit Privatwald verhält.

Herr FOR Grimm antwortet, dass es hier keine Vorschriften gibt, aber die Einhaltung des Waldgesetzes auch für Privatpersonen erforderlich ist.

Es sind Zwischenrevisionen in den Gemeinden Bessenbach, Johannesburg und Haibach in diesem Jahr geplant.

3. Bgm. Horst Hock fragt, warum es diese Forstwirtschaftspläne gibt.

Hierzu bemerkt **FOR Grimm**, dass im 19. Jahrhundert die ersten Pläne erstellt wurden. Für Dörmorsbach gibt es einen aus dem Jahr 1854. Die Kommunen müssen solche Pläne haben.

3. Bgm. Horst Hock möchte wissen, ob das Geschäft mit dem Holzeinschlag als vorrangiges Ziel gesehen wird. Er ist der Ansicht, dass z.B. in der Haibacher Schweiz sehr viele Bäume gefällt wurden.

FOR Grimm führt aus, dass es wichtiger ist, einen abwechslungsreichen Wald zu gestalten. In dem Bereich Haibacher Schweiz stehen große Tannen, deshalb sieht es im Winter lichter im Wald aus, da auch kein Laub an den Bäumen vorhanden ist. Es ist eine Roteichendurchforstung vorgesehen. Das Forstamt sorgt für eine gute Waldpflege. Der Wald verändert sich und wenn nichts getan wird, dann können keine jungen Bäume wachsen. Die Fällungen erfolgen, damit eine gesunde Altersstruktur im Wald gegeben ist.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass die Nachforstung auch etwa erst in 10-12 Jahren deutlich erkennbar wird.

GR Susanne Zellner bedankt sich für diese sehr guten Informationen. Einer Zwischenrevision kann nach ihrer Meinung zugestimmt werden.

GR Claus Rückert möchte wissen, wie es sich mit dem Borkenkäferbefall verhält.

FOR Grimm bemerkt, dass man im Wald nicht nur beaufsichtigt, sondern auch als Förster verantwortlich ist. Es wird ein starkes Käferjahr erwartet. Die Problematik hierbei ist, dass es zu wenige befestigte Waldwege gibt. Mit einem LKW ist der Wald daher nicht so gut befahrbar. Wenn Risikobäume, z.B. im Bereich Buch, schnell aus

dem Waldrevier genommen werden müssen, dann müssen diese Bäume aus dem Wald geschleift werden. Die Fahrwege müssten künftig dementsprechend ausgebaut werden, auch dies wird bei der Zwischenrevision diskutiert werden müssen.

Beschluss

Es besteht Einverständnis, für den Forstwirtschaftsplan eine Zwischenrevision, wie in dem Schreiben vom 29.02.2016 dargestellt und von Herrn Grimm erläutert, durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

5. Kultur- und Sporthalle; Gestaltungsvorschlag zur Aluminiumfassade

Sachverhalt:

Im Zuge der Sanierung der Kultur- und Sporthalle wird die bestehende Pfosten-Riegelfassade (PR-Fassade) an der West und Nordseite komplett erneuert.

Die Ausschreibung wurde so ausgelegt, dass die vorhandene Fassade, mit geänderter Farbgebung, bei weitestgehend gleicher Aufteilung der Glas- und Alu-Blechflächen wieder hergestellt wird. Im Zuge der weitergehenden Detailplanungen zeigte sich, dass die in Deckenhöhe EG/ OG umlaufenden Alu-Paneel-Felder um ca. 25 cm breiter ausfallen werden.

Ursache ist die notwendige Erhöhung der Fensterbrüstung im OG und der höhere Deckenaufbau im EG infolge der neuen Leitungen der Gebäudetechnik.

Dieses Alu-Fassadenelement würde mit der größeren Höhe die Fassade optisch deutlich prägen.

Auf der Nordseite werden in vertikaler Richtung zusätzlich Alu-Paneel-Elemente erforderlich, um die baulichen Anschlüsse der Toiletten im Fassadenbereich zu überdecken.

Insgesamt würde die neue Fassade durch diese größeren Flächenanteile der Alu-Paneel-Elemente gedrungener und massiver erscheinen.

Daher wird vorgeschlagen, die Alu-Paneel-Flächen mit auf die Farbgebung der Rahmen abgestimmten, farbig hinterlegten Glas-Paneelen zu ersetzen.

Dadurch würde die Westseite und Teile der Nordansicht insgesamt als Glasfassade sichtbar und damit ein moderneres Äußeres und eine optische Aufwertung erfahren.

Infolge der geänderten Ausführung gegenüber der Ausschreibung entstehen Mehrkosten in Höhe von rd. 33.000 € - brutto. Diese Zusatzkosten konnten durch Minderungen im Bereich der Fassade auf UG-Ebene in Höhe von rd. 20.000 € - brutto, teilweise kompensiert werden.

Insgesamt muss damit von Mehrkosten in Höhe von rd. 13.000 € - brutto ausgegangen werden.

Im Verlauf der Diskussion fragt **GR Jürgen Goldhammer**, in welchem Farbton das Glas sein wird.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies passend zum Gesamtfarb-Konzept ausgesucht wird.

3. Bgm. Horst Hock findet den Vorschlag gut, da so die Halle ein „luftigeres“ Aussehen erhält. Die Fenster im EG sollten jedoch auch angepasst werden. Das Vordach sollte ebenfalls renoviert werden.

GR Claus Rückert möchte wissen, ob der sogenannte „Lotus-Effekt“ an den Scheiben auch berücksichtigt wurde.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass dies zunächst nicht vorgesehen ist und auch eine Erhöhung der Preise mit sich bringen würde.

Dazu möchte **GR Peter Amrhein** wissen, wie oft in der Vergangenheit die jetzigen Fenster geputzt wurden.

Hierzu bemerkt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies nach seiner Kenntnis noch nie erfolgte.

GR Toni Stahl möchte wissen, ob die Fenster zur Reinigung nicht geöffnet werden können.

Nach Aussage von **Dipl. Ing. Martin Volk** ist dies nicht möglich, da nur Fenster mit Kippfunktion eingebaut werden.

Beschluss

Dem Vorschlag zur Fassadengestaltung mit Ersatz der Alu-Paneel-Elemente durch Glas-Elemente und den damit verbundenen Mehrkosten wird zugestimmt

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 1

6. Straßenausbesserungen 2016; Flächensanierung mit Dünnschichtasphalt

Sachverhalt:

Im Zuge des Straßenunterhalts wird in der Regel zur Wiederherstellung von schadhaften Straßenoberflächen die Deckschicht gefräst und mit neuer AFB-Schicht versehen. Im „Altortbereich“ und im

Wohngebiet „Bessenbacher Weg“ ist dieses Verfahren an verschiedenen Straßen nicht anwendbar, da unmittelbar auf einer „Packlage“ eine Asphaltspritzdecke aufgebracht wurde. Der Unterbau ist häufig durch Aufbrüche gestört oder

durch die steigende Verkehrsbelastung nicht mehr ausreichend tragfähig, wodurch Schäden unausweichlich sind.

Nachdem ein Komplettausbau dieser Straßen aufgrund verschiedener anderer wichtiger Straßen- und Tiefbauprojekte in naher Zukunft nicht zu erwarten ist, wird zur Wiederherstellung der schadhafte Oberflächen eine Sanierung mit Dünnschichtasphalt befürwortet.

In einem ersten Sanierungsschritt werden folgende Straßen vorgeschlagen:

- **Bereich „Altort“:**

Bergstraße	ca. 650 m ²
Rohrbachstraße	ca. 690 m ²
Burgstraße	ca. 1.450 m ²

- **Bereich „Bessenbacher Weg“:**

Neue Heimatstraße	ca. 1550 m ²
Teilstrecke Zu den drei Kreuzen	ca. 610 m ²

Insgesamt wird eine Fläche von rd. 5.000 m² zur Sanierung vorgeschlagen. Es muss mit Gesamtkosten in Höhe von rd. 50.000 gerechnet werden, bei einem durchschnittlichen Aufwand von rd. 9 - 10 €/m².

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass das Verfahren auch in der Hauptstraße (Kreisstraße AB 11) bei der künftigen Sanierung verwendet wird. Die jetzige Oberfläche wird abgefräst und ein Dünnschichtasphalt aufgebracht.

3. Bgm. Horst Hock sieht dies als die richtige Maßnahme für die Sanierungsarbeiten an. Große Flächenausbesserungen sind besser als kleine Flecken. Wenn das Verfahren für die nächsten 12-15 Jahre eine Verbesserung bringt, dann ist das in Ordnung.

In den angegebenen Bereichen sind auch schlechte Randsteine vorhanden, diese sollten auch ausgebessert werden. Eventuell auch die Gehsteige mit neuem Asphalt überzogen werden.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass den Bürgern erklärt werden sollte, dass keine Ausbausatzung für diese Maßnahme greift, da nur eine Reparaturmaßnahme durchgeführt wird.

GR Claus Rückert fragt nach dem Verfahren und wie die Gewährleistung hierzu aussieht.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die Gewährleistung 3 - 5 Jahre dauert.

GR Jürgen Großmann spricht sich dafür aus, dass erst Erfahrungen gesammelt werden sollten. Es gibt keine Information, welche Kosten noch zusätzlich für die Reparatur von Randsteinen, Rinnen, Kanaldeckeln entstehen. Es sollten vernünftige Werte vor der Vergabe ermittelt werden.

GR Toni Stahl schlägt vor, dass die Arbeiten erledigt werden sollten.

Beschluss

Dem Sanierungsvorschlag zur Wiederherstellung der Straßenoberflächen wird zugestimmt. Es werden Angebote eingeholt und der Auftrag an den wirtschaftlichsten Bieter erteilt.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 2

7. Bebauungsplan "Frauengrund Nord" und 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bessenbach; frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Sachverhalt:

Das Planungsbüro Hytrek, Thomas, Weyell, Weyell hat im Auftrag der Gemeinde Bessenbach informiert, dass die Gemeinde Bessenbach beabsichtigt, den Bebauungsplan „Frauengrund Nord“ aufzustellen und den Flächennutzungsplan im Bereich dieses Bebauungsplanes zu ändern. Der Gemeinde wird die Möglichkeit eingeräumt, im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hierzu Stellung zu beziehen.

Aus Sicht der Verwaltung werden durch diese Planungen die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt, so dass kein Anlass besteht, Bedenken zu äußern.

Beschluss

8. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplan „Frauengrund Nord“

Durch die Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bessenbach werden die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt. Daher besteht mit der Planung Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

Beschluss

Vorhabenbezogener Bebauungs- und Grünordnungsplan „Frauengrund-Nord“

Durch die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes

„Frauengrund-Nord“ werden die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt. Mit der Planung besteht daher Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

8. Allgemeines

Bgm. Andreas Zenglein informiert:

8.1. Asylbewerber

Derzeit sind in Haibach in 4 Häusern 91 Personen untergebracht. Aktuell kommen im Landkreis noch etwa 43 Asylsuchende im Monat an. Diese Zahl hat sich gegenüber der Vormonate deutlich verringert.

8.2. Seniorenarbeit

Frau Jakob, Seniorenbeauftragte im Landratsamt, wird die Seniorenarbeit des Landkreises, auch bezogen auf Haibach, in einer der nächsten GR-Sitzungen, vorstellen.

8.3. Kreisrat

GR Andrea Stürmer wird am 18.04.2016 als Listennachfolgerin für einen ausgeschiedenen CSU-Kreisrat als neue Kreisrätin vereidigt.

8.4. Bereich

Merkelstraße/Schollstraße/Fischergasse

Derzeit werden die Markierungsarbeiten für das „Buchfinkengässchen“ durchgeführt.

8.5. Arbeiten Dorffriedhof

Die Magnolien im Dorffriedhof sind gepflanzt worden, die Bänke sind bestellt.

8.6. Pfarrgarten Kirche

GR Claus Rückert bittet die Sandsteinwand des alten Feuerwehrhauses auf der Seite des Pfarrhauses zu prüfen, da hier offensichtlich Teile des Sandsteins abgebrochen sind.

8.7. Spielende Kinder – Parkplatz Feuerwehr

GR Ilse Spielmann teilt mit, dass sie nun des Öfteren beobachtet hat, dass die Kinder aus der Findbergstraße 15 auf der Parkfläche vor dem FFW-Tor Fußball spielen. Dies ist für sie kein Problem, sie sieht jedoch die Gefahren, durch das hohe Fahrzeugaufkommen an dieser Straße. Hier sollten die Hauspaten mit den Familien sprechen.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **11.05.2016** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 11. Mai 2016
Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	

Schriftführer

Silvia Reiling, Verwaltungsangestellte		
--	--	--

Verwaltung

Friedrich Englert		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 16.03. und 13.04.2016
3.	Aufnahme der Ketzelsburg in das Projekt "Burglandschaft Mainviereck"
4.	Sanierung der Kultur- und Sporthalle; Teilerneuerung Prallwand
5.	Änderung des Bebauungsplanes Mittelknüchel; Billigung der Planung und weiteres Verfahren
6.	Kooperationsprojekt "Wald erFahren"; Aufbau einer Ladeinfrastruktur für E-Bikes/Pedelecs
7.	Radweg Ortsverbindungsstraße, 1. Bauabschnitt; Alternative Wegführung
8.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Zur Tagesordnung informiert **Bgm. Andreas Zenglein**:

Hinzu ist der TOP 7 gekommen:

Radweg Ortsverbindungsstraße, 1. BA – Alternative Wegführung.

Hierzu gibt es heute lediglich Informationen, Beschlussfassung in der Sitzung am 08.06.2016.

Es liegen **2 Anträge der CSU-Fraktion** vor:

1. Antrag auf Prüfung und Anschaffung von Einhandtransportwagen für die Friedhöfe der Gemeinde Haibach

Die Behandlung ist vorgesehen in der Sitzung des Bau-, Grundstück- u. Umweltausschusses am 01.06.2016.

2. Antrag zur Aufnahme von Gesprächen zwischen der Gemeinde Haibach und dem TV Haibach zwecks Kauf des zum Verkauf stehenden vereinseigenen Geländes in der Jahnstraße 7 1/2

Dieser Antrag sollte in der nächsten Sitzung des Gemeinderates am 08.06.2016 behandelt werden.

Zu diesem Thema informiert **Bgm. Andreas Zenglein**, dass mittlerweile ca. 15 Anfragen von Kaufwerbern für dieses Areal vorliegen. Nach Sichtung aller Angebote wird er als Vorstand des TV entsprechende Informationen an den Gemeinderat geben.

Er erklärt, dass er einen Interessenskonflikt zwischen seinem Amt als Bürgermeister und als Vorstand des TV Haibach sieht. Er wird daher lediglich die Informationen geben, an keiner Diskussion hierzu teilnehmen und auch die Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht leiten.

2. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 16.03. und 13.04.2016

Die Protokolle der Sitzungen des Gemeinderates vom 16.03. und 13.04.2016 werden ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Aufnahme der Ketzelsburg in das Projekt "Burglandschaft Mainviereck"

Sachverhalt:

Von der LAG Spessart, der LAG Mainviereck sowie dem Archäologischen Spessart-Projekt wurde das Projekt Burgenlandschaft erarbeitet. In dieses Projekt ist auch die Aufnahme der Ketzelsburg möglich. Die hierfür entstehenden Kosten können größtenteils über Zuschüsse finanziert werden. Über die Voraussetzungen hierzu hat Herr Dr. Jung in der Sitzung des Gemeinderates am 13.04.2016 informiert.

Dr. Jung hat in der Sitzung des Gemeinderates am 13.04.2016 die Vorteile des Beitritts zur Burglandschaft e.V. und somit auch zur LAG Spessart in der letzten Sitzung des Gemeinderates ausführlich erläutert und die Kosten und Zuschüsse über LEADER dargestellt (Präsentation siehe Anlage).

3. Bgm. Horst Hock erklärt, dass der Vortrag von Herrn Dr. Jung in der letzten Sitzung sehr ausführlich war. Der Heimat- und Geschichtsverein sieht dieses Projekt als sehr wichtig an. Die CSU-Fraktion sieht in diesem Projekt das Engagement des Vereins und auch die Mithilfe vieler Bürgerinnen und Bürger gewürdigt.

Die Mitgliedschaft sollte für die Dauer von 4 Jahren erfolgen. Jedoch sollte dann auch eine Prüfung stattfinden, welchen Nutzen diese Mitgliedschaft

gebracht hat. Danach sollte eventuell eine Verlängerung erfolgen.

Die CSU-Fraktion wird der Aufnahme zustimmen.

GR Susanne Zellner erklärt, dass die Ablehnung im Jahr 2014 sicherlich daraus resultierte, dass kein Projekt anstand, das zugeordnet werden konnte. Nun wird die Ketzelsburg in das Projekt „Burglandschaft Mainviereck“ aufgenommen. Eventuell besteht auch die Möglichkeit, dass die Brunnenstube, die durch den Heimat- und Geschichtsverein bzw. durch die Gemeinde gepflegt wird, noch dazu genommen werden kann.

Die Aufnahme sollte erfolgen – sie sieht hier auch wieder eine Werbung für die Denkmäler, die sich in Haibach befinden.

GR Jürgen Goldhammer sieht die Aufnahme ebenfalls positiv. Seine Bedenken richten sich jedoch gegen die Kosten, die hierfür entstehen werden. Bei den Zahlen werden hier Beträge von ca. 48.000 EUR genannt. Dies sieht er für 4 Jahre schon als sehr hoch an.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass bei diesen Kosten auch noch die Förderung abgezogen wird. Der Anteil für die Gemeinde Haibach wird ca. 18.000 EUR – verteilt auf 4 Jahre – sein.

GR Anja Goymann möchte wissen, ob ein Austritt aus diesem Projekt nach 4 Jahren problemlos möglich ist.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass erst noch die Gründung stattfinden muss. Danach werden sich die Mitgliedsgemeinden eine entsprechende Satzung geben, die diese Details regeln wird.

Beschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Haibach befürwortet das Projekt Burglandschaft und beteiligt sich mit dem Objekt „Ketzelburg“ an einer gemeinschaftlichen touristischen „Vermarktung“ der Burgen und Schlösser (usw.) der Region im Netzwerk Burglandschaft.

Die Gemeinde Haibach tritt dem Verein „Burglandschaft e.V.“ (e.V. in Gründung) bei und wird somit Partner des gesamten Netzwerkes Burglandschaft.

Die Gemeinde Haibach beteiligt sich mit dem Objekt „Ketzelburg“ am LEADER-Projekt: „Erweiterung und

Etablierung des Netzwerkes Burglandschaft in der LAG Spessart“ und am LEADER-Kooperationsprojekt: „Entwicklung und pilothafte Umsetzung eines LAG-übergreifenden touristischen Gesamtkonzeptes Burglandschaft“ und stellt die Eigenmittel entsprechend des vorgestellten Finanzierungsplanes zur Verfügung.

Die Projektlaufzeit beträgt 4 Jahre ab der Bewilligung.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Beschluss

Die Gemeinde Haibach tritt der „LAG Spessart e.V.“ bei und beteiligt sich somit am LEADER-Programm. Der jährliche Beitrag von 0,50 € je Einwohner wird zur Kenntnis genommen und anerkannt. Die Beschlüsse des Gemeinderates vom 4.6.2014 und 2.7.2014 werden aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

4. Sanierung der Kultur- und Sporthalle; Teilerneuerung Prallwand

Sachverhalt:

Im Zusammenhang mit der Sanierung der Kultur- und Sporthalle waren im Bereich der Halle keine größeren Umbauten geplant. Im Zusammenhang mit den notwendigen Erneuerungen der vorhandenen Türen zur Halle wurde allerdings von dem Planungsteam die weitergehende Erneuerung der Prallwände zur Diskussion gestellt.

Die neuen Zugangstüren/-Tore erhalten einen Prallwand-Belag, der sich farblich von der Bestands-situation absetzen wird.

Durch den Türeinbau wird die Prallwand aus Gründen der Zugänglichkeit im Randbereich der Türen abgebaut und wieder hergestellt werden müssen.

In diesen Bereichen sind ggfs. Ersatzoberflächen erforderlich.

Schäden an der Holzoberfläche der Prallwände sind nur vereinzelt festzustellen. Die Oberflächen sind jedoch über die Jahre hinweg zwischenzeitlich abgenutzt.

Um nach Abschluss der Sanierungsarbeiten im Innenbereich der Halle eine einheitliche Optik zu erzielen, wurden die dabei entstehenden Kosten für eine Teilerneuerung (bis. ca. 3,0 m Höhe) ermittelt.

Variante 1: vierseitige Teilerneuerung der Prallwände: ca. 102.000,00 € - netto

Variante 2: dreiseitige Teilerneuerung der Prallwände: ca. 72.000,00 € - netto

GR Jürgen Goldhammer findet diesen zusätzlichen Kostenfaktor schon sehr teuer. Nach seiner Meinung würde auch ein Austausch bzw. Reparatur der vorhandenen Prallwand-Beläge ausreichen. So könnten im Bereich der erneuerten Türen etc. mit farblichen Akzenten gearbeitet werden. Er schlägt vor, dass der Bereich der Tribüne erneuert werden sollte, an den Stirnseiten sollten farbige Akzente gesetzt werden.

3. Bgm. Horst Hock führt aus, dass es schon richtig ist, dass es sich hier um sehr viel Geld handelt. Aber in Anbetracht dessen, dass hier schon sehr viel Geld für diese Sanierung ausgegeben wird, sollte keine „Flickschusterei“ in der Halle erfolgen. Es sollten alle 4 Seiten erneuert werden. Zu einem späteren Zeitpunkt sieht er es als schwierig an, diese Arbeiten dann wieder durchzuführen. Es sollte eine Ausführung, ähnlich wie in der Schulturnhalle, ohne Sprossenwände erfolgen.

GR Hans Georg Seitz erklärt, dass es sich hier um eine KULTUR- und Sporthalle handelt. Er sieht durch die vierseitige Teilerneuerung der Prallwände auch eine optische Verbesserung der Halle. „Farbkleckse“ lehnt er hierzu ab. Die Sprossenwände müssen bei entsprechenden Veranstaltungen mit Matten abgedeckt werden, er sieht es ebenfalls als sinnvoll an, dass diese gleich entfernt werden.

3. Bgm. Horst Hock schlägt vor, dem Gemeinderat eine Info über die bisherigen Kostenmehrungen zukommen zu lassen.

Dipl. Ing. Martin Volk hat diese Zahlen parat und informiert über folgende Zusatzkosten:

Zusätzliche Arbeiten wegen

Ölabscheider	33.000 EUR
Fassadengestaltung	10.900 EUR
Tribünendach	13.980 EUR
Notbeleuchtung	12.100 EUR
Prallschutz	102.000 EUR

Ergibt bisher eine Mehrung von ca. 172.000 EUR.

GR Jürgen Großmann schlägt zur besseren Übersicht vor, dass diese Zahlen künftig gleich in den Sachverhalt mit aufgenommen werden sollen.

Hierzu stellt **Bgm. Andreas Zenglein** fest, dass dies so nicht gemacht wird.
Wenn Fragen zu Zusatzkosten bestehen, wird dies in einem eigenen Tagesordnungspunkt behandelt. Eine Fortschreibung der jeweiligen Zusatzarbeiten erfolgt nicht zu jedem Auftrag. Dieser Aufwand „lohnt“ sich so nicht.

Beschluss

Der vorgestellten Teilerneuerung wird zugestimmt. Zur Ausführung kommt Variante 1 zum Preis von ca. 102.000 EUR/netto.

Abstimmungsergebnis: ja: 16 nein: 2

5. Änderung des Bebauungsplanes Mittelknüchel; Billigung der Planung und weiteres Verfahren

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 16.03.2016 die Aufstellung des Bebauungsplanes „Mittelknüchel“, Änderung 3, beschlossen.

Die Ortsplanerin, Frau Richter, hat zu diesem Beschluss einen Entwurf des Bebauungsplanes erstellt. In diesem Entwurf ist der jetzige „Grünbereich“ durch Baugrundstücke ersetzt worden. Die Änderung betrifft auch das weitere Gelände, das sich im Eigentum von 2 Personen befindet. Ein städtebaulicher Vertrag ist erst dann möglich, wenn diese Grundstücke verschmolzen werden und dann erst auch bebaut werden können. Das Verfahren zu dem Bebauungsplan kann nach dem vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB vorgenommen werden, d.h., es ist neben dem Verzicht auf eine Umweltprüfung kein Scoping-Verfahren erforderlich.

Allerdings sind nach Aussage der Unteren Naturschutzbehörde die Belange des Artenschutzes zu berücksichtigen. Es ist daher eine artenschutzrechtliche Prüfung erforderlich. Für die Grundstücke an der Ringstraße ist die Prüfung für folgendes Artenspektrum vorzunehmen:

- Zauneidechse,
- Vögel,
- Fledermäuse.

Frau Richter informiert ausführlich über diesen Entwurf. Zur weiteren Bearbeitung muss nun noch eine Biologie beauftragt. Dieser muss prüfen, ob in diesem Areal Zauneidechsen, Vögel oder Fledermäuse vorhanden sind. Sie weist auf die Möglichkeit der vorgezogenen Maßnahmen zum „Ausweichen“ dieser Tierarten hin.

GR Susanne Zellner möchte wissen, wer die Kosten für dieses Gutachten zu tragen hat.

Hierzu antwortet **GIB Friedrich Englert**, dass ohnehin noch ein städtebaulicher Vertrag bezüglich dieser Änderung erforderlich ist. Diese Kosten werden in diesen Vertrag mit aufgenommen.

Beschluss

Der Entwurf des Bebauungsplanes „Mittelknüchel“, Änderung 3, wird gebilligt. Das Verfahren wird nach § 13 BauGB durchgeführt. Als erster Verfahrensschritt wird die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie parallel hierzu die Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen. Zu dem Bebauungsplan wird eine artenschutzrechtliche Prüfung in Auftrag gegeben.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

6. Kooperationsprojekt "Wald erFahren"; Aufbau einer Ladeinfrastruktur für E-Bikes/Pedelecs

Sachverhalt:

Im Rahmen der Bewerbung der ILE Spessartkraft wurde ein Konzept erstellt, um den Spessart für Fahrradfahrer mit E-Bikes besser touristisch nutzen zu können. Dieses Konzept wurde nun durch die LAG Spessart mit aufgegriffen und soll in entsprechender Zusammenarbeit erfolgen.

Die Firma Bike-Energy aus Österreich hat ein gut funktionierendes Netz an Ladestationen in den Alpen erstellt, welches auch entsprechend gut angenommen wird. Der Biker nimmt anstatt eines Ersatzakkus ein Ladekabel mit und kann dann an den Ladestationen seinen Akku aufladen.

Die Förderung dieser Akkuladestationen ist nur möglich, wenn diese auf einem öffentlichen Platz aufgestellt werden.

Die Kosten für eine Stehakkuladestationen für 2 E-Bikes liegt bei 3.920,00 €. Geplant ist es, dass die Maßnahme komplett über die LAG durchgeführt wird (Beschaffung der Ladestationen, Werbematerial, Fahrradrouten für E-Bikes usw.). Die Gesamtmaßnahme könnte mit 70% bezuschusst werden.

Eine mögliche Kostenverteilung könnte wie folgt aussehen:

- Werbe- und Planungsaufwand der LAG
15.000,00 €

- 30 Geräte mit einem Durchschnittspreis von
4.400,00 € (abhängig von der Größe und
Beschaffenheit der Geräte Anzahl der
Ladestationen, freistehende Station oder
Wandmontage) 132.000,00 €

Gesamtkosten für das Projekt: 147.000,00 €
Zuschuss von 70 % 102.900,00 €

zu verteilende Kosten: **44.100,00 €**

Somit Durchschnittskosten pro Gerät:
1.470,00 €

Somit sind incl. Aufstellung mit Kosten in Höhe von
2.000 Euro je Geräte zu rechnen.

Für die Gemeinde Haibach wäre die Aufstellung
einer solchen Ladestation, z.B. im OT
Dörmorsbach am Ende der Hohen-Warte-Straße
sowie im Bereich des Wildparkes oder Grillplatz im
Haibacher Schweitztal sinnvoll.
In der heutigen Sitzung muss zunächst nur ein
Beschluss darüber gefasst werden, ob die
Gemeinde Haibach sich grundsätzlich an diesem
Projekt beteiligen will.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass er derzeit in
Verhandlungen mit der Energie-versorgung Main-
Spessart ist, die Stromlieferung von dort zu
erhalten. Die Zapfsäule für die E-Fahrzeuge wird
von der Firma EMS betrieben und hier wird immer
wieder die Zuverlässigkeit bestätigt.
Nach Rücksprache mit der Firma EMS gibt es
durchaus Verhandlungsmöglichkeiten hier tätig zu
werden.

Weitere Informationen hierzu werden in der Sitzung
des Gemeinderates am 08.06.2016 möglich sein.

Bgm. Andreas Zenglein informiert noch über den
Stromverbrauch der Zapfsäule am Rathaus. Für die
Dauer vom 01.10.2014 bis zum 04.09.2015 wurde
dort für **373,00 EUR** Strom getankt.

3. Bgm. Horst Hock erklärt, dass die CSU-Fraktion
dieses Thema ausführlich diskutiert hat. Nach
Meinung der Gemeinderäte sollten diese
Ladestationen mehr im Zentrum des Ortes sein. Als
erstes sollte eine Station am Rathaus installiert
werden und später, nach gemachten Erfahrungen,
auch an anderen öffentlichen Gebäuden, z.B. an

der Kultur- und Sporthalle. Er sieht die Montage im
Ort auch als Plus für die Gastronomie im Ort.

GR Susanne Zellner schließt sich den Worten des
Vorredners an.

GR Hans Georg Seitz schlägt vor, die Aufladung
auch mittels Solarmodulen zu ermöglichen.

GR Jürgen Goldhammer spricht sich ebenfalls für
die Montage von 3 Stationen aus. Er würde die
Aufstellung eines Münzautomaten hierzu begrüßen.
Er schlägt als weiteren Standort noch den Wildpark
vor.

GR Toni Stahl möchte wissen, wer die Kosten für
die Aufstellung und den Unterhalt dieser Ladegeräte
trägt und welche zusätzlichen Kosten auf die
Gemeinde zukommen werden.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass diese noch
nicht bekannt sind.

GR Peter Amrhein schlägt vor, auch die
Gastronomie mit zu beteiligen. Bei Stationen am
Rathaus, an der Kultur- und Sporthalle oder auch
am Bürgerhaus könnten Gaststätten als
Werbeträger aktiv werden.

GR Jürgen Großmann möchte bezüglich des
Zuschusses wissen, ob dieser Betrag auf eine
Summe von 100.000 EUR gedeckelt ist.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass die
Zuwendung immer 70 % der Gesamtkosten beträgt.

Des Weiteren möchte **GR Jürgen Großmann** noch
wissen, ob für die Servicearbeiten ein eigener
Elektriker beauftragt werden kann, oder ob dies ein
Elektriker aus dieser LAG sein muss. Er möchte
dies bezüglich auch die eventuellen Anfahrtkosten
im Bedarfsfall wissen.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Ansicht, dass dies
wohl für jeden Ort ein eigener Elektriker sein wird.
Dieses Konzept umfasst den gesamten
Spessartbereich, da wäre ein Beauftragter wohl zu
wenig.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach beteiligt sich an am Aufbau
eines E-Bike-Netzes für den Spessart. Typ und
Ausführung werden noch festgelegt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

7. Radweg Ortsverbindungsstraße, 1. Bauabschnitt; Alternative Wegführung

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dieser TOP
nicht im Mitteilungsblatt veröffentlicht wurde und
daher hierzu heute keine Beschlussfassung möglich
ist. Es werden die Fakten vorgestellt mit der Bitte,
dass sich die Fraktionen bis zur nächsten Sitzung
des GR am 08.06.2016 beraten.

Sachverhalt:

Dipl. Ing. Martin Volk informiert: In der
Gemeinderatssitzung vom 22.04.2015 wurde aus
den verschiedenen Ausführungsmöglichkeiten des
Radweges Haibach - Dörmorsbach die Variante
1.1C/ 2.3/ 3.
Die Wegführung beginnt in der verlängerten
Blumenstraße, führt schräg aufwärts über einen

teilweise vorhandenen Wiesenweg mit Steigungen bis 16% an den Parkplatz Windlücke.

Entlang der Gemeindeverbindungsstraße wechselt der Radweg im Verlauf entlang der Straße oder im Bereich der Wiesenflächen bis zur Zufahrt „Am Büchel“. Von hier aus folgt der Radweg dem Straßenverlauf bis nach Haibach.

Die Entwurfsplanung zum ersten Bauabschnitt des Radweges wurde in der Gemeinderatssitzung vom 23.09.2015 beschlossen.

Die Genehmigungsplanung für den Bau des Radweges im Bereich des 1. Bauabschnittes der Gemeindeverbindungsstraße wurde schließlich Ende Februar diesen Jahres beim Staatlichen Bauamt zur Abstimmung eingereicht.

Anfang April kam der Hinweis seitens des Staatlichen Bauamtes, dass bei der vorliegenden Planung die Steigungsstrecken mit bis zu 16% den Anforderungen an die Barrierefreiheit nicht entsprechen. Die Förderung der Baukosten dieser Teilstrecke könne nicht in Aussicht gestellt werden.

Es sollte daher überprüft werden, ob alternativ eine Wegeföhrung möglich ist, um die Förderung der Baumaßnahme vollumfänglich zu erhalten.

Das Planungsbüro ISB hat vorab eine Alternativtrasse 1.1.D im Bereich der Blumenstraße untersucht. Die erste Grobbetrachtung mit

Auswertung von Höhenlinien aus Überfliegungs-Daten ergäbe bei dieser Variante eine durchschnittliche Steigung von 5,5% mit einer zusätzlichen Baulänge von ca. 170 m.

Die Mehrkosten werden mit rund 100.000 € - ohne Grunderwerb - abgeschätzt.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, ob die Förderung auch gezahlt wird, wenn nur eine Teilstrecke gebaut wird.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass dies geprüft wird, er aber der Meinung ist, dass es nur eine Gesamtförderung gibt.

3. Bgm. Horst Hock erklärt, dass die Planung zuerst nochmals überprüft werden sollte. Es sollte nicht das Geld für den Bau eines Fahrradweges ausgegeben werden, der dann nicht genutzt wird.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, die Stellungnahme zu diesem Punkt abzuwarten und danach die weitere Vorgehensweise zu beraten.

Damit besteht Einverständnis.

8. Allgemeines

Bgm. Andreas Zenglein informiert:

Der Antrag der CSU-Fraktion bezüglich der „Anschaffung von Einhand-Transportwagens für die Haibacher Friedhöfe“ wird in der Sitzung des Bau-, Grundstücks- und Umwelt-ausschusses am 01.06.2016 beraten.

Der Antrag der CSU-Fraktion „Geländeverkauf TV Haibach – Ankauf durch die Gemeinde“

wird in der nächsten Sitzung des Gemeinderates beraten. Hier wird der aktuelle Sachstand vorgestellt. An einer Beschlussfassung zu diesem Punkt wird er als Vorsitzender des TV Haibach nicht teilnehmen.

8.1. Besuch der Akkordeonfreunde aus Marck

Hier werden für die Zeit von 01. bis 03.07. noch Unterkünfte gesucht. Bitte mit Frau Hofmann in Verbindung zu setzen.

8.2. Sanierung Hauptstraße

GR Hans Georg Seitz möchte wissen, in welchem Zeitraum die Sanierungsarbeiten in der Hauptstraße erfolgen sollen.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die Arbeiten für eine Woche geplant sind.

8.3. Ausstieg Hallenbad

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt zur Anfrage von GR HG Seitz, dass hier noch geprüft werden muss,

wie die Befestigung möglich ist, ohne Beschädigung der Folie bzw. des Bodens etc.

8.4. Jugendhaus – Planungen

GR Hans Georg Seitz erklärt, dass im Haushalt für Gestaltung des Jugendhauses ein Kosten-ansatz eingestellt wurde. Es sollte ein Gespräch mit den Vereinen und einem Architekten stattfinden.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dieser Termin noch aussteht. Es sollte erst noch die Präsentationen bezüglich des Areals „Alte Schule, Feuerwehrhaus und Parkplatz“ abgewartet werden. Eventuell gibt es hierzu dann auch bereits entsprechende Lösungsvorschläge.

8.5. Kommunale Verkehrsüberwachung

GR Hans Georg Seitz fragt, ob die Kommunale Verkehrsüberwachung noch tätig ist.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass dies nach wie vor erfolgt.

8.6. Parkflächen für Bewohner Hauptstraße

3. Bgm. Horst Hock schlägt vor, dass für die Dauer der Sanierungsmaßnahmen in der Hauptstraße keine Überwachung des ruhenden Verkehrs durchgeführt werden sollte. Die Anwohner sind in diesem Zeitraum sicherlich auf Ausweich-parkflächen angewiesen.

8.7. Bauvorhaben Hort

GR Jürgen Großmann fragt nach dem Sachstand bezüglich des VOF-Verfahrens.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass das Büro Guntau und Kunz derzeit daran arbeitet. Bis Mitte Juni wird die Vorlage hier sein. Es ist vorgesehen, dass noch vor den Sommerferien die entsprechenden Bewerbungen vorliegen.

8.8. ILEK- Einstellung Allianz-Manager

GR Jürgen Großmann möchte wissen, ob diese ausgeschriebene Stelle besetzt wurde.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies erfolgte. Die neue Allianz-Managerin wird zum November 2016 ihren Dienst beginnen. Da die Dame derzeit in einer anderen Kommune noch ein Projekt abwickelt, soll der Name erst nach diesem Termin bekannt gegeben werden.

8.9. Markierungen Eckenerstraße

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, dass in der Eckenerstraße an den Einmündungen zu den Seitenstraßen entsprechende Markierungen aufgebracht werden.

Hierzu erwidert **GR Hans Georg Seitz**, dass dies dann auf allen Haibacher Straßen so gemacht werden soll. Nach seiner Ansicht ist dies nicht nötig. Die klare Regelung „rechts vor links“ benötigt keine Markierung.

8.10. Grünfläche Eckenerstraße

GR Jürgen Großmann bittet um Überprüfung der Grünfläche Eckenerstraße/Einmündung Münchstraße. Hier sollte der Baum eingekürzt werden.

Dipl. Ing. Martin Volk wird dies an Herrn Staab weitergeben.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **08.06.2016** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling, Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 8. Juni 2016
Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
Anwesend:		
Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	
Abwesend:		
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	
Schriftführer		
Barbara Hofmann		
Verwaltung		
Friedrich Englert		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 11.05.2016
3.	Seniorenarbeit; Vorstellung der Ergebnisse des Integrierten Gesamtkonzepts des Landkreises Aschaffenburg
4.	Aktueller Stand und Ausblick der Infrastruktur der Gasversorgung in Haibach; Vorstellung durch Herrn Vollmuth, Geschäftsführer der Energieversorgung MainSpessart
5.	Antrag auf Aufnahme von Verhandlungen zum Erwerb der Jahnturnhalle
6.	Bebauungsplan "Frauengrund Nord" und 8. Änderung des Flächennutzungsplan der Gemeinde Bessenbach; Anhörung im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB
7.	Einrichtung eines Nahwärmenetzes; Grundlagenermittlung im Rahmen des Energiekonzeptes der Kommunalen Allianz WESPE
8.	Anschaffung von Transportwagen für die Friedhöfe
9.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Er begrüßt die anwesenden Gäste u.a. den fast komplette Seniorenbeirat, Daniela Jakob und Sigmar Buhler/Landratsamt Aschaffenburg, Thomas Vollmuth/EMS, Altbgm. Walter Dietrich, die ehemaligen GR Werner Albert und Wendelin Bleifus, Manfred Rütz/Fa. Immotec sowie Dietmar Kempf-Blatt/Main-Echo.

2. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 11.05.2016

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 11. Mai 2016 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Seniorenarbeit; Vorstellung der Ergebnisse des Integrierten Gesamtkonzepts des Landkreises Aschaffenburg

Sachverhalt:

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellen Daniela Jakob, Seniorenberaterin des LK, und Sigmar Buhler, Behindertenbeauftragter vom Landratsamt Aschaffenburg, das integrierte Gesamtkonzept für Seniorinnen, Senioren und Menschen mit Behinderung im Landkreis und der Stadt Aschaffenburg vor.

Die beiden Mitarbeiter des Landratsamtes Aschaffenburg besuchen momentan alle Landkreisgemeinden, um herauszufinden, wie die Teilhabe von Seniorinnen, Senioren und Menschen mit Behinderung im Landkreis verbessert werden kann. Dass dieses Thema in den nächsten Jahren an Wichtigkeit gewinnt, zeigen sie anhand der Bevölkerungsentwicklung für die Gemeinde Haibach auf. So werden im Jahr 2030, im Vergleich zu 2015, 681 Menschen mehr in Haibach wohnen, die 60 Jahre und älter sind. Das entspricht einer Steigerung von rund 29 %.

Die Befragung von Senioren bzw. Menschen mit Behinderung im Rahmen der Konzepterstellung weist auf die dringenden Themen hin, die diese Gruppen beschäftigen. Durch die Handlungsempfehlungen aus dem integrierten Gesamtkonzept erhalten die Gemeinden Ideen zur Umsetzung in ihrem Gebiet. So kann z.B. durch eine mobile Induktionsanlage die Teilnahme von Menschen mit einer Hörbehinderung an öffentlichen Veranstaltungen ermöglicht werden. Das Landratsamt Aschaffenburg überlegt momentan den Kauf einer solchen Anlage, die dann an die Landkreisgemeinden weitervermietet werden kann.

GR Eva Rückert fragt nach, was eine mobile Induktionsanlage ist.

Sigmar Buhler antwortet, dass induktive Höranlagen Sprache und Musik über ein elektromagnetisches Feld übertragen. Hierzu wird innerhalb eines Raumes ein Kabel bzw. ein Kabelsystem verlegt, das an einen Verstärker angeschlossen ist. Sprechen die Teilnehmer in Mikrofone, werden die Sprachsignale in das Schleifenkabel übertragen. Innerhalb der Schleife

entsteht ein elektromagnetisches Feld, das mittels einer Induktionsspule im Hörgerät abgehört werden kann. So können die Wortbeiträge der Teilnehmer ohne Qualitätsverlust an das Ohr übertragen werden, Nebengeräusche und Raumakustik sind effektiv ausgeblendet. Für die Gemeinde einsetzbar ist eine mobile Anlage, z.B. bei Bürgerversammlungen.

2. Bgm. Horst Hock bedankt sich für die Vorstellung des Konzepts. Nach den umfangreichen Ausführungen muss sich das Thema bei den Gemeinderäten erst einmal setzen. Viele der aufgeführten Punkte werden sicherlich vom Seniorenbeirat aufgegriffen. Er fragt nach, ob es spezielle Zahlen für die Gemeinde Haibach gibt.

Sigmar Buhler entgegnet, dass die Ergebnisse der Befragungen nur für die einzelnen Versorgungsregionen im Landkreis ausgewertet werden können, nicht aber für einzelne Gemeinden. Er ist jedoch gerne bereit mit dem Haibacher Seniorenbeirat Ideen zu entwickeln.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass Frau Jakob bereits Gast im Seniorenbeirat gewesen ist. Außerdem habe dieser eine eigene Befragung durchgeführt, allerdings hat sich nur 1/3 der Befragten zurückgemeldet. Er schlägt vor, dass der Seniorenbeirat dem Gemeinderat diese Ergebnisse vorstellt.

GR Hans Seitz schockiert die Zunahme in der Gruppe der 80 bis 90 jährigen um 20 % in den nächsten 5 Jahren mehr. Wenn er diese Zahlen liest, hat der Gemeinderat keine Zeit mehr lange zu überlegen.

Sigmar Buhler ergänzt, dass in diese Überlegungen auch schon die Gruppe der 60 bis 65 jährigen eingerechnet werden muss, da die Umsetzung mancher Projekte ja mehrere Jahre dauern kann.

Bgm. Andreas Zenglein berichtet, dass im momentanen Jahrgang der 80jährigen, zu denen er

zum Gratulieren geht, 84 Personen in Haibach noch leben.

GR Jürgen Großmann möchte zum Handlungsfeld „Betreuung und Pflege“ wissen, wie die Versorgungslage bei Tagespflegestätten im Landkreis ist.

Daniela Jakob antwortet, dass Tagespflegeplätze sehr begehrt sind, das resultiert auch aus der Änderungen des Pflegegesetzes, wonach zusätzliches Geld für Tagespflege zur Verfügung steht. Der Landkreis kann momentan den Bedarf nicht im kompletten Landkreisgebiet decken.

GR Jürgen Großmann fragt weiter, ob die Gemeinde daher den Focus auf Tagespflegestätten richten soll.

Sigmar Buhler antwortet, dass nach der Pflegebedarfsprognose beides benötigt wird:

Genügend Pflegeeinrichtungen aber eben auch mehr Tagespflegestätten. Außerdem braucht es, um den Grundsatz „ambulant vor stationär“ zu ermöglichen, auch einen Ausbau von Nachbetreuung, Nachbarschaftshilfe etc.

GR Horst Hock fragt nach, ob die Pflegebedarfsprognose auf Haibach anwendbar ist.

Sigmar Buhler antwortet, dass diese grundsätzlich erst einmal für den Landkreis Aschaffenburg gilt, aber als statistische Auswertung auch für Haibach „herunterbrechbar“ ist.

Bgm. Andreas Zenglein beendet den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis, dass Seniorenbeirat und Landratsamt im Gespräch bleiben werden und dankt Frau Jakob und Herrn Buhler für die Ausführungen.

4. Aktueller Stand und Ausblick der Infrastruktur der Gasversorgung in Haibach; Vorstellung durch Herrn Vollmuth, Geschäftsführer der Energieversorgung MainSpessart

Sachverhalt:

Der Geschäftsführer der Energieversorgung MainSpessart, Herr **Thomas Vollmuth**, stellt den Stand der Infrastruktur der Gasversorgung im Gemeindegebiet vor. In diesem Vortrag erläutert er insbesondere die Partnerschaft der Energieversorgung Main-Spessart mit den Landkreismunicipalitäten, er stellt die Entwicklung der Gasversorgung in Haibach dar (so sind z.B. ca. 50 % der Anwesen mit Gasheizung versorgt), er erläutert die Rolle von Erdgas bei der Energiewende aus seiner Sicht und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Kommunen. Zuletzt verweist er auch auf die Unterstützungsleistungen für die Gemeinden, wie z.B. die Elektrofahrzeuge und die E-Bikes, hin.

GR Toni Stahl fragt, ob es möglich ist, den OT Dörmorsbach an die Gasversorgung anzuschließen, um dort Gasanschlüsse machen zu können.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass vor ca. 8 Jahren die Dörmorsbacher Hauseigentümer nach ihrem Interesse an einem Gasanschluss gefragt wurden. Das Ergebnis war, dass von 150 Haushalten lediglich 3 ihr Interesse bekundet

haben. Ein ähnliches Ergebnis kam bei der Nachfrage bei den Grundstückseigentümern „Ober den Gärten“ heraus. Von 23 Befragten war eine Person an einem Hausanschluss interessiert. Seiner Meinung nach ist in Dörmorsbach der favorisierte Energieträger Holz.

GR Toni Stahl fragt weiter, ab wie vielen Interessenten die EMS Gasanschlüsse anbieten würde.

Thomas Vollmuth antwortet, dass dies von einer Wirtschaftlichkeitsberechnung abhängt. Nach Vorgabe der Bundesnetzagentur muss eine geplante Maßnahme wirtschaftlich sein, sonst kann sie nicht durchgeführt werden. Die EMS hat hierbei keinen eigenen Handlungsspielraum.

Bgm. Andreas Zenglein weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass allein die Zuleitungslänge nach Dörmorsbach 2 km beträgt, das macht eine Wirtschaftlichkeit schwierig.

Er dankt anschließend **Thomas Vollmuth** für dessen Ausführungen.

5. Antrag auf Aufnahme von Verhandlungen zum Erwerb der Jahnturnhalle

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass Gemeinderat Jürgen Großmann zu dem vorgesehenen Verkauf der Jahnturnhalle durch den TV Haibach angeregt hat, dass sich die Gemeinde an den Grundstücks- und Gebäudeverhandlungen bezüglich eines Verkaufs beteiligt, um das Gelände für öffentliche Einrichtungen zugänglich zu machen. Der TV Haibach hat sich zum Verkauf der Halle mit Grundstück entschlossen, da für diese allein im Jahr 2015 10.000,- € ausgegeben werden mussten.

Dies steht in keinem Verhältnis zur Nutzung der Halle durch den TV. Der Erlös aus dem Verkauf soll den Bau einer Einfach-Sporthalle neben dem Handballer-Heim gegenfinanzieren.

Aus Sicht der Verwaltung besteht aufgrund der vielfältigen Maßnahmen und den damit verbundenen Kosten kein Anlass zum Grundstücks- und Gebäudeerwerb. Letztlich liegt dies jedoch in der Entscheidung des Gemeinderates. **Bgm.**

Andreas Zenglein weist darauf hin, dass dem TV ein sehr gutes Verkaufsangebot vorliegt. Ein

Beschlussvorschlag hierzu ergeht nicht. Er übergibt das Wort an GR Jürgen Großmann, damit dieser seine Ideen erläutern kann.

GR Jürgen Großmann ist der Meinung, dass sich die Gemeinde Haibach die Chance, dieses Grundstück zu kaufen, nicht entgehen lassen kann, um die Ortskerngestaltung voranzubringen, da dieses Grundstück sehr nahe an der Ortsmitte liegt und zur Innenortgestaltung gemeinsam mit der alten Schule, dem ehemaligen Feuerwehrhaus und dem Jugendhaus verwendet werden kann. Er kann sich an dieser Stelle unter anderem ein Dorfgemeinschaftshaus, eine Kulturspielstätte, ein Heimatmuseum, eine Begegnungsstätte für Senioren gemeinsam mit einem Büro des Seniorenbeirates, Räume für den Eine-Welt-Laden vorstellen.

Wenn z.B. im Bereich der alten Schule eine Seniorentagesstätte errichtet werden würde, könnte der komplette Bereich zum Ortszentrum werden. Ebenso ist eine „umgekehrte“ Bebauung des TV Geländes mit einer Senioren- oder Pflgetagesstätte und der Bereich der Albert-Liebmann-Schule als Dorfmittelpunkt möglich. Er bittet die Gemeinderäte darum, sich eigene Gedanken zu machen, welche Möglichkeiten dieses Grundstück bieten kann und bittet daher darum, mit dem TV Haibach in Verhandlungen zu treten.

GR Hans Georg Seitz vertritt die Meinung, dass man über einen Kauf nachdenken, aber dies anhand von konkreten Zahlen tun sollte. Er setzt für den Grundstückskauf 500.000,- € an. Mit den Kosten für ein etwaiges Gebäude um die 2.000.000,- € ergibt dies eine Summe, die die Gemeinde momentan nicht zur Verfügung hat. Der Gemeinderat solle sich daher mit dem Thema konkreter beschäftigen, aber heute keinen Beschluss fassen.

GR Jürgen Goldhammer begrüßt ebenfalls, dass sich der Gemeinderat mit dieser Thematik befasst, ist aber der Meinung, dass der Rat vor einer

Entscheidung ein Konzept braucht, was er wann mit diesem Grundstück machen möchte. Wahrscheinlich passt daher die gemeindliche Planung nicht in den Zeitplan des TV.

GR Anja Goymann ist der Meinung, dass die Gemeinde durchaus das Gelände kaufen kann und erst später über ein Baukonzept entscheidet.

2. Bgm. Horst Hock ergänzt, dass in näherer Zukunft eine Bebauung für die Gemeinde nicht machbar sein wird. Er spricht sich dennoch ebenfalls dafür aus, dass sich die Gemeinde das Grundstück sichert und später, je nach Finanzlage, über eine Verwendung entscheidet. Er schlägt eine Sondersitzung des Gemeinderates vor, die sich nur mit der Thematik „Ortskerngestaltung“ beschäftigt. Hier können alle Gemeinderatsmitglieder ihre Ideen einbringen. Zeitnah soll jedoch die Gemeinde mit dem TV Haibach in Verhandlungen über einen möglichen Kauf des Grundstücks treten.

Er bittet Bgm. Andreas Zenglein, als Vorsitzender des TV Haibach, um einen Zeitplan, bis wann für den TV Haibach eine Entscheidung im Gemeinderat gefallen sein muss.

GR Jürgen Goldhammer schlägt ein Last-Call-Verfahren vor, d.h. der Gemeinde wird die Möglichkeit zur Einreichung eines besten Schlussangebotes gegeben.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass der TV Haibach kein Interesse daran hat, das Gebäude an einen Investor zu verkaufen, wenn die Gemeinde daran interessiert ist. Dieser Verkauf ist jedoch nicht um jeden Preis möglich, da er als Vorsitzender des TV Haibach eine Verantwortung gegenüber den Vereinsmitgliedern hat. Er bittet den Gemeinderat um eine Absichtserklärung, dass grundsätzlich Interesse an einem Kauf des Geländes besteht. Letzter Termin hierfür ist die Gemeinderatssitzung am 20. Juli 2016.

Heute erfolgt kein Beschluss.

6. **Bebauungsplan "Frauengrund Nord" und 8. Änderung des Flächennutzungsplan der Gemeinde Bessenbach; Anhörung im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB**

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein stellt den Sachverhalt vor: Die Gemeinde Bessenbach hat über das Ing.Büro „Planer FM“ die Träger öffentlicher Belange zu dem Bebauungsplan „Frauengrund Nord“ und zur 8. Änderung des F-Planes informiert. Dieses Verfahren läuft parallel zu der öffentlichen Auslegung.

Wie schon in der frühzeitigen Bürger- und Behördenbeteiligung sieht die Verwaltung keinen Anlass zur Stellungnahme zu den beiden Verfahren,

da die Belange der Gemeinde Haibach durch die vorgelegte Planung nicht berührt werden.

Beschluss:

Durch die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie durch den Bebauungsplan „Frauengrund Nord“ werden die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt. Mit den vor-gelegten Planungen besteht daher Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

7. Einrichtung eines Nahwärmenetzes; Grundlagenermittlung im Rahmen des Energiekonzeptes der Kommunalen Allianz WESPE

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein berichtet:

Die Kommunale Allianz WestSPessart hat ein Energiegutachten in Auftrag gegeben. Das Zwischenergebnis wurde der Steuerungsgruppe bekannt gegeben und soll in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen durch die Firma Energievision gemeindespezifisch vorgestellt werden.

Im Vorgriff hierzu kann die Prüfung eines Nahwärmenetzes beauftragt werden. In der Vorstellung des Konzeptes wurde u.a. auch der OT Dörmorsbach mit einbezogen.

Aus Sicht der Verwaltung kann eine solche weitere Prüfung in Auftrag gegeben werden, zumal durch die Bezuschussung durch das ALE der Gemeinde keine hohen Kosten entstehen.

Sinnvoller ist allerdings die Prüfung eines Nahwärmenetzes für den Bereich der Schule mit Hallenbad und Sporthalle. Diese Prüfung ist in der angebotenen Detailbetrachtung eines Objektes jeder Gemeinde möglich und sollte auch beantragt werden.

3. Bgm. Horst Hock hält die Prüfung eines Nahwärmenetzes im Bereich der Volksschule mit benachbartem Hallenbad und Sporthalle für wesentlich sinnvoller. Die durch die Prüfung gewonnenen Daten werden dem Gemeinderat Grundlagen für weitere Entscheidungen liefern.

GR Jürgen Goldhammer spricht sich im Namen der FWG ebenfalls für diese Option aus, da der OT Dörmorsbach wesentlich schwieriger zu planen ist.

Beschluss:

Die Firma Energievision Franken wird im Rahmen der Erarbeitung eines Energiekonzeptes für das WESPE-Gebiet beauftragt, die Erstellung eines Nahwärmenetzes für den Bereich Schule, Hallenbad, Sporthallen und evtl. Privathäuser zu prüfen.

Beim ALE wird die Ergänzung des Zuschusses für das Energiekonzept geklärt; die Mehrkosten trägt die Gemeinde Haibach.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

8. Anschaffung von Transportwagen für die Friedhöfe

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass die CSU Haibach beantragt hat, für die gemeindlichen Friedhöfe Einhandtransportwagen anzuschaffen, um die Grabpflege zu erleichtern.

Nach Auffassung der Verwaltung ist eine solche Anschaffung mit den genannten Kosten von ca. 550 Euro/Stück für die Grabpflege sinnvoll.

2. Bgm. Horst Hock ergänzt, dass die CSU-Fraktion vorschlägt, für den Haibacher Dorf-friedhof, den Friedhof Grünmorsbach sowie den Friedhof Dörmorsbach je zwei Transportwagen und für den Waldfriedhof je zwei für jeden Eingang, also vier Transport-wagen anzuschaffen.

GR Beate Konrad teilt mit, dass die CSU Haibach und die Frauenunion Haibach aus dem Erlös des

diesjährigen Theaterwochenendes eine „Station Transportwagen“ für den Wald-friedhof spenden wird.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich für diese Spende und bittet um Abstimmung.

GR Hans Seitz regt die Anschaffung von luftbereiften Wagen an.

Beschluss

Für die Haibacher Friedhöfe werden jeweils Ein-handtransportwagen nach der Vorlage für je ca. 550 €/Stück angeschafft.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

9. Allgemeines

9.1. Straßenausbesserungsarbeiten

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass die Fa. Kutter in der KW 23 im Ortsgebiet mit den Straßen-ausbesserungsarbeiten begonnen hat.

9.2. Neue Vorwarnblinkleuchte

Bgm. Andreas Zenglein berichtet, dass seit 2. Juni 2016 an der Ampelanlage am Sportplatz des SV Alemannia Haibach eine gelbe Vorwarn-

blinkleuchte im Einsatz ist. Der Bau-, Grundstücks- und Umweltausschuss hatte die Anbringung beschlossen, da an dieser Stelle sehr viele Schulkinder die Straße überqueren. Die Lampe ist schräg angebracht und signalisiert durch das gelbe Blinken auch den Autofahrern, die aus der Sportfeldstraße kommen, die Rotphase der Ampel.

9.3. Ausbau Großmannstraße

Bgm. Andreas Zenglein gibt bekannt, dass zur Erläuterung des 2. Bauabschnittes am Mittwoch, 13. Juli 2016, 19.00 Uhr, im Mehrzweckraum der FFW Gemeinde Haibach eine Infoveranstaltung für die Anwohner stattfindet.

9.4. Waldbegehung

Bgm. Andreas Zenglein gibt bekannt, dass der Termin auf Mittwoch, 17. August 2016, 13.00 Uhr, verschoben wurde.

9.5. AK Außensportanlage

GR Jürgen Großmann fragt nach, ob die Stellungnahme der Schule zur Außensportanlage zwischenzeitlich vorliegt. Dies wurde in der letzten Sitzung des AK besprochen.

Bgm. Andreas Zenglein verneint dies, er hat jedoch mit der Schulleitung gesprochen, die Pläne des AK vorgestellt und um eine Stellungnahme der Schule dazu gebeten. Wegen der vielen Sportveranstaltungen, z.B. Bundesjugendspiele, hat die Schulleitung um ein wenig Geduld gebeten.

GR Jürgen Großmann bittet um die Zusendung des Protokolls der letzten Außen-sportsitzung und der Zusendung des vereinbarten Anschreibens an die Schule.

9.6. Umbaumaßnahmen der Fa. Lidl

GR Jürgen Großmann fragt nach, wer sich um die versprochenen Lärmschutzmaßnahmen während der Umbauphase kümmert.

GR Beate Konrad ergänzt, dass sie hierzu mit der gemeindlichen Mitarbeiterin Sonja Stahl über eine mögliche Einhausung gesprochen hat.

Bgm. Andreas Zenglein sagt eine Überprüfung zu. Er teilt weiterhin mit, dass er am Neueröffnungstag

für eine Stunde an der Kasse sitzen wird und die Gemeinde die in diesem Zeitraum eingegangenen Einnahmen für soziale Zwecke erhält.

9.7. Matschanlage am Spielplatz in der Breitenwiesenstraße

GR Ilse Spielmann fragt nach, wann die versprochene Matschanlage am Spielplatz in der Breitenwiesenstraße aufgebaut wird.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass vorher der dortige Stromkasten der AVG versetzt werden muss. Die AVG aber zugesagt habe, dies baldmöglichst zu tun.

9.8. Einstieg Schwimmbecken im Haibacher Hallenbad

GR Hans Georg Seitz verweist auf den problematischen Einstieg in das gemeindliche Schwimmbecken, der nicht nur für Behinderte, sondern auch für die anderen Schwimmbadbesucher dringend vereinfacht werden muss.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass momentan bereits mögliche Lösungen untersucht werden.

GR Jürgen Goldhammer bittet darum, die Möglichkeit einer Treppe, die an der Decke angebracht ist, untersucht wird.

Bgm. Andreas Zenglein sagt dies zu.

9.9. Seniorenheim am Wendelberg

GR Jürgen Großmann fragt nach, ob es zum Themenpunkt Seniorenheim am Wendelberg einen neuen Sachstand gibt.

Bgm. Andreas Zenglein verneint dies.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **29.06.2016** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Barbara Hofmann
Verwaltungsfachangestellte

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 29. Juni 2016

Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 21:45 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
Anwesend:		
Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	anwesend ab 20:00 Uhr
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	
Abwesend:		
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Schriftführer		
Silvia Reiling		
Verwaltung		
Friedrich Englert		
Martin Volk		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Bürgerfragestunde
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
4.	Überarbeitung von Bebauungsplänen; Bebauungspläne: "Alter Ortsteil West", "Bessenbacher Weg", "Sponackerweg"
5.	Bauleitplanung der Stadt Aschaffenburg; Aufstellung einer Abrundungssatzung für den Bereich Klinikum, Erneute Beteiligung der Behörden
6.	Bekanntgabe des Rechnungsergebnisses für das Haushaltsjahr 2015
7.	Aktion "Wald erFahren"; Festlegung des/r Standorte/s für E-Bike-Ladestation/en
8.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten alle erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

GR Claus Rückert lobt, dass die Tagesordnung für die heutige Sitzung „nur“ aus 8 TOP's besteht. Er bittet dies für künftige Sitzungen so beizubehalten.

Dieser Aussage schließt sich **GR Hans Georg Seitz** an.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass die Tagesordnungspunkte nach Rang und Wichtigkeit auf der Tagesordnung stehen. Somit ist die Anzahl der Tagesordnungspunkte nicht im Voraus festzulegen.

Die Verwaltung wird sich bemühen, die Anregung zu beachten.

2. Bürgerfragestunde

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt die Zuhörer und Interessenten für die Bürgerfragestunde.

Redner Helmut Bonn, Dörmorsbach

Ortsverbindungsstraße

Herr Bonn führt aus, dass er sich seit dem Jahr 2011 bis 2014 ausführlich mit der Thematik der Ortsverbindungsstraße befasst und beschäftigt hat.

Er sieht einen grundverschiedenen Ansatz zwischen Projekten des Staates und der Industrie. Nach den Berechnungen wurden etwa 3 Mio. EUR an Bausumme errechnet und diese Beträge wurden auch entsprechend veröffentlicht. Drei staatliche Stellen haben die Ausschreibung kontrolliert und genehmigt.

Wenn natürlich die Summe von 3 Mio EUR im Raum steht, dann wird man sich als bewerbende Firma auch an diesen Kostenrahmen halten. Die Firma Strassing hat nun ein Angebot über 2,2 Mio. EUR abgegeben und liegt somit ca. 1 Mio unter der veranschlagten Summe.

Herr Bonn möchte wissen, ob die Zahlungen für die Bauleistungen nach dem Leistungsprinzip erfolgen, in etwa 10 % der Bausumme.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass für die Abrechnung der Leistungsstufen die HOAI maßgebend ist. Das Ing.-Büro Jung ist das Planungsbüro für die beiden Abschnitte.

Die Zahlen waren so nicht veröffentlicht. Bei der Submission wurde das wirtschaftlichste Angebot abgegeben und anhand von Berechnungsgrundlagen geprüft.

Herr Bonn ist der Meinung, dass die Planungsfirma kontrolliert werden sollte, da die Kosten mit 3,2 Mio EUR viel zu hoch angesetzt wurden.

Die Straße in Steinbach z. B. war bedeutend günstiger als die Ortsverbindungsstraße. Diese hätte man 16x bauen können, um auf die Kosten für die OV-Straße zu kommen.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass diese beiden Straßen überhaupt nicht vergleichbar sind. Die Kontrolle wird sehr akribisch von Herrn Volk

durchgeführt. Danach erfolgen Prüfungen der Planungen und Kalkulationen durch das Straßenbauamt, die Bezirksregierung und die Staatsregierung. Das ist alles noch vor der Veröffentlichung der Ausschreibung zu prüfen. Alle Kosten müssen auch aus haushaltstechnischen Gründen veranschlagt werden.

Herr Bonn möchte wissen, wo nun die fehlende Million steckt.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass die Kalkulation nach der genehmigten Planung errechnet wird.

Dipl. Ing. Martin Volk führt aus, dass z.B. Aushubmaterial, welches hier angefallen ist, auf einer anderen Baustelle wieder verwendet werden kann. Somit entfallen Kosten für die Anfahrt und die Lagerung auf einer Deponie. Es sind mehrere Punkte, die Einsparungspotential haben. Das ist ein ganz normaler Kalkulationsvorgang.

Herr Bonn ist der Meinung, dass das Material wohl zwischengelagert und später wieder eingebaut wird.

Dipl. Ing. Martin Volk sieht hier auch ein unternehmerisches Risiko der Firma.

Herr Bonn möchte nun wissen, ob dieser Preisunterschied nun im 2. BA berücksichtigt wird und ob die Ausschreibung bereits erfolgt ist.

Dipl. Ing. Martin Volk stellt fest, dass nun anhand der bereits durchgeführten Maßnahmen eine Grobkalkulation erfolgen kann.

Aufgrund der Auftragssumme wurde eine EU-Ausschreibung notwendig. Dieses Verfahren dauert länger. Die Planung ist für das Frühjahr des nächsten Jahres vorgesehen.

GR Toni Stahl möchte wissen, ob sich die Vergütung nun nach den veranschlagten 3,2 Mio EUR oder nach den Baukosten von etwa 2,2 Mio EUR richtet.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass die HOAI hier maßgebend ist. Wenn der Ausbau der Straße günstiger wird, dann kann die Gemeinde froh sein.

Dipl. Ing. Martin Volk betont noch, dass für die Verringerung der Kosten auch unternehmerisches Verhandeln genutzt wurde.

Grundsteuer

Herr Bonn bemerkt, dass nach seiner Kenntnis diese von der CSU-Fraktion erhöht wurde.

Bgm. Andreas Zenglein stellt hierzu sofort fest, dass es sich um einen Mehrheitsbeschluss des Gemeinderates handelte.

Herr Bonn möchte wissen, warum diese Erhöhung erfolgte.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass es sich hier um die Anpassung an eine Novellierung des Abgabengesetzes handelt. Die Gemeinde müsste, wenn sie keine Erhöhung durchführt, die Differenz zur neuen Abgabehöhe aus dem „Gemeindesäckel“ bezahlen und dies würde somit eine Verminderung der Haushaltsmittel mit sich bringen.

Der Gemeinderat hat mir Mehrheit beschlossen, dass eine Angleichung der Steuer wie bei den Abrechnungen der Wasser- und Kanalgebühren erfolgen soll.

Herr Bonn bemerkt, dass diese Erhöhung auch die Mieter betrifft. Auch wenn es sich um kleine Beträge handelt. Es wurden auch die Versicherungen erhöht.

Bgm. Andreas Zenglein akzeptiert die Meinung, er bittet jedoch auch um Verständnis, dass die Anpassung nun nach sehr langer Zeit, in der keine Erhöhungen erfolgten, notwendig wurde. Der Gemeinderat macht es sich bei diesen Erhöhungen auch bei der Diskussion nicht einfach.

Redner Werner Albert

Er möchte wissen, ob der Vorredner vom „Fach“ ist, da nach seiner Meinung sehr interessante Ausführungen gemacht wurden.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass es sich um einen pensionierten Dörmorsbacher Bürger mit Interesse am Straßenausbau handelt.

Redner Gerd Hubert

Er fragt, welche Änderungen im Bebauungsplan „Alter Ortsteil West“ vorgesehen sind. Warum sollte hier eine Aufhebung erfolgen. Er möchte wissen, ob er zum späteren Zeitpunkt hierzu noch Fragen stellen kann.

Redner Dietmar Kempf Blatt

Spielplatz Ringwallstraße

Er möchte wissen, ob am Spielplatz Ringwallstraße Erneuerungen vorgesehen sind.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass Ausbesserungen bzw. Austausch von Spielgeräten lediglich im Rahmen der jährlichen Spielplatzkontrolle erfolgen. Eine Neuausstattung ist in diesem Jahr dort nicht vorgesehen.

Ausbau Ortsverbindungsstraße - Gabionenwand

Herr Kempf-Blatt erklärt, dass er gehört hat, dass es zu „Stockungen“ beim Bau der Gabionenwand an der Ortsverbindungsstraße gekommen ist.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dem nicht so ist. Die Arbeiten sind hier bereits einen Monat dem Zeitplan voraus.

Dipl. Ing. Martin Volk ergänzt, dass mittlerweile die Gabionenwand fertig gestellt wurde. Lediglich beim Bau des Regenrückhaltebeckens ist mittlerweile wetterbedingt die Fertigstellung schwierig.

Redner Gerd Hubert

Ortsverbindungsstraße

Herr Hubert äußert sich sehr anerkennend über die Art und Weise der Informationen und Kommunikation bezüglich des Ausbaus der Ortsverbindungsstraße.

3. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 08.06.2016 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

4. Überarbeitung von Bebauungsplänen; Bebauungspläne "Alter Ortsteil West", "Bessenbacher Weg", "Sponackerweg"

Sachverhalt:

In der Sitzung des Gemeinderates wurde darüber beraten, die Bebauungspläne der Gemeinde Haibach zu überarbeiten und nach Möglichkeit zu digitalisieren. Für manche Bebauungspläne ist auch eine komplette Aufhebung sinnvoll, um das Verfahren für Bauwerber zu vereinfachen. In dieser Sitzung wurde ohne Beschluss festgelegt, dass die Bebauungspläne einzeln beleuchtet werden.

Die Verwaltung schlägt als ersten Schritt hierzu folgende Bebauungspläne vor:

Alter Ortsteil West
Bessenbacher Weg
Sommerackerweg I und II

Alter Ortsteil West:

Dieser Bebauungsplan stammt aus den 60er Jahren, ist nahezu vollständig bebaut und bedarf keiner Änderung. Bei diesem Bebauungsplan ist es sinnvoll, diesen aufzuheben und kommende Bauvorhaben nach § 34 BauGB (innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile) zu prüfen. Zudem würde eine Digitalisierung aufgrund der Größe des Bebauungsplanes relativ hohe Kosten verursachen.

Die Verwaltung schlägt die Aufhebung des Bebauungsplanes vor. Dieser Meinung schließt sich die Ortsplanerin, Frau Richter, an.

Eine Aufhebung könnte wegen der gleichen Voraussetzungen auch für die Bebauungspläne Goethestraße West und Bornäcker beschlossen werden.

Bebauungsplan Bessenbacher Weg

Wie der Bebauungsplan Alter Ortsteil West stammt dieser Bebauungsplan aus den 60er Jahren. Das Gebiet ist ebenfalls fast vollständig bebaut. Allerdings ist dieser Bebauungsplan an der Bebauungsgrenze in westlicher Richtung orientiert. Aus diesem Grund sollte der Bebauungsplan auch beibehalten werden. Eine Aufhebung wäre allerdings in östlicher Richtung (angrenzend an den Bebauungsplan Alter Ortsteil West) möglich. Wenn dies gewünscht wird, hätte der Bebauungsplan Bessenbacher Weg einen verminderten Umfang entlang des Sponackerweges und der „Hohe Kreuzstraße“ bzw. zwischen Frühlingstraße / Frankenstraße / Marienstraße / Hohe Kreuzstraße. Die Ortsplanerin, Frau Richter, hält dies für einen möglichen Weg.

Die Verwaltung schlägt die Digitalisierung des Bebauungsplanes in dem genannten Teilbereich vor (oder gesamter Bereich?).

Mit der Digitalisierung und Änderung für den Bebauungsplan Bessenbacher Weg würde sich zudem die Anpassung der Planung der verlängerten Mainzer Straße an die tatsächlichen Verhältnisse anbieten. Zu diesem Bereich wurde von einem Grundstückseigentümer schon ein Änderungswunsch geäußert. Diese Änderung kann im laufenden Verfahren berücksichtigt werden.

Sommerackerweg

(In der Einladung ist wegen eines Schreibfehlers der Sponackerweg angegeben; nachdem dieser Bebauungsplan jedoch schon digitalisiert ist, kann über den Bebauungsplan Sommerackerweg entschieden werden. Dieser Bebauungsplan gliedert sich in zwei Teile und könnte zusammengefasst werden.

Die Verwaltung schlägt die Digitalisierung mit Zusammenfassung der Bebauungspläne Sommerackerweg I und II vor. (Sommerackerweg II liegt schon digital vor.)

Die sicherlich erforderlich werdende Änderung im Bereich der Jahnturnhalle könnte in dem laufenden Verfahren berücksichtigt werden.

GR Hans Georg Seitz stellt fest, dass nach der letzten Diskussion im Gemeinderat vorgeschlagen wurde, dass jeweils ein Bebauungsplan besprochen bzw. die Überarbeitung festgelegt werden soll. Nun stehen heute drei B-Pläne zur Beratung auf der Tagesordnung, dies findet er so nicht in Ordnung.

GIB Friedrich Englert antwortet, dass nicht explizit von einzelnen Bebauungsplänen gesprochen wurde. Zudem geht es jetzt lediglich um Aufstellungs- bzw. Aufhebungsbeschlüsse.

3.Bgm. Horst Hock kann nicht nachvollziehen, weshalb der B-Plan „Alter Ortsteil West“ aufgehoben werden soll.

GR Hans Georg Seitz stellt diese Frage ebenso.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass sich die Genehmigungsbehörde immer nach den bestehenden Bebauungsplänen richtet. Die erforderlichen Befreiungen können erteilt werden, aber das Landratsamt kann auch eine andere Entscheidung treffen, wenn dort kein Einverständnis mit den Abweichungen besteht.

GR Andrea Stürmer berichtet aus eigener Erfahrung aus einem Bauantragsverfahren, dass sie sehr lange auf die Genehmigung warten musste, weil 4 Befreiungen bzw. Sondergenehmigungen erforderlich waren. Durch die Aufhebung des Bebauungsplanes sieht sie wesentliche Erleichterungen im Verfahren für die Bauwerber.

3. Bgm. Horst Hock führt aus, dass gerade im alten Ortskern die Zukunft zeigen wird, dass eine neue Bebauung kommen wird. Warum sollte der bestehende B-Plan weggeworfen werden. Wichtig ist nach seiner Meinung der Einklang mit der Nachbarschaft.

GR Jürgen Goldhammer sieht die Digitalisierung als wichtig an. Er möchte jedoch wissen, ob z. B. in der Bebauung der Eckener Str. eine Bebauung bis zum Gehsteig zulässt.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass eine Orientierung am Umfeld nach Vorgabe der Bayerischen Bauordnung notwendig ist. Mit der Aufhebung des B-Planes will die Gemeinde den Bauwerbern etwas „Gutes“ tun.

GR Peter Amrhein fragt sich, wenn der B-Plan aufgehoben wird, und ein Investor möchte ein 6-geschossiges Wohnhaus errichten. Kann die Gemeinde dann Einspruch erheben?

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass zuerst das Einverständnis der Gemeinde und danach die Genehmigung des Landratsamtes notwendig sind. Wenn die Errichtung eines solchen Gebäudes zulässig sein wird, dann wird dies auch genehmigt werden. Tatsache ist, dass ein solches Bauwerk zum Ortsbild passen muss. Wenn der Bebauungsplan bestehen bleibt und das Bauwerk nicht den Festlegungen entspricht, dann kann die Gemeinde entsprechende Befreiungen erteilen, aber das Landratsamt ist daran nicht gebunden.

GR Andreas Hein ist der Ansicht, dass bei der Genehmigungsbehörde eine Kontrolle eher nach dem Bebauungsplan erfolgt. Bei Entscheidungen nach § 34 besteht mehr Spielraum.

GR Peter Amrhein schlägt vor, den B-Plan zu modifizieren.

GR Hans Georg Seitz stellt fest, dass es hier nicht um Neubauten geht.

3. Bgm. Horst Hock ist der Meinung, dass die digitalisierte Kanalsituation nicht konform mit dem bestehenden B-Plan ist.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt hierzu, dass nach der Vorstellung der Main-Spessart-Energie ein neues System erforderlich ist. Das Ziel wird sein, dass eine digitale Erfassung aller Kanäle nach Echtdaten erfolgt.

Bgm. Andreas Zenglein stellt hierzu fest, dass der Abwasserverband Aschafftalgemeinden derzeit mit diesen Erfassungen beginnt. Bei uns ist z.B. der Bereich „Krautgärten“ bereits digital erfasst. Nach kurzer Diskussion über die weitere Vorgehensweise wird vorgeschlagen, diesen Punkt zunächst zurück zustellen. Es soll nach der Sommerpause eventuell eine Sondersitzung stattfinden und dann alle Punkte der Bebauungspläne durchgesprochen werden.

B-Plan Bessenbacher Weg

Hierzu wird erläutert, dass nun eine Einarbeitung von Baufenstern im Verfahren möglich ist.

GIB Friedrich Englert stellt fest, dass es hier vorrangig auch um die Digitalisierung geht.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass der jetzige B-Plan nicht den Tatsachen entspricht. Er sieht es als völlig unrealistisch an, dass die hier eingezeichnete Mainzer Straße jemals gebaut wird. Wenn eine Änderung erfolgt, dann gibt es für alle die erforderliche Planungssicherheit für ihre Grundstücke.

3. Bgm. Horst Hock schlägt grundsätzlich die Digitalisierung der B-Pläne vor. Er möchte jedoch nicht alle Festlegungen ändern oder aufheben. Die Situation der Mainzer-Straße sollte in den Fraktionen nochmals beraten werden.

GR Anja Goymann möchte wissen, warum alles 50 Jahre bestehen bleiben muss. Es muss auch möglich sein, einen Umbruch durchzuführen. Sie fragt sich, ob hier die Angst besteht, dass offensichtlich Einfluss verloren geht.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass keine Digitalisierung von B-Plänen erforderlich ist, wenn diese aufgehoben werden.

GR Hans Georg Seitz möchte, dass jedes Baugebiet separat besprochen wird. Heute fehlen zur weiteren Diskussion auch die Legenden.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, diesen Punkt bis nach der Sommerpause zurück zustellen. Danach findet eine Sitzung nur mit Beratung der Bebauungspläne statt.

Hierzu besteht Einverständnis.

5. Bauleitplanung der Stadt Aschaffenburg; Aufstellung einer Abrundungssatzung für den Bereich Klinikum, Erneute Beteiligung der Behörden

Sachverhalt:

Die Stadt Aschaffenburg hat mit Schreiben vom 01.06.2016 die Gemeinde über die erneute Beteiligung der Behörden zu der Abrundungssatzung informiert und die Möglichkeit eingeräumt, zu diesem Entwurf der Satzung eine Stellungnahme abzugeben.

In der Gemeinderatssitzung vom 20.01.2016 lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Die Stadt Aschaffenburg hat mit Schreiben vom 1.12.2015 den Entwurf einer Abrundungssatzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB für den Bereich Klinikum vorgestellt und den Gemeinden die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der Behördenbeteiligung bis zum 15.01.2016 gegeben. Dieser Termin wurde auf Antrag der Gemeinde Haibach verlängert.

Die Abrundungssatzung der Stadt Aschaffenburg sieht eine Erweiterung des Bebauungsgebietes im Bereich des Klinikums vor. Aus Sicht der Verwaltung bestehen gegen die Planungsänderung

für das Planungsgebiet keine Bedenken. Allerdings ist nach Auffassung der Verwaltung die Erschließung des Gebietes nach Nr. 1.5 der Begründung mit der Aussage der Erreichbarkeit über die jetzige Klinikumzufahrt nicht ausreichend. Wie schon zur F-Plan Änderung 1987 dargestellt, sollte hierzu ein Verkehrsgutachten bzw. ein Verkehrskonzept vorgelegt werden, dass die Erschließung des gesamten Geländes ausreichend darstellt.

In der jetzt vorgelegten Begründung wird auf den Beschluss des Haibacher Gemeinderat nicht eingegangen und die Zufahrt lediglich über das Klinikum beschrieben, ohne auf die Zufahrtsstraßen einzugehen.

Aus Sicht der Verwaltung bestehen daher die Bedenken nach wie vor.

Beschluss

Gegen den Entwurf der Abrundungssatzung für den Bereich Klinikum werden seitens der Gemeinde

Haibach nach wie vor Bedenken erhoben. Diese Bedenken richten sich insbesondere gegen die in der Begründung zu Punkt 1.5 angegebene Erschließung. Hierzu sollte über ein Verkehrsgutachten bzw. Verkehrskonzept die Gesamterschließung des Klinikums dargestellt werden.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 1

Abstimmungsbemerkung: 3. Bgm. Horst Hock bemerkt zu seiner Gegenstimme, dass dieser Einwand schon oftmals erhoben wurde. Die Forderungen der Gemeinde Haibach werden nach seiner Ansicht nicht erfüllt werden.

6. Bekanntgabe des Rechnungsergebnisses für das Haushaltsjahr 2015

Sachverhalt:

Die Ergebnisrechnung weist folgende Zahlen aus:

Ordentliche Erträge	15.181.380,64 €
Ordentliche Aufwendungen	13.975.780,37 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	1.205.600,27 €
Finanzergebnis	-5.901,81 €
Ordentliches Jahresergebnis	1.199.698,46 €
Außerordentliches Ergebnis	837,32 €
Jahresergebnis	1.200.535,78 €

In der Finanzrechnung ergeben sich folgende Zahlen:

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	15.060.232,96 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.480.019,43 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.580.213,53 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.499.811,64 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.972.731,91 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.472.920,27 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-239.199,43 €
Änderungen des Bestandes an Finanzmitteln	-131.906,17 €

Die Bilanzsumme zum 31.12.2015 beträgt 61.212.895,89 € und ist somit 360.991,80 € höher als die Summe der Schlussbilanz zum 31.12.2014.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 374.749,40 €, die Position Aktive Rechnungsabgrenzung um 7.010,23 € und das Umlaufvermögen verringerte sich um 20.767,83 €.

Die Veränderungen auf der Passivseite sehen wie folgt aus:

Eigenkapital	+1.200.535,78 €
Sonderposten	-112.975,12 €
Rückstellungen	+264.745,99 €
Verbindlichkeiten	-964.519,81 €
Passive Rechnungsabgrenzung	-26.795,04 €
Summe	360.991,80 €

Die Änderungen bei den Rückstellungen und den Verbindlichkeiten beruhen im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die Kreisumlage 2016 von der Position Rückstellungen auf die Position Verbindlichkeiten umgebucht worden ist.

Beschluss

Das Jahresergebnis 2015 wird zur Kenntnis genommen und an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis: ja: 19 nein: 0

7. Aktion "Wald erFahren"; Festlegung des/r Standorte/s für E-Bike-Ladestation/en

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 11.05.2016 festgelegt, sich an dem LEADER-Projekt zu beteiligen. Der Standort und die Art der Ladestation sollten festgelegt werden.

Nachdem über die Kommunale Allianz Spessartkraft nunmehr die entsprechenden Anträge gestellt werden sollen, ist diese Entscheidung notwendig.

Nach Auffassung der Verwaltung ist eine Aufstellung am Rathaus sinnvoll, wie schon in der Sitzung am 11.05. vom Gemeinderat vorgeschlagen.

In diesem Fall reicht eine Wandmontage wie in der Anlage als bike-energy POINT dargestellt: Für zwei Anschlüsse beträgt der Preis 2.890,00 €, für vier Anschlüsse 4.460,00 €. Hierbei ist von einem Zuschuss von ca. 70 % auszugehen.

Ob noch weitere Stationen, wie z.B. an der Kultur- und Sporthalle oder an der Schule aufgestellt werden, ist vom Gemeinderat zu entscheiden.

Im Verlauf der Diskussion werden folgende weitere Punkte noch vorgeschlagen: In den Ortsteilen, Am Wildpark, Knochengarten, Kultur- und Sporthalle.

Es besteht Einvernehmen, dass ebenfalls an der KuS-Halle eine Ladestation errichtet wird.

Beschluss

Der Beschluss des Gemeinderates vom 11.05.2016 zu der Beteiligung an dem LEADER-Projekt „Wald erFahren“ wird wie folgt modifiziert:

1. Die Gemeinde Haibach setzt im Rahmen des LEADER-Kooperationsprojektes „Wald erFahren“ das vorgestellte Konzept um.
2. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel werden zur Kofinanzierung gemäß Kostentabelle zur Verfügung gestellt.
3. Etwaige Fehlbeträge im Betrieb und Unterhalt werden im Haushalt der Gemeinde Haibach ausgeglichen.
4. Der Betrieb wird während der Zweckbindungsfrist von 12 Jahren von der Gemeinde sichergestellt

Am Rathaus und an der Kultur- und Sporthalle werden je ein bike-energy POINT mit jeweils 2 Anschlüssen zum Preis von à 2.890 € aufgestellt.

Über die federführende Kommunale Allianz Spessartkraft werden die entsprechenden Zuschüsse beantragt.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 2

8. Allgemeines

8.1. Personelles - Ernennungsurkunde für VAR Anja Züchner

Bgm. Andreas Zenglein überreicht Frau Züchner, als Nachfolgerin des Geschäftsleiters Herrn Englert, die Ernennungsurkunde zur Verwaltungsamtsrätin zum 01.10.2016.

8.2. Veranstaltungen

8.2.1 Partnerschaftswochenende

Bgm. Andreas Zenglein informiert über den Besuch der Freunde aus Marck. Folgende Planung für das kommende Wochenende ist vorgesehen:

Gruppe 1

trifft sich zur Begehung der gemeindlichen Ökoausgleichsflächen. Hierzu Treffen im Bauhof.

Gruppe 2

begibt sich nach Aschaffenburg, dort werden 3 Stadtführungen in französischer Sprache für die neuen Mitglieder des Marcker Partnerschaftskomitees durchgeführt.

Anschließend Treffen der beiden Gruppen mit den Gastfamilien zum gemeinsamen Picknick im Lufthof bei den „Kakadus“.

Abends ab 18:00 Uhr werden die Akkordeonfreunde aus Marck beim Fest des Obst- und Gartenbauvereins spielen.

Am Sonntag findet um 10:30 Uhr ein Gottesdienst, ebenfalls gestaltet von den Akkordeonfreunden, in der Kirche Grünmorsbach statt.

Die Rückfahrt der Gäste ist für ca. 13:00 Uhr geplant.

Hiermit ergeht auch **Einladung an die Mitglieder des Gemeinderates zu den einzelnen Terminen.**

8.2.2. Sommerfest des Marienkindergartens am 02.07.

8.2.3. Praxiseröffnung - Nachfolgerin von Dr. Helmbold, Frau Dr. Faust, am 01.07.

8.3. Buchfinkengässchen

GR Claus Rückert bemerkt, dass er von Nutzern des Fußweges darauf angesprochen wurde, dass dieser bei Regen sehr glatt ist. Hier sollte der Belag nochmals geprüft werden.

Bgm. Andreas Zenglein entgegnet, dass hier spezielle Farbe für Radwege verwendet wurde, den Einwand kann er so nicht verstehen.

8.4. Waldfriedhof

GR Claus Rückert bemängelt, dass sich diverse Rabatten im Waldfriedhof abgesenkt haben. Hier sollte der Bautrupps zur Überprüfung hin geschickt werden.

8.5. Parkplatzmarkierung

GR Anja Goymann schlägt vor, eine Markierung für die Einfahrt des Parkplatzes am Sonneck vorzunehmen. Dies fehlt nach ihrer Meinung.

Hiernach schließt Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **21.09.2016** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte

SITZUNG des GEMEINDERAT

Sitzungstag: Freitag, 16. September 2016
Sitzungsdauer: 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Peter Amrhein		
Max Baumann		
Michael Fuchs		
Anja Goymann		
Jürgen Großmann		Anwesenheit ab 15.25 Uhr
Richard Hein		
Horst Hock		
Beate Konrad		
Rüdiger Lebert		
Torsten Redeker		
Claus Rückert		
Eva Rückert		
Tobias Rückert		
Hans Georg Seitz		
Toni Stahl		
Andrea Stürmer		

Abwesend:

Jürgen Goldhammer		
Andreas Hein		
Ilse Spielmann		
Susanne Zellner		

Schriftführer		
Müller Michael		

Verwaltung		
Michael Müller		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat - Sondersitzungen und Infos

Öffentlicher Teil:

1.	Gestaltung des Ortskerns; Entwurfsvorstellung und Beratung von Eckdaten für die weitere Planung
2.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Gestaltung des Ortskerns; Entwurfsvorstellung und Beratung von Eckdaten für die weitere Planung

Bürgermeister Andreas Zenglein begrüßte Bernd Müller sowie Elyes Bettaieb vom Architektur- und Stadtplanungsbüro BMA, Rothenfels. Das Büro BMA wurde beauftragt, die gemeindlichen Grundstücke in den Bereichen Rathausstraße, Dr.-Albert-Liebmänn-Schule, ehemalige Bauhofhallen und Jugendhaus städtebaulich zu überplanen.

Bernd Müller erklärte im Vorfeld zu seinen Ausführungen, dass diese erste Planung nur eine Arbeitsgrundlage und noch keine fertige Planung darstellt.

Die Planung sieht folgendes vor:

Direkt hinter dem Rathaus (jetziger Parkplatz vor den alten Feuerwehrgaragen) entlang der Rathausstraße schließt sich ein Verwaltungsgebäude und ein weiteres Gebäude mit Sitzungssaal bzw. einer Räumlichkeit, in welcher Veranstaltungen (Hochzeitsfeiern, Geburtstagsfeiern, Ausstellungen) bis ca. 150-200 Personen durchgeführt werden können und einer öffentlichen Toilettenanlage an.

Entlang der Mauer zum Pfarrgarten sind auf verschiedenen Ebenen Terrassen vorgesehen, die als Erholungsbereiche dienen würden.

Die derzeitigen Parkplätze vor der Dr.-Albert-Liebmänn-Schule würden zu einem Platz mit „Dorfplatzcharakter“ umfunktioniert. Deshalb soll das Gebäude der Dr.-Albert-Liebmänn-Schule durch 3 mehrgeschossige Gebäude (Gewerbe und Wohnen) ersetzt werden. Um den gewünschten Platzcharakter zu erreichen, wurden zusätzlich noch, sowohl im Bereich der ehemaligen Bauhofgaragen, als auch auf der Seite des Dorffriedhofes, jeweils zwei weitere, mehrgeschossige Gebäude (Gewerbe und Wohnen) platziert.

Das Wegfallen der Parkplätze würde durch die Errichtung von insgesamt 3 Tiefgaragenebenen kompensiert, deren Zufahrt über die Freiheitsstraße (zwischen Hirsch-Apotheke und Friedhofsmauer) erfolgt. In diesen 3 Parkebenen könnten ca. 150 Parkplätze ausgewiesen werden.

Das Jugend- und Vereinsheim wurde in kleinerer Form entlang der Freiheitsstraße beibehalten. Auf den Grundstücken dahinter wurden über den beiden Tiefgaragenebenen 4 weitere Gebäude vorgesehen, welche zur Wohnnutzung gedacht sind.

Bürgermeister Andreas Zenglein dankte Bernd Müller für seine Ausführungen und merkte an, dass dieser Entwurf eine gute Arbeitsgrundlage für die Überplanung dieses Areals darstellt.

GR Toni Stahl konnte sich Bürgermeister Zenglein nicht anschließen. Er bemängelte, dass hier der

Verkauf der Grundstücke im Vordergrund stehe und keine Verbesserung weder für die Bürgerinnen und Bürger noch die Gewerbetreibenden erreicht werden würde. In die Planung müsste zusätzlich noch die Freiheitstraße und die Hauptstraße mit einbezogen werden, um ein Gesamtkonzept zu erhalten.

Auch **GR Jürgen Großmann** befand die Planung für unglücklich und fragte nach, warum durch das Büro BMA nicht vorab erst einmal nachgefragt wurde, was sich der Gemeinderat für dieses Areal vorstellt.

Bernd Müller entgegnete, dass sein Auftrag war, das Areal städtebaulich zu überplanen. Ihm sei klar, dass diese Planung heute so nicht beschlossen werden wird, sondern sieht es, wie zu Beginn seiner Ausführungen bereits gesagt, als Arbeitsgrundlage. Jetzt muss der Gemeinderat sagen, was hiervon vorstellbar ist oder nicht bzw. welche eigenen Ideen mit eingebracht werden sollen.

GR Anja Goymann ist der Auffassung, dass bei dieser Planung nicht weit genug gedacht wurde. Das Gelände des TV Haibach, das die Gemeinde evtl. erwerben wird, und auch das „Wahlig-Gelände“ am Sponackerweg wären in dieser Planung überhaupt nicht berücksichtigt.

Bürgermeister Andreas Zenglein stellte klar, dass nur die gemeindlichen Flächen überplant werden können. Die von Frau Goymann genannten privaten Flächen, können in dieser Planung nicht berücksichtigt werden.

GR Horst Hock ist der Meinung, dass die Planung vom Büro BMA eine gute Basis für die weitere Entwicklung des Innenortsbereichs durch den Gemeinderat darstellt. Er bittet aber noch zu prüfen, ob eine Tiefgaragenausfahrt auch im Bereich Rathausstraße möglich ist.

Auch **GR Hans Georg Seitz** ist mit der Planung, so wie sie zum jetzigen Zeitpunkt vorliegt zufrieden. Er bittet um Übersendung der Planunterlagen für die Fraktionen in digitaler Form und auf Papier in der Größe DIN A0. Außerdem schlägt er vor, die Bürgerinnen und Bürger an einer Weiterentwicklung der Planung zu beteiligen.

Als weitere Vorgehensweise wird festgehalten, dass jede Fraktion die Planunterlagen als Arbeitspapier (Digital und Papier) zur Verfügung gestellt bekommt. Nach interner Ausarbeitung werden die neu ausgearbeiteten Vorschläge im Gemeinderat vorgestellt bzw. dem Büro BMA weitergeleitet, damit daraus der nächste Planentwurf gefertigt werden kann.

2. Allgemeines

2.1. Personelles:

Marina Büttner hat am 22.09.2016 ihren letzten Arbeitstag. Sie ist zwar noch bis 31.12.2016 bei der Gemeinde Haibach beschäftigt, scheidet aber aufgrund noch vorhandenem Urlaub und Überstunden bereits jetzt aus.

Barbara Hofmann hat zum 30.10.2016 bei der Gemeinde Haibach gekündigt und arbeitet danach im Vorzimmer von Bürgermeister Friedrich Fleckenstein in Laufach. Die Arbeit, welche von Barbara Hofmann bislang erledigt wurde, übernimmt künftig Christin Blatt.

2.2. Würzburger Straße - Fußgängerquerung

Bürgermeister Andreas Zenglein informiert über einen Ortstermin, initiiert von Roland Spielmann, an der Würzburger Straße auf Bäckerei Staab des von ihm schon mehrfach beantragten Fußgängerüberweges. An diesem Ortstermin nahm das Staatliche Straßenbauamt und Frau Andrea Lindholz (MdB) teil. Ergebnis des Termines ist, dass demnächst für drei Monate eine Zählampel für die Fußgänger installiert wird. Hierzu ist es erforderlich, auf Höhe der Bäckerei Staab ein Park- und Halteverbot einzurichten, was vermutlich auf Widerstand stößt. Hierzu wurde vom Staatlichen Straßenbauamt die Aussage getroffen, dass dies für die Gemeinde Haibach kein Problem darstellt, da dies Sache des Staatlichen Straßenbauamtes ist.

2.3. Würzburger Straße – Regenwasserabfluss

GR Claus Rückert fragte nach, wie denn der Sachstand bezüglich der Angelegenheit „Regenwasserabfluss Anwesen Heinz Höflich“ ist. Ihm ist zu Ohren gekommen, dass in dieser Angelegenheit ein Ortstermin bei Herrn Höflich stattgefunden haben soll.

Bürgermeister Andreas Zenglein bestätigte den diesbezüglichen Ortstermin mit Landratsamt Aschaffenburg, Staatlichem Straßenbauamt, Kreisstraßenverwaltung und Gemeinde. Grund war eine Petition von Heinz Höflich an den bayerischen Landtag. Zu einem Ergebnis hat aber auch dieser Termin nicht geführt, da Heinz Höflich nach wie vor der Auffassung ist, dass die Gemeinde Haibach hier tätig werden muss. Dieser Auffassung widersprachen jedoch alle Teilnehmer

2.4. Burgkindergarten

Wie bereits durch Bürgermeister Andreas Zenglein in der letzten Gemeinderatssitzung mitgeteilt, handelt es sich bei dem Hohlraum am Burgkindergarten um keinen Bunker und auch keinen erhaltenswerten Hohlraum. Durch Statiker Dr. Ritter wird derzeit geprüft, ob die Gesteinsdecke den möglichen Belastungsdruck aushält. Derzeit ist eine Verfüllung des Hohlraumes mit „flüssiger Erde“ vorgesehen. Hierfür werden momentan Angebote eingeholt. Sollte dieses Verfahren zu kostenintensiv sein und die Statik zeigen, dass die Decke den Belastungsdruck aushält, ist auch eine Verschließung des Hohlraums eine Alternative.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **05.10.2016** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Müller Michael
Verwaltungsangestellter

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 21. September 2016

Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 21:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
Anwesend:		
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	ab 20:00 Uhr anwesend
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	
Abwesend:		
Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Schriftführer		
Englert Friedrich		
Verwaltung		
Friedrich Englert		
Artur Schneider		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom: 29.06. und 20.07.2016
3.	Bürgerfragestunde
4.	Änderung des Flächennutzungsplanes; Alten-und Pflegeeinrichtung mit Betreutem Wohnen am Wendelberg; Wiedervorlage
5.	Digitalisierung und Änderung des Bebauungsplanes Sommerackerweg I und II
6.	Ausbau von Straßen; Antrag auf Verzicht von Querpflasterungen
7.	Bestellung einer weiteren Standesbeamtin
8.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

2. Bgm. Max Baumann eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinde-

rat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften vom: 29.06. und 20.07.2016

Die Protokolle der Sitzungen des Gemeinderates vom 29.06. und 20.07.2016 werden ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Bürgerfragestunde

2. Bgm. Max Baumann begrüßt die Zuhörer und Interessenten für die Bürgerfrage-stunde.

Zu folgenden Punkten wurden Anfragen gestellt:

3.1. Seniorengerechte Pflegeeinrichtungen

Rechtsanwalt Bodo Leiblein fragt nach, ob über den Landkreises Erhebungen zum Bedarf für seniorengerechte Einrichtungen durchgeführt worden sind und ob dieses Ergebnis im Rathaus einzusehen ist.

Bezüglich einer vorgesehenen Flächen-nutzungsplanänderung im Bereich des Haidberges fragt er nach, ob hierfür schon Alternativstandorte geprüft wurden.

GL Friedrich Englert informiert, dass durch den Landkreis Bedarfserhebungen für seniorengerechte Einrichtungen durchgeführt worden sind. Der Entwurf hierzu wurde bereits im Gemeinderat vorgestellt. Der Verwaltung liegt das endgültige Ergebnis noch nicht vor. Bezüglich der Standortprüfung für seniorengerechten Wohnanlagen verweist er auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt.

2. Bgm. Max Baumann verliest hierzu den Sachverhalt zu TOP 4 der Sitzung

3.2. Straßenausbaubeiträge

Reinhard Wenzel fragt nach, ob eine Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung in Bezug auf die von der Staatsregierung aufgezeigte Möglichkeit für wiederkehrende Beiträge vorgesehen ist.

GL Friedrich Englert antwortet hierzu, dass eine Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung nicht ins Auge gefasst wird und auch von den Mitgliedsverbänden nicht empfohlen wird. Aufgrund schon einigen durchgeführten Ausbaumaßnahmen würde sich eine Änderung auch als sehr problematisch darstellen. Mit wiederkehrenden Beiträgen würden die Grundstückseigentümer letztendlich nicht weniger zahlen.

3.3. Grunderwerb für das Gelände des TV Haibach mit Jahnturnhalle

Reinhard Wenzel fragt nach, ob die Gemeinde Interesse an dem Erwerb des Geländes des TV Haibach bekundet hat. Für künftige Maßnahmen der Gemeinde würde er dies begrüßen.

3. Bgm. Horst Hock antwortet hierzu, dass sich der Gemeinderat mit diesem Thema befasst hat und aus seinen Reihen eine Arbeitsgruppe gebildet hat, die sich mit dem Erwerb beschäftigt. Hierzu haben auch schon interne Besprechungen sowie eine Aussprache mit den Vertretern des Turnvereins stattgefunden. Neben dem Grunderwerb wurde dabei auch das Thema einer Neuerrichtung einer Gymnastikhalle durch den TV Haibach angesprochen. Die Gemeinde werde hierzu wie auch anderen Ortsvereinen entsprechendes Gelände an den TV Haibach verpachten. Nach Beratung in den Fraktionen wird sich der Gemeinderat mit dieser Angelegenheit befassen.

Auf die Frage, ob die Gemeinde ein Vorkaufsrecht ausüben kann, antwortet **3. Bgm. Horst Hock**, dass dies in diesem Fall nicht möglich ist.

3.4 Vorauszahlung Straßenausbaubeitrag Großmannstraße

Walter Stadtmüller fragt nach, ob für die Vorausleistung für die Straßenausbaubeiträge für die Großmannstraße Berechnungsgrundlagen bzgl. der Kosten vorliegen. Desweiteren fragt er nach, in welche Straßenkategorie die Großmannstraße eingestuft ist.

GL Friedrich Englert bitte bezüglich der Vorausleistung, sich mit dem Kämmerer Thomas Wenzel ab der kommenden Woche in Verbindung zu setzen. Die Berechnungsgrundlage sei sicherlich die Abrechnung aus dem 1. Bauabschnitt sowie die Auftragssumme aus dem 2. Bauabschnitt. Zur Einstufung der Großmannstraße teilt er mit, dass die Großmannstraße als Haupterschließungsstraße eingestuft ist.

Dies wurde auch in einer Anlieger-versammlung erläutert.

4. Änderung des Flächennutzungsplanes; Alten- und Pflegeeinrichtung mit Betreutem Wohnen am Wendelberg; Wiedervorlage

Sachverhalt:

2. Bgm. Max Baumann trägt folgenden Sachverhalt vor:

Im Gemeinderat wurde bereits mehrmals über die Ausweisung eines Gebietes für eine Alten- und Pflegeeinrichtung mit Betreutem Wohnen am Wendelberg diskutiert. Zuletzt wurde in der Gemeinderatssitzung am 16. März 2016 die Entscheidung vertagt und festgelegt, dass die Angelegenheit in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen beraten wird.

In der Sitzung am 16.03.2016 wurde u.a. seitens der Verwaltung festgehalten, dass aufgrund der negativen Stellungnahme der Genehmigungsbehörde ein Änderungsbeschluss nicht empfohlen werden kann.

Nach dem Zurückstellungsbeschluss des Gemeinderates haben in der Zwischenzeit mehrere Gespräche stattgefunden. Zudem wurde von der Firma Immotec eine Stellungnahme zu dem Schreiben des Landratsamtes abgegeben.

Mit der Firma Immotec, dem Landratsamt und der Gemeinde fand am 20.05.2016 ein Gespräch statt; hierzu wurde von der Kreisbaumeisterin festgehalten, dass die Fakten nach wie vor unverändert sind. Wenn eine nähere Prüfung der von der Firma Immotec dargelegten Punkte erfolgen soll, ist vom Gemeinderat ein Aufstellungsbeschluss zu fassen. Wichtig ist dabei eine Standortprüfung für die möglichen baulichen Anlagen für den Seniorenpflege. Hierbei sind Alternativstandorte ins Auge zu fassen.

In einem weiteren Gespräch mit der Firma Immotec, der Ortsplanerin und den Fraktionsvertretern wurde die Sachlage nochmals besprochen. Dies wurde von dem Investor mit E-Mail vom 16.08.2016 bestätigt. In diesem Gespräch wurde u.a. von den Fraktionsvertretern gewünscht, diese Standortprüfung vor einem formellen Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes vorzunehmen.

Von der Seniorenberaterin und dem Behindertenbeauftragten des Landkreises wurde in einer Gemeinderatssitzung die kommende Entwicklung mit einer immer älter werdenden Gesellschaft dargelegt. Aus diesem Grund sollte die Notwendigkeit von Seniorenpflegeplätzen, ob stationär, ambulant, betreutes Wohnen etc. kein Diskussionspunkt sein.

Zudem liegt eine Standort- und Potentialanalyse vor, aus der die Notwendigkeit für Haibach dargestellt ist.

Bei der angesprochenen Standortanalyse innerhalb Haibach sollen mehrere Flächen, die hierfür in Frage kommen, beleuchtet werden und dem beantragten Gelände gegenübergestellt werden.

Mit dem Gutachten sollte die Ortsplanerin, Frau Richter, beauftragt werden.

Nach Vorliegen des Gutachtens erfolgt dann die Wiedervorlage im Gemeinderat.

3. Bgm. Horst Hock verweist auf das Schreiben des Landratsamtes Aschaffenburg, wonach die Prüfung von Alternativstandorten eine Vorgabe für das weitere Verfahren ist. Zu dem Beschlussvorschlag ist er der Ansicht, dass die Standorte nach folgenden Vorgaben konkretisiert werden sollten:

- a) Pflegeeinrichtung für eine Tages- und Kurzzeitpflege
- b) reines Seniorenpflegeheim
- c) Seniorenpflegeheim und betreutes Wohnen

GR Susanne Zellner befürwortet die Standortanalyse, jedoch sollte die Beurteilung im Gesamten erfolgen, ohne Einschränkungen nach einem Pflegebedarf.

GR Ilse Spielmann ist ebenfalls für eine Gesamtlösung und schlägt darüber hinaus vor, dass auch eine Bürgerbefragung durchgeführt werden sollte.

GR Hans Georg Seitz hält eine Aufsplitterung nicht für notwendig. Er verweist auf die Information im Gemeinderat durch Herrn Buller und Frau Jakob vom Landratsamt, wonach aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerung von einem vermehrten Bedarf ausgegangen werden muss. Er sieht auch keinen Sinn, verschiedene Standorte auszuweisen.

GR Beate Konrad ist der Ansicht, dass derzeit eine Kurzzeit- und Tagespflege ausreicht und verweist auf die umliegenden Pflegeeinrichtungen.

GR Claus Rückert sieht den Bedarf als gegeben an. Er verweist auf das Beispiel in Bessenbach.

3. Bgm. Horst Hock hält es für sinnvoll, verschiedene Lösungen zu prüfen. Dies ist auch die Grundlage dafür, welcher Platz benötigt wird.

GL Friedrich Englert schlägt vor, zuerst über den Beschlussvorschlag abzustimmen und danach über die Konkretisierung.

Beschluss

Im Vorgriff auf einen Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Ziel, seniorens- und pflegegerechte Einrichtungen zu schaffen, wird eine Analyse durchgeführt, welche Standorte im gesamten Ortsgebiet hierfür geeignet sind. In der Analyse sind die Vor- und Nachteile der möglichen Standorte gegenüberzustellen und zu erläutern.

Mit der Standortanalyse wird das Bauatelier Richter und Schöffner beauftragt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Beschluss

Der Beschluss zur Durchführung der Standortanalyse wird wie folgt konkretisiert:

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Bei der Auswahl der Standorte sind folgende Kriterien zu beachten:

- a) Pflegeeinrichtung für Tages- und Kurzzeitpflege
- b) Stationäre Pflegeeinrichtung
- c) Stationäre Pflegeeinrichtung und betreutes Wohnen

Die Standorte können sowohl mit allen Einrichtungen als auch getrennt beurteilt werden.

5. Digitalisierung und Änderung des Bebauungsplanes Sommerackerweg I und II

Sachverhalt:

Frau Gudrun Rückert hat mit Schreiben vom 23.06.2016 die Änderung des Bebauungsplanes Sommerackerweg beantragt, um eine Bebauung auf ihren Grundstücken Fl.Nr. 4869 und 4872 zu ermöglichen.

Im derzeit geltenden Bebauungsplan ist für diesen Bereich kein Baufenster eingetragen, so dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Bebauung möglich ist. Diese Auskunft hat Frau Rückert laut eigener Aussage auch bei dem Landkreisbauamt erhalten.

Mit der Änderung des Bebauungsplanes kann eine Bebauung ermöglicht werden, die sich auch in das Gebiet einfügen würde, zumal ein Wohnhaus (Fl.Nr. 4862) in unmittelbarer Nähe ebenfalls im hinteren Bereich vorhanden ist.

Bei einer Änderung des Bebauungsplanes Sommerackerweg bietet sich zudem die Digitalisierung und Überarbeitung des gesamten Bebauungsplanes an. Hierbei ist es sinnvoll, auch den Bebauungsplan Sommerackerweg II mit einzubeziehen und beide Pläne zusammenzufassen.

Für das Gelände des TV Haibach mit der Jahnturnhalle wird sicherlich auch noch eine Änderung kommen, in welcher Form auch immer.

Diese Änderung kann dann in diesen Plan mit eingearbeitet werden.

3. Bgm. Horst Hock führt aus, dass es sicherlich legitim ist, Anträge auf Änderung von Bebauungsplänen zu stellen. Für die Änderung des Bebauungsplanes Sommerackerweg sollte jedoch abgewartet werden, bis über die Verwendung des Geländes des TV-Haibach entschieden ist; aus diesem Grunde sollte auch dieser Tagesordnungspunkt zurückgestellt werden.

Er macht die Zurückstellung dieses Tagesordnungspunktes zum Geschäftsordnungsantrag.

Beschluss

Die Entscheidung über die Änderung und Digitalisierung des Bebauungsplanes Sommerackerweg wird zurückgestellt.

Sobald Informationen über die Verwendung des Geländes des TV Haibach mit Jahnturnhalle vorliegen, erfolgt Wiedervorlage im Gemeinderat.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

6. Ausbau von Straßen; Antrag auf Verzicht von Querpflasterungen

Sachverhalt:

Gemeinderat Toni Stahl hat mit Schreiben vom 02.08.2016 beantragt, die künftig auf Querpflasterungen im Ortskern verzichtet werden sollte und diesen Antrag entsprechend begründet.

Aus Sicht der Verwaltung ist zu den dargelegten Punkten festzustellen, dass sich die Querpflasterungen bewährt haben. Die Verkehrsteilnehmer werden optisch darauf hinweisen, dass z.B. ein Kreuzungsbereich kommt, zudem tragen die Pflasterungen zu einer Geschwindigkeitsbegrenzung bei.

Außerdem sind die Pflasterungen auch optisch ansehnlich und verbessern das Erscheinungsbild einer Straße.

Bei dem derzeitigen Straßenbau an der Großmannstraße sollte aus Sicht der Verwaltung wegen eines einheitlichen Straßenbildes die Querpflasterung beibehalten werden.

Bei den künftigen Straßenerneuerungen wird jeweils eine neue Straßenplanung durchgeführt, mit der sich der Gemeinderat dann auseinandersetzt. Sicherlich wird auch

dann eine Querpflasterung vorgeschlagen werden.

GR Toni Stahl erläutert seinen Antrag und führt neben seiner Begründung zu dem Antrag aus, dass die Pflasterungen Lärmbelästigungen, höhere Kosten für die Gemeinde und für die Bürger mit sich bringen. Zudem ist ein erhöhter Aufwand wegen lockerer Steine zu verzeichnen. Jetzt wäre die Gelegenheit, auf diesen „Unsinn“ zu verzichten. Ihm ist dies in anderen Gemeinden nicht bekannt. Er hält die Querpflasterungen für ein Steckenpferd der Planer.

GR Claus Rückert befürwortet einen Verzicht auf die Querpflasterungen und verweist auf den bereits vorgenommenen Austausch von Pflastersteinen.

GR Peter Amrhein verweist auf die Verkehrsberuhigung, die Querpflasterungen mit sich bringen, bei Tempo 30 könne es auch nicht zu Lärmbelästigungen kommen.

GR Susanne Zeller sieht aus gutes Beispiel für einen Straßenausbau mit Querpflasterung die Alois-Wenzel-Straße an. Das Erscheinungsbild dieser Straße wurde durch die Querpflasterungen deutlich verbessert und verkehrsberuhigt. Eine Lärmbelästigung ist hier nicht festzustellen. Sie verweist auf einen länger zurückliegenden Gemeinderatsbeschluss über einen Ausbau mit Querpflasterungen.

GR Hans Georg Seitz erinnert, dass sich der Gemeinderat die Planungen sehr gut überlegt habe.

Wenn die Querpflasterungen richtig ausgeführt sind, funktioniert dies auch. Ein anderes Problem ist für ihn die Pflasterung der

Gehwege mit dem daraus resultierenden Grünbewuchs. Gerade für ältere und behinderte Eigentümer ist die Entfernung sehr schwierig. Der Gemeinderat sollte sich diesem Thema widmen.

Nach dem Beschluss wie im Beschlussvorschlag aufgeführt, stellt **GR Toni Stahl** fest, dass über seinen Antrag nicht abgestimmt wurde und stellt daher den Antrag zur Geschäftsordnung, dass über seinen Antrag wie im Schreiben formuliert, abgestimmt wird.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mehrheitlich angenommen.

Beschluss

Der Ausbau der Großmannstraße wird wie geplant durchgeführt und die Querpflasterungen wie schon im ersten Bauabschnitt beibehalten.

Für künftige Straßenerneuerungen erfolgt eine erneute Prüfung im Rahmen der Straßenplanung.

Abstimmungsergebnis: ja: 8 nein: 10 abgelehnt

Beschluss

Der Gemeinderat beschließt, zukünftig auf Querpflasterungen beim Straßenbau zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: ja: 8 nein: 10 abgelehnt

7. Bestellung einer weiteren Standesbeamtin

Sachverhalt:

Für das Standesamt Haibach sind derzeit folgende Standesbeamten bestellt:

- ☐ Bgm. Andreas Zenglein (nur für Eheschließungen)
- ☐ Verw.Angest. Klaus Christ
- ☐ Verw.Angest. Eva Plängsken

In der Vergangenheit hat es sich aufgrund von Krankheit- und Urlaubszeiten gezeigt, dass es sinnvoll ist, eine/n weitere/n Standesbeamten(in) zu bestellen. Die künftige Geschäftsleiterin, Frau Anja Züchner, bringt hierzu aufgrund der vorliegenden Seminare und besuchten Fachtagungen die

Voraussetzungen hierfür mit und kann somit zur weiteren Standesbeamtin bestellt werden.

Beschluss

Frau Anja Züchner, wohnhaft in Kleinheubach, Am Mittelgewann 62, wird mit Wirkung zum 01.10.2016 gemäß der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (AVPStG) zur Standesbeamtin für den Standesamtsbezirk Haibach auf jederzeitigen Widerruf bestellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

8. Allgemeines

Hiernach schließt **2. Bürgermeister Max Baumann** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **05.10.2016** genehmigt.

Max Baumann
Zweiter Bürgermeister

Englert Friedrich

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 5. Oktober 2016

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 21:23 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	anwesend ab 19:10 Uhr
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Andreas Hein	Gemeinderat	anwesend ab 19:30 Uhr
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Friedrich Englert		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Gemeindewald; Vorstellung des Ergebnisses der Zwischenrevision für den Forstwirtschaftsplan
3.	Bauleitplanung der Gemeinde Bessenbach; Bebauungsplan Frauengrund-Nord" und 8. Änderung des Flächennutzungsplanes; Anhörung im Rahmen der Behördenbeteiligung
4.	Allgemeines
5.	Genehmigung der Sitzungsniederschriften vom 16.09.2016 und 21.09.2016

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 14 erschienen sind, der Gemeinde-

rat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Gemeindewald; Vorstellung des Ergebnisses der Zwischenrevision für den Forstwirtschaftsplan

Bgm. Andreas Zenglein begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn FOR Grimm und Herrn Schlosser von der Bayerischen Forstverwaltung, von der Bayerischen Forstschule in Lohr, Herrn Neuner sowie die Referenten der Technikerschule für Waldwirtschaft, Herrn Schafhirt, Herrn Spatz und Herrn Grün.

Herr Grimm informiert, dass die Waldbegehungen in diesem Jahr in den Gemeinden Haibach, Bessenbach und Johannesberg stattfanden.

Die Waldbegehung bei uns fand im August 2016 gemeinsam mit Vertretern der Gemeinde statt. Anschließend erfolgten die etwa 8-tägigen Detailarbeiten im Haibacher Wald. Der neu erarbeitete Forstwirtschaftsplan gilt ab Januar 2017 und hat eine Laufzeit von 10 Jahren.

Im Nachgang haben die Referenten, Herr Schafhirt, Herr Spatz und Herr Grün eine Präsentation über die Ergebnisse und eine Vorausschau der Forsteinrichtung 2016 zusammengestellt.

Die Referenten übernehmen auch die ausführlichen Erläuterungen zu diesem Forstwirtschaftsplan.

Jedem Gemeinderat liegt ein schriftliches Exemplar vor.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, welche Auswirkungen die geplanten Änderungen zum Nationalpark Spessart haben werden.

FOR Grimm antwortet hierzu, dass dies Haibach weniger betreffen wird, da es in Haibach keinen Staatswald gibt. Diese Änderung wird sich nur auf Staatswald beschränken und ohnehin noch mindestens 5 Jahre in der Diskussion sein.

GR Jürgen Goldhammer möchte des Weiteren wissen, weshalb zum Beispiel im Bereich Haibacher Schweiz am Hang in Richtung Schule sehr viele Bäume gefällt wurden. Dies sieht nach seiner Meinung schon sehr bedenklich aus.

Herr Neuner informiert, dass dieser Aushub durch Käferbefall erforderlich war. Die weiteren Arbeiten in diesem Areal sind der normalen Durchforstung geschuldet.

FOR Grimm erläutert hierzu, dass unter anderem die Flächen frei gelegt werden müssen, um Licht zu schaffen für Neuaufforstungen.

Es handelt sich hauptsächlich um natürliche Aufforstung und nur bei Bedarf erfolgt zu-sätzliche Aufforstung.

Herr Neuner stellt fest, dass die „Löcher“ eher zufällig entstehen, wenn durch Borken-käferbefall weitere Rodungen notwendig sind. Dies erfolgt häufig bei Nadelholzbewuchs oder auch nach einem Sturm.

GR Toni Stahl möchte Informationen zur Erschließungssituation.

FOR Grimm stellt fest, dass die Erschließungen mittels LKW in Haibach eher schwierig sind.

GR Toni Stahl fragt, wie hoch die Investitionen sein müssen, um die geplanten Holzeinschläge von etwa 25 lfm/ha realisieren zu können.

FOR Grimm antwortet hierzu, dass hierzu ein vorhandener Erdweg als LKW-Weg ausgebaut werden muss. Die Kosten belaufen sich auf ca. 30 € / lfm. Das wären dann etwa 30.000 EUR für eine Strecke von 1 km Forstweg. Hierfür ist natürlich auch eine entsprechende Bezu-schussung möglich. Der Haibacher Wald ist sehr vorrathaltig. Wenn dieser Wald im Privatbesitz wäre, würde sicherlich eine höhere Nutzung erfolgen.

3. Bgm. Horst Hock erklärt, dass er den Wald in der Haibacher Schweiz schon seit langem beobachtet. Durch die heutigen Erklärungen besteht nun Verständnis für die dortigen Maß-nahmen.

FOR Grimm ergänzt seine Ausführungen und teilt mit, dass bei Borkenkäferbefall z. B. erst das Schadholz gefällt wird und dementsprechend dann die anderen Fällungen gestoppt werden.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich für die erledigten Arbeiten im Haibacher Wald und für die ausführlichen Informationen zum Sachstand. Die Informationen sind für die Gemeinde sehr hilfreich auch in Bezug auch den erforderlichen Wegebau.

Es wird nunmehr vorgeschlagen, dem vorgestellten Forstwirtschaftsplan zuzustimmen.

Beschluss

Der Forstwirtschaftsplan der Gemeinde Haibach, gültig bis zum 31.12.2026 wird, wie vorgestellt und besprochen, zur Kenntnis genommen und diesem wird zugestimmt.

Die daraus resultierenden Schritte werden jeweils zeitnah dem Gemeinderat vorgestellt und die erforderlichen Beschlüsse hierzu gesondert gefasst.

Abstimmungsergebnis: ja: 14 nein: 0

3. Bauleitplanung der Gemeinde Bessenbach; Bebauungsplan Frauengrund-Nord" und 8. Änderung des Flächennutzungsplanes; Anhörung im Rahmen der Behördenbeteiligung

Sachverhalt:

Das Planungsbüro FM hat im Auftrag der Gemeinde Bessenbach informiert, dass die Gemeinde Bessenbach für den Bebauungsplan „Frauengrund Nord“ und die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich dieses Bebauungsplanes die Anhörung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange durchführt. Der Gemeinde wird die Möglichkeit eingeräumt, im Rahmen dieser Anhörung Stellung zu beziehen. Gegenüber dem sog. Scoping-verfahren haben sich nach Mitteilung des Büros folgende Punkte geändert:

- ☐ Verzicht auf Stellplätze an der Nordostecke
- ☐ Zeichnerische Festsetzungen für die Hochwasserfreilegung
- ☐ Darstellung des (vorläufig gesicherten) Überschwemmungsgebietes der Aschaff
- ☐ Regenrückhaltebecken wird aus der Bauverbotszone herausgeschoben
- ☐ Vergrößerung der Ausgleichsfläche

Aus Sicht der Verwaltung werden durch diese Planungen die Belange der Gemeinde Haibach nach wie vor nicht berührt, so dass kein Anlass besteht, Bedenken zu äußern.

Beschluss

8. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplan „Frauengrund Nord“

Durch die Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Bessenbach werden die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt. Daher besteht mit der Planung Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: ja: 14 nein: 0

Beschluss

Vorhabenbezogener Bebauungs- und Grünordnungsplan „Frauengrund-Nord“

Durch die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes „Frauengrund-Nord“ werden die Belange der Gemeinde Haibach nicht berührt. Mit der Planung besteht daher Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: ja: 14 nein: 0

4. Allgemeines

5.1. VOF-Verfahren „Kinderhort“

Bürgermeister Zenglein teilt mit, dass das VOF-Verfahren „Kinderhort“ am 03.11.2016 zwischen 8.30 Uhr und 14.00 Uhr stattfinden wird und bittet um Teilnahme je eines Vertreters aller Fraktionen und um vorherige Zusage per E-Mail.

5.2. Terminvorschau

5.2.1. Sitzung KUS 12.10.2016

Die Sitzung des Kultur- und Sportausschusses am 12.10.2016 entfällt, da keine Tagesordnungspunkte vorliegen. Die nächste Sitzung dieses Ausschusses findet am 16.11.2016 statt.

5.2.2. Bürgerversammlung 14.11.2016

Bürgermeister Zenglein teilt den Termin für die Bürgerversammlung am 14.11.2016 um 19.30 Uhr, in Dörmorsbach mit und lädt alle Mitglieder des Gremiums zur Teilnahme ein.

5.2.3. Abschlusssitzung des Gemeinderates am 14.12.2016

Die Einladungen zur Weihnachtsfeier des Gemeinderates wurden heute verteilt.

5.2.4. Fahrt des Gemeinderates Frühjahr 2017
Bürgermeister Zenglein teilt mit, dass die geplante Fahrt des Gemeinderates nach Berlin voraussichtlich auf das Frühjahr 2017 verschoben wird, da erst ab diesem Zeitpunkt wieder Fördermittel über Frau Lindholz abgerufen werden können.

5.2.5. Neujahrsempfang 15.01.2017

Der Neujahrsempfang wird am 15.01.2017, um 10.00 Uhr, stattfinden. Der Veranstaltungsort wird noch bekanntgegeben.

5.3. Abschluss 1. Bauabschnitt Ortsverbindungsstraße

Der 1. Bauabschnitt der Ortsverbindungsstraße nach Dörmorsbach wird Ende Oktober

fertiggestellt. **Bürgermeister Zenglein** fragt im Gremium nach, ob ein Übergabetermin gewünscht wird.

Da es sich um eine bedeutende Baumaßnahme handelt, besteht im Gremium Einverständnis damit, eine offizielle Freigabe unter Einladung der beteiligten Ämter und der Presse abzuhalten. Voraussichtlicher Termin soll der 29.10.2016 sein.

5.4. Anfrage des Ausländerbeirates wegen muslimischer Grabfelder

Bürgermeister Zenglein fragt nach, ob sich die Fraktionen bereits mit der Frage nach den muslimischen Grabfeldern beschäftigt haben.

Dies wird von allen Fraktionen verneint. Im Gesamtgremium ist man der Meinung, dass die Gemeinde Haibach hier nicht als Vorreiter fungieren müsse und dass für die Schaffung muslimischer Grabfelder Gemeinden mit einem höheren Migrantenanteil besser geeignet wären. Außerdem

wird der Wunsch geäußert, zuerst das Projekt Friedwald in Angriff zu nehmen.

5.5. Landesvorstand der KPV

Bürgermeister Zenglein gibt im Gremium bekannt, dass er vorangegangene Woche in den Landesvorstand der KPV gewählt wurde.

5.6. Übernahme von Fahrtkosten für Schüler

Gemeinderätin Spielmann fragt an, ob Fahrtkosten von Schülern auch zu anderen Schulen als der Brentano Schule (Schulverbund) übernommen werden, da sie hierzu angesprochen wurde.

Bürgermeister Zenglein führt aus, dass das Bayerische Schulwegkostengesetz hier die genauen Regelungen vorgibt und es keinen Spielraum gebe. Eine zu prüfende Möglichkeit sei jedoch, einen Zuschuss im Rahmen einer Härtefallregelung zu gewähren.

5. Genehmigung der Sitzungsniederschriften vom 16.09.2016 und 21.09.2016

Die Protokolle der Sitzungen des Gemeinderates vom 24.08. und 21.09.2016 werden nach Umlauf ohne Anmerkungen genehmigt.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **09.11.2016** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Schriftführerin

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Mittwoch, 9. November 2016

Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Torsten Redeker	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Abwesend:

Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Friedrich Englert		
Martin Volk		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 05.10.2016
3.	Mitteilungsblatt der Gemeinde Haibach, Erhöhung der Druckkosten -Beratung und Beschlussfassung-
4.	Änderung des Bebauungsplanes für das Gebiet "Spessart-Manor" zwischen Rhönstraße, Hockstraße, Würzburger Straße und westlicher Flurstücksgrenze 6228/5 im vereinfachten Verfahren, Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB
5.	Satzungsänderung der BGS EWS – Festsetzung der Kanalgebühren für das Jahr 2017
6.	Satzungsänderung der BGS WAS – Festsetzung der Wassergebühren für das Jahr 2017
7.	Neuregelung der Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand – § 2b UStG - Wiedervorlage
8.	Breitbandverkabelung; Bundesförderprogramm zum Glasfaserausbau
9.	Anrufsammeltaxi - Vereinbarung mit den Stadtwerken Aschaffenburg
10.	WeSpe - Interessensbekundung zur Teilnahme an einem Energieeffizienz- Netzwerk in der Netzwerksphase
11.	Behandlung von Bauanträgen - Frühlingstr. 3 - Erneuerung des Dachgeschosses mit Einbau von zwei Zwerchgiebeln für eine dritte Wohneinheit
12.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Bgm. Andreas Zenglein weist darauf hin, dass als Ergänzung der Tagesordnung unter dem TOP 14 – Vergabewesen – eine Entscheidung bezüglich des Daches der Tribüne an der Kultur- und Sporthalle erforderlich ist.
Es besteht damit Einverständnis.

2. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 05.10.2016

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 05.10.2016 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Mitteilungsblatt der Gemeinde Haibach, Erhöhung der Druckkosten -Beratung und Beschlussfassung-

Sachverhalt:

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19.10. wurde über folgendem Sach-verhalt beraten:

Die Firma Beister Software hat mit Schreiben vom 28.06.2016 angekündigt, dass der jetzige Abonnenten- und Anzeigenpreis aufgrund verschiedener Kostensteigerungen nicht gehalten werden kann. Die Gründe hierfür sind in dem Schreiben vom 28.6.2016 genannt.

Bei einer Steigerung des Abonnentenpreises wird mit Kündigungen gerechnet. Eine Erhöhung der Anzeigenpreise führe wahrscheinlich zu einem Rückgang der Anzeigenkunden.

Die Firma Beister bittet, folgende Finanzierungsoptionen zu prüfen:

- ☐ Kostenbeteiligung der Kirchen für ihre Veröffentlichungen (wie vor 2005)
- ☐ Anpassung der Kosten für die Internetseite der Gemeinde Haibach auf marktübliche Höhe
- ☐ Teilweise Berechnungen der gemeindlichen Veröffentlichungen mit gesonderten Konditionen
- ☐ Kostenbeteiligung der Gemeinde bei der Finanzierung der APPs

Die Firma Beister hat zur Deckung des Fehlbedarfes von rd. 8000 € verschiedene Vorschläge unterbreitet (siehe Anlage).

Aus Sicht der Verwaltung ist eine Kostenbeteiligung der Gemeinde nur denkbar über einen Seitenpreis bei mehrseitigen Veröffentlichungen eines Beitrages (z.B. komplette Satzung), wenn diese über mehrere Seiten geht (z.B. ab 3. Seite), eine weitere Kostenbeteiligung wäre denkbar für die Internetkosten; diese sollten aber genauer beziffert werden.

Eine Kostenbeteiligung der Kirchen wurde noch nicht geprüft, zumal in den ähnlich gestalteten Mitteilungsblättern von Bessenbach und Waldaschaff eine Kostenbeteiligung der Kirchen (und auch der Gemeinde für den amtlichen Teil) nicht erfolgt. Der Betreiber dieser Mitteilungsblätter stellt

aber auch keine Internet-Plattform für die Gemeinde zur Verfügung.

Die von der Firma Beister genannten Apps werden landkreisweit zur Verfügung gestellt, nicht nur für die Gemeinde Haibach – somit kann für dieses Angebot keine Kostenbeteiligung erfolgen.

Preisvergleiche (derzeit):

Beister	Mediaatrium	
Abonnement	26,00 €	24,00 €
Anzeige (ohne MWSt.)	160,17 €	158,56 €

Der Haupt- und Finanzausschuss kam zu dem Ergebnis, dass eine Kostenbeteiligung für die Homepage denkbar ist. Hierzu sollte die Firma Beister die Kosten beziffern, die mittlerweile mit Schreiben vom 4.11.2016 mit 888,00 € benannt wurden. Seither wird für das Webhosting ein Betrag von 406,98 € bezahlt.

Über eine weitere Kostenbeteiligung sollte eine Entscheidung in der heutigen Gemeinderatssitzung fallen.

Bezugnehmend auf die Vorschläge der Firma Beister zu den Finanzierungsmöglichkeiten bemerkt **Bgm. Andreas Zenglein**, dass noch keine Rückmeldung seitens der evangelischen Kirche einging. GR Beate Konrad von der katholischen Kirche kann hierfür Stellung nehmen.

GR Beate Konrad schlägt vor, dass sie die Eingabe der kirchlichen Nachrichten, ähnlich dem Vereinsportal, für die katholische Kirche übernimmt. Nach Rücksprache mit den evangelischen Pfarrern ist dieses jedoch finanziell dort nicht zu leisten.

Nach Rückfrage bei den Nachbargemeinden sind dort die kirchlichen Nachrichten frei.

3. Bgm. Horst Hock ist der Meinung, dass die Gemeinde ein Gegenangebot einholen sollte. Wie

man sehen kann, gibt es auch eine günstigere Firma. Eine Erhöhung des Abo-Preises auf 28 EUR wäre für die CSU-Fraktion in Ordnung, die Beteiligung der Gemeinde von 888,00 EUR ebenso. Die Erhöhung der Anzeigenpreise müsste die Firma Beister mit ihren Kunden vereinbaren. Hierzu kann die Gemeinde keine Entscheidung treffen.

Die Kirche sollte selbst entscheiden, wie die Kostenbeteiligung geregelt werden soll. Die Möglichkeit, dass die katholische Kirche ihre Nachrichten selbst erfassen kann, sollte ermöglicht werden.

GR Susanne Zellner erklärt sich ebenfalls mit der Erhöhung des Abo-Preises auf 28,00 EUR einverstanden. Die Mehrkosten für die Homepage sollten übernommen werden, die Anzeigenpreise sind nicht Sache der Gemeinde.

3. Bgm. Horst Hock stellt fest, dass die App im gesamten Landkreis aktiv ist. Der Anbieter der Haibach App ist Komuna. Er möchte wissen, ob die Verlinkung mit der Homepage durch die Firma Beister gewährleistet ist und wie hoch hierfür die monatlichen Kosten sind.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass diese etwa bei 72 EUR liegen. Eine Verlinkung ist gegeben.

GR Jürgen Goldhammer vertritt die Auffassung, dass es eine privatrechtliche Angelegenheit der Firma Beister ist, die Abo-Preise zu erhöhen. Der

Gemeinderat kann nur einer Erhöhung der gemeindlichen Kosten zustimmen. Die Kosten für die Homepage sollten geprüft werden. Es sollten Alternativen für Homepage und Mitteilungsblatt geprüft werden.

GR Andreas Hein bemerkt zu diesem Vorschlag, dass man bedenken sollte, dass die Firma Beister die Verbindung zwischen Internet und Mitteilungsblatt bietet. Alles, was die Vereine über das Portal eingeben, erscheint gedruckt auch im Mitteilungsblatt.

Beschluss

Wegen der zu erwartenden Erhöhung der Druckkosten für das Haibacher Mitteilungsblatt erfolgt eine Beteiligung der Gemeinde Haibach in der Form eines Seitenpreises, wenn eine Veröffentlichung für einen Artikel über das Ausmaß von zwei Seiten hinausgeht.

Zudem sind die Kosten für das Mitteilungsblatt und die Homepage für die Gemeinde zu trennen. Die Mehrkosten der Homepage in Höhe von 888,00 € werden von der Gemeinde übernommen.

Eine weitere Beteiligung der Gemeinde erfolgt nicht.

Eine mögliche Erhöhung des Abonnentenpreises wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

4. Änderung des Bebauungsplanes für das Gebiet "Spessart-Manor" zwischen Rhönstraße, Hockstraße, Würzburger Straße und westlicher Flurstücksgrenze 6228/5 im vereinfachten Verfahren, Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sachverhalt:

Die Stadt Aschaffenburg hat mit Schreiben vom 05.10.2016 die Gemeinde Haibach von der Weiterführung des Bauleitplanverfahrens des Bebauungsplanes Nr. 4/3 b für das Gebiet „Spessart - Manor“ zwischen Rhönstraße, Hockstraße, Würzburger Straße und westlicher Flurstücksgrenze 6228/5 informiert.

In seiner Sitzung vom 25.05.2011 wurde dem Bauausschuss der Gemeinde Haibach bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB die Möglichkeit der Stellungnahme gegeben. Hier wurden keine Einwände erhoben.

Nach Auffassung der Verwaltung werden die Belange der Gemeinde Haibach durch die Planung nicht berührt.

Beschluss

Die Belange der Gemeinde Haibach werden durch den Bebauungsplan Nr. 4/3 b für das Gebiet „Spessart-Manor“ nicht berührt; aus diesem Grund besteht mit der Planung Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

5. Satzungsänderung der BGS EWS – Festsetzung der Kanalgebühren für das Jahr 2017

Sachverhalt:

In der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 19.10.2016 wurde folgender Sachverhalt dargelegt: Die Gebühreneinnahmen des Jahres 2015 belaufen sich auf 851.521,07 € und die Aufwendungen auf 748.143,73 €.

Somit errechnet sich für das Jahr 2015 eine Gebührenüberdeckung in Höhe von 103.377,34 €, welche als Vortrag in die Kalkulation für das Jahr 2017 übernommen wird.

Die Überdeckung kam im Wesentlichen dadurch zustande, dass die Betriebskostenumlage der Stadt

Aschaffenburg um ca. 29.800 € und die Betriebskostenumlage des Zweckverbandes Aschafftalgemeinden um ca. 34.300 € niedriger ausgefallen sind als ursprünglich geplant. Außerdem war eine um ca. 9.000 m³ höhere Abwassermenge zu verzeichnen. Dies führte zu Mehreinnahmen von ca. 21.800 €.

Für das Jahr 2017 errechnet sich ein durch Gebühren zu deckender Aufwand in Höhe von ca.

752.300 €. Bei einer geschätzten gebührenpflichtigen Abwassermenge von 345.000 m³ errechnet sich so ein Preis von 2,18 €/m³ Abwasser.

Gegenüber dem Jahr 2016 bedeutet dies eine Minderung der Gebühr um 0,20 €.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat empfohlen, die Kanalgebühren anzupassen und ab 2017 auf 2,18 € je Kubikmeter Abwasser festzusetzen.

Dementsprechend erfolgt der Beschlussvorschlag zur Satzungsänderung wie folgt:

Beschluss

Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Haibach (BGS - EWS) vom 03.12.2009

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Gemeinde Haibach folgende

Satzung

zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Haibach (BGS - EWS) vom 03.12.2009, zuletzt geändert durch Satzung vom 12.11.2015

§ 1

Änderungen

(1) § 10 Abs.1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Gebühr beträgt 2,18 € pro Kubikmeter Abwasser.“

§ 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2017 in Kraft.

Haibach,

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister



Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

6. Satzungsänderung der BGS WAS – Festsetzung der Wassergebühren für das Jahr 2017

Sachverhalt:

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19.10.2016 wurde folgender Sachverhalt vorgetragen:

1. Nachkalkulation der Wassergebühren 2015

Der Nachkalkulation der Wassergebühren 2015 wurden die tatsächlichen IST-Aufwendungen des Jahresabschlusses 2015 zugrunde gelegt.

Insgesamt ergaben sich Erträge in Höhe von 921.727,43 €, während sich die Aufwendungen auf 880.081,88 € beliefen. Daraus errechnet sich eine Überdeckung von 41.645,55 €, welche in das Jahr 2017 vorgetragen wird.

Insgesamt wurden 422.287 m³ (Vorjahr: 403.013 m³) Frischwasser bezogen bzw. gefördert. Verkauft wurden jedoch nur 375.607 m³ (Vorjahr: 359.408 m³).

Daraus errechnet sich ein Wasserverlust in Höhe von 46.680 m³ (Vorjahr: 43.605 m³) oder 11,05% (Vorjahr: 10,82%).

Die Verluste in Dörmorsbach betrugen 1.393 m³ (Vorjahr: 1.063 m³) bzw. 7,24% (Vorjahr: 5,66%), während in Haibach und Grünmorsbach eine Fehlmenge von 45.287 m³ (Vorjahr: 42.542 m³) bzw. 11,24% (Vorjahr: 11,07%) zu verzeichnen ist.

2. Kalkulation Wasserpreis 2017

Aufgrund der bisher vorliegenden Zahlen und der darauf basierenden Kalkulation ist für das Jahr 2017 mit Aufwendungen in Höhe von ca. 874.500 € zu rechnen. Nach Abzug der zu erwartenden Einnahmen aus den Grundgebühren, dem Wasserverkauf an Winzenhohl, den Entgelten für die Erneuerung von Hausanschlüssen und den vermischten Einnahmen verbleibt ein durch Gebühren zu deckender Betrag in Höhe von ca. 747.400 €.

Bei einer kalkulierten verkauften Wassermenge von 360.000 m³ errechnet sich ein Wasserpreis von 2,08 €/m³ bezogenem Frischwasser.

Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Minderung des Wasserpreises um 0,21 €/m³ (netto).

Der Haupt- und Finanzausschuss hat empfohlen, den Wasserpreis ab 2017 auf 2,08 € je Kubikmeter bezogenem Frischwasser festzusetzen.

Dementsprechend erfolgt der Beschlussvorschlag zur Satzungsänderung.

Beschluss

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Gemeinde Haibach folgende

Satzung

**zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung
der Gemeinde Haibach (BGS - WAS) vom 03.12.2009
zuletzt geändert mit Satzung vom 12.11.2015**

§ 1

Änderungen

(1) § 10 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Gebühr beträgt 2,08 € pro Kubikmeter entnommenen Wassers.“

(2) § 10 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Wird ein Bauwasserzähler oder ein sonstiger beweglicher Wasserzähler verwendet, so beträgt die Gebühr 2,08 € pro Kubikmeter entnommenen Wassers.“

§ 2

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2017 in Kraft.

Haibach,

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister



Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

7. Neuregelung der Unternehmereigenschaft der öffentlichen Hand – § 2b UStG - Wiedervorlage

Sachverhalt:

Im Oktober 2016 hat der Gesetzgeber das Steueränderungsgesetz 2015 beschlossen, mit dem u. a. in einem neuen § 2b UStG die Umsatzbesteuerung von juristischen Personen des

öffentlichen Rechts (jPdöR) vollkommen neu strukturiert wird.

Mit dieser gesetzlichen Neuregelung soll eine seit Jahren bestehende Unsicherheit in der

Besteuerungspraxis der öffentlichen Hand beseitigt werden.

Mit dem Wirksamwerden der gesetzlichen Neuregelung ab dem 1. Januar 2017 wird die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand nicht mehr vom Vorliegen eines Betriebs gewerblicher Art (BgA) im Sinne der §§ 1 Abs. 1 Nr. 6, 4 Körperschaftsteuergesetz abhängig gemacht, sondern nur noch von der Entfaltung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen. In Fällen der Betätigung „jPdöR“ auf Grundlage öffentlich-rechtlicher Handlungsformen sollen Begünstigungen greifen. Insbesondere sollen bestimmte Fälle von Kooperationen „jPdöR“ untereinander zur Vermeidung nicht gewollter Umsatzsteuerbelastungen von der Umsatzbesteuerung ausgenommen werden.

Die Neuregelung tritt zum 1. Januar 2017 in Kraft. jPdöR wird jedoch die Möglichkeit gegeben, für eine **Übergangszeit bis Ende 2020** für die weitere Anwendung der **alten Rechtslage zu optieren**. Diese Option muss für die **gesamte jPdöR einmalig und einheitlich** (für den gesamten Haushalt) bis zum **31.12.2016** durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Finanzamt ausgeübt werden. Diese Erklärung wiederum kann mit Wirkung vom Beginn jeden Folgejahres an **(einmalig) widerrufen** werden, so dass für den Steuerpflichtigen in dem Zeitraum 2017 bis 2020 faktisch ein Wahlrecht besteht, ab welchem Kalenderjahr er (dann endgültig) die Neuregelung anwendet.

Bleibt die Gemeinde **gänzlich untätig**, d. h. erklärt sie nicht die Option zugunsten des alten (BgA)-Rechts bis zum 31.12.2016, findet die **Neuregelung** ab dem 01.01.2017 **Anwendung**.

Unter diesen Gesichtspunkten haben wir unseren gesamten Haushalt überprüft. Unter die neue Regelung fallen die bisher schon erfassten Teilbereiche Wasserversorgung, Forstbetrieb, Kultur- und Sporthalle, Hallenbad und Kunstrasenplatz.

Künftig wird die Regelung auch beim Jugend- und Vereinshaus, beim Bürgerhaus Dörmorsbach, der

Sporthalle „Am Hohen Kreuz“ und der Benutzung des Stadions an der Kultur- und Sporthalle greifen.

Weiterhin wäre auch der Verkauf von Stammbüchern, Grenzsteinen, Chroniken usw. betroffen.

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt derzeit noch ein Schreiben mit Einzelheiten zur konkreten Ausgestaltung des §2b UStG. Diese Schreiben befindet sich derzeit in der Verbändeanhörung. Es wird damit gerechnet, dass die endgültige Fassung erst im Frühjahr 2017 vorliegen wird.

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband und der Bayerische Gemeindetag können deshalb keine verlässlichen Empfehlungen aussprechen. Beide Institutionen empfehlen deshalb zunächst von der Optionserklärung Gebrauch zu machen und dem Finanzamt gegenüber zu erklären, dass von der Neuregelung derzeit kein Gebrauch gemacht wird.

Sollte sich im Laufe des Jahres 2017 herausstellen, dass die Neuregelung für die Gemeinde vorteilhafter ist, kann die Erklärung widerrufen werden.

Sofern die Optionsregelung angewendet werden soll, ist folgende Erklärung abzugeben:

„Hiermit erklärt die Gemeinde Haibach, dass sie aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates vom -vorbehaltlich eines etwaigen Widerrufs – für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführte Leistungen weiterhin § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung anwendet.“

Es wird vorgeschlagen, dem Vorschlag des Haupt- und Finanzausschusses zu folgen.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach erklärt dass, vorbehaltlich eines etwaigen Widerrufs, für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführte Leistungen weiterhin § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung angewendet werden soll.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

8. Breitbandverkabelung; Bundesförderprogramm zum Glasfaserausbau

Sachverhalt:

Von dem Leiter des Vermessungsamtes, Herrn Reindl, kam die Information, dass zur Verbesserung des Bandbreitenbedarfes ein Bundesförderprogramm zum Glasfaserausbau aufgelegt wurde. In der vorliegenden Präsentation (siehe Anlage) wurden die Möglichkeiten hierzu erläutert.

Mit einer Beteiligung an diesem Programm hat die Gemeinde die Möglichkeit, dem künftigen Ausbau Vorschub zu leisten und für die Zukunft die Weichen für eine schnellstmögliche Datenverbindung zu

gewährleisten. Wenn sich die Gemeinde an dem Bundesförderprogramm beteiligen will, müssen z.B. bei jeglichem Straßenausbau Glasfaserkabel mit verlegt werden (wenn nicht schon vorhanden). Dieses Förderprogramm ist daher langfristig zu sehen.

Die Kosten für den Ausbau mittels Glasfaser bis zu den einzelnen Anwesen können derzeit noch nicht beziffert werden.

Andererseits hat die Firma Telekom bisher den Leitungsausbau in Haibach aufgrund der Stadtnähe in eigener Regie übernommen (Glasfaserkabel bis zu den Übergabestellen, Weiterführung mit Kupferkabel). Dies kann natürlich nicht für die weitere Zukunft garantiert werden. Nach dem derzeitigen Stand stehen durch den Ausbau durch die Firma Telekom in Haibach flächendeckend 50 MB Datenfluss zur Verfügung. Lediglich im Ortskern von Haibach stehen nur etwa 16 MB zur Verfügung – dies wird jedoch durch das derzeit laufende Markterkundungsverfahren geändert. Die Firma Telekom hat hierzu bereits mitgeteilt, dass nunmehr auch der Ortskern mit der schnelleren Datenverbindung ausgestattet werden kann. Dies ist erst jetzt möglich, da die Netzentur nunmehr auch eingegrenzte Bereiche freigegeben hat.

Vom Gemeinderat wäre zu entscheiden, ob sich die Gemeinde Haibach schon jetzt an diesem Programm beteiligt.

Aus Sicht der Verwaltung besteht derzeit noch kein Handlungsbedarf. Gegebenenfalls kann im kommenden Jahr die Angelegenheit mit genauerem Zahlenmaterial nochmals vorgelegt werden.

Bgm. Andreas Zenglein teilt hierzu noch mit, dass vom Vermessungsamt Fördergelder in Höhe von 5.000 EUR bereitgestellt wurden. Die Erstellung

eines Gutachtens durch ein Ing.-Büro ist für die Fortführung des Programms notwendig, die Kosten hierfür beliefen sich auf 4.200 EUR.

Ein Beschlussvorschlag ergeht nicht.

GR Toni Stahl bemerkt hierzu, dass der Nutzer dieses Ausbaus die Telekom sein wird. Die Gemeinde macht die Erstellung und die Gebühren werden an den Betreiber abgeführt. Dies findet er paradox.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass er dies als Service und Basisaufgabe einer Kommune ansieht. Diese Verbesserung des Datennetzes sollte den Bürgern geboten werden.

GIB Friedrich Englert stellt fest, dass die Zuschüsse auch für die Einrichtung der DSL-Verbindung für den Ortsteil Dörmorsbach in Anspruch genommen wurden.

GR Jürgen Goldhammer erklärt, dass dies mit der Konzessionsabgabe bei der Stromversorgung zu vergleichen ist.

Weitere Beratung erfolgt zu gegebener Zeit.

9. Anrufsammeltaxi - Vereinbarung mit den Stadtwerken Aschaffenburg

Sachverhalt:

Im letzten Jahr wurde zwischen den Stadtwerken Aschaffenburg und den im Stadtbusbereich liegenden Gemeinden eine Vereinbarung zur Durchführung des Anruf-Sammel-Taxis getroffen. Der Einführung des AST ging ein probeweiser Linienverkehr der Stadtwerke für die Nachtstunden ab 22:00 Uhr voraus. Nachdem sich die Busverbindung nicht gerechnet hatte, wurde zwischen den Gemeinden und den Stadtwerken die Vereinbarung abgeschlossen.

Nach einem Jahr Laufzeit sollte die Vereinbarung nochmals geprüft werden. Das Besprechungsprotokoll sowie die Präsentation hierzu sind dieser Beschlussvorlage beigelegt.

Für Haibach haben sich durch die Einführung des AST die Beförderungskosten deutlich erhöht, und zwar von ca. 100 € mtl. auf 800,00 €. Dies bedeutet für die Gemeinde Haibach jährliche Kosten von ca. 10.000 Euro.

Die Stadtwerke haben klar geäußert, dass aufgrund der Fahrtzeiten und der damit verbundenen Kosten eine Wiedereinführung des Linienverkehrs nicht in Frage kommt.

Um den Service für die Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten zu können, ist die Weiterführung des Anrufsammeltaxis erforderlich. Der bestehende Vertrag verlängert sich automatisch, wenn er nicht einen Monat vor Vertragsende gekündigt wird. Nachdem der Vertrag vorläufig bis 10.12.2016 befristet war, müsste ggfs. jetzt die Kündigung beschlossen werden.

Dies hätte allerdings zur Folge, dass die Haibacher Bürgerinnen und Bürger nach 21.30 Uhr nur noch das normale Taxi mit deutlichen Mehrkosten beanspruchen können.

Wenn eine Kündigung nicht in Erwägung gezogen wird, ist ein Beschluss nicht erforderlich.

In der Diskussion wird von allen Fraktionen die Zustimmung zur Fortführung gegeben.

10. WeSpe - Interessensbekundung zur Teilnahme an einem Energieeffizienz-Netzwerk in der Netzwerksphase

Sachverhalt:

Für die Gemeinde Haibach wurde als Gemeinschaftsprojekt der WeSpe ein Energiekonzept erstellt. Dieses Energiekonzept bietet die Grundlage für die weitere Entwicklung auf diesem wichtigen Themenfeld. Nun gilt es auf dieser Basis konkrete Maßnahmen zu entwickeln und auch umzusetzen, damit sich aus dem erstellten

Energiekonzept auch Energie- und Kosteneinsparungen ergeben.

Hierzu bietet es sich an, dem Energieeffizienz-Netzwerk beizutreten.

Bei diesem Energieeffizienznetzwerk handelt es sich um einen Zusammenschluss von 5 bis 12 Kommunen über einen Zeitraum von 3 Jahren. Das Netzwerk besteht in unserem Falle aus 5 bis 12

Kommunen aus einer Region, dem Bayernwerk als Netzwerksbetreiber (dass für die Gemeinde Haibach die AVG Netzbetreiber ist, ist nicht schädlich) und dem Forschungsinstitut IfE als unabhängigem, energietechnischem Berater. Dieses Netzwerk wird durch die BAFA im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums gefördert, so dass pro Kommune Kosten von jährlich ca. 6.000,00 € entstehen.

Den Kosten stehen folgende Leistungen gegenüber:

- a) 4 Netzwerktreffen pro Jahr
- b) Besichtigung von realisierten Maßnahmen
- c) Proaktive Hotline und jährliches Monitoring
- d) Gemeinsames Netzwerkseinsparziel
- e) Kommunenspezifische, ingenieurtechnische Umsetzungsbegleitung von Detailprojekten mit 40 Std. vor Ort
- f) Öffentlichkeitsarbeit

Vor allem sind die Investitionskosten durch die 40 Std. Beratung vor Ort gerechtfertigt. Nachdem durch unser Energiekonzept Grundlagen bereits erarbeitet wurden, können die Beratungsstunden effektiv in konkreten Einzelprojekten genutzt werden. Die Fraktionen werden um Ideen für konkrete Projekte gebeten, die im Rahmen des Netzwerkes für die Gemeinde Haibach erarbeitet werden könnten.

Die Interessensbekundung ist zunächst unverbindlich und dient dem Bayernwerk lediglich zur Einreichung des Zuschussantrages.

Finanzielle Auswirkungen:

Je 6.000,00 € Ausgaben für die Haushaltsjahre 2017, 2018 und 2019

Im Verlauf der Diskussion wird festgestellt, dass in Haibach noch ein/e Energiebeauftragte/r fehlt. Dies könnte in einer interfraktionellen Sitzung des Gemeinderates besprochen und festgelegt werden.

3. Bgm. Horst Hock sieht den finanziellen Aufwand von etwa jährlich 6.000 EUR für die Dauer von 3

Jahren als relativ teuer an, wenn kein spezielles Projekt damit betreut wird. Er ist der Meinung, dass die Berater der Wespe auch noch zusätzliche Kosten verursachen, ihm fehlt somit auch der Zusammenhang mit den anderen Gemeinden.

Bgm. Andreas Zenglein erläutert, dass dies die Fortführung des gemeinsamen Energiekonzeptes als sog. „Leuchtturmprojekt“ sein könnte. Diese Leistungen erschließen sich aus dem durchgeführten Gutachten. Vorher war die „Energievision Franken“ in Haibach tätig, eine neue Firma wird auch wieder neue Ideen voran bringen.

Im Laufe des Gespräches sollte Interesse über eine Fortführung bekundet werden oder eben nicht. Die Umsetzung des Gutachtens erfolgt nicht durch die Energievision Franken.

GR Jürgen Goldhammer bemängelt, dass kein Projekt hierzu vorgestellt wird, dies bemängelt auch **GR Susanne Zellner**. Sie möchte zudem wissen, ob es hierzu zeitliche Beschränkungen gibt.

Bgm Andreas Zenglein stellt fest, dass zuerst geklärt werden muss, wie viele Gemeinden diesem Netzwerk beitreten.

GR Toni Stahl hat Bedenken, dass zuerst Interesse bekundet wird und dann an den „Haaren ein passendes Projekt“ beigezogen wird.

Beschluss

Der Gemeinderat erklärt die unverbindliche Interessensbekundung am Energienetzwerk teilzunehmen. Ein Beitritt wird nur erfolgen, wenn an einem konkreten Projekt in der Gemeinde Haibach gearbeitet werden kann.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 7

11. Behandlung von Bauanträgen - Frühlingstr. 3 - Erneuerung des Dachgeschosses mit Einbau von zwei Zwerchgiebeln für eine dritte Wohneinheit

Bauherr:	Thomas Dähne, Sandra Dähne, Julia Dähne
Bauvorhaben:	Erneuerung des Dachgeschosses mit Einbau von zwei Zwerchgiebeln für eine dritte Wohneinheit
Baugrundstück:	Frühlingstr. 3, 63808 Haibach Fl.Nr. 4483 – Gemarkung Haibach

Beurteilung:

§ 30 BauGB Das Bauvorhaben entspricht nicht den Festsetzungen des rechtsverbindlichen B-Planes „Am Hohen Stein“ (WA).

Erschließung: gesichert

Nachbarunterschriften gemäß Art. 71 BayBO:
vollständig

Befreiungen:

Für das Bauvorhaben sind nach § 31 Abs. 2 BauGB folgende Befreiungen erforderlich:

- a) Für den Einbau von zwei Zwerchgiebeln
- b) Für die Unterschreitung der Vorgartenzone von 6,85 m auf 3,70 m

Stellplatznachweis nach der gemeindlichen

Stellplatzsatzung vom Jan 93:

erfüllt (2 Wohnungen Altbestand = 2 Stellplätze, 1 Wohnung neu = 2 Stellplätze
Gesamtbedarf - 4 Stellplätze sind nachgewiesen)

Beschluss

- b) Für die Unterschreitung der Vorgartenzone von 6,85 m auf 3,70 m

Das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB wird unter Maßgabe folgender Befreiungen erteilt:

- a) Für den Einbau von zwei Zwerchgiebeln

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

12. Allgemeines

**Termininformation von Bgm. Andreas Zenglein:
Martinsumzüge:**

Grünmorsbach: 10.11.2016, um 17:30 Uhr
Dörrmorsbach: 11.11.2016, um 18:00 Uhr
Haibach: 11.11.2016, um 18:00 Uhr

Volkstrauertag:

Grünmorsbach: 12.11.2016, um 17:30 Uhr
Dörrmosbach: 13.11.2016, um 9:45 Uhr,
nach dem Gottesdienst
Haibach: 13.11.2016, um 15:00 Uhr

Information Grundstücksbesitzer Radweg

Die Eigentümer für den geplanten Teilbereich des Radweges ab der OV-Straße (Dörrmorsbach bis Windlücke) sind am Donnerstag, 10.11.2016, um 18:00 Uhr, zu einer Besprechung in den Sitzungssaal eingeladen.

Busverbindung Dörrmorsbach

GR Beate Konrad fragt bezüglich der Busverbindung von Dörrmorsbach nach Haibach, ob hier tatsächlich nur 2 x täglich Busverkehr stattfinden soll.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies derzeit noch als Testphase läuft. Es wird noch nach einer Lösung für die Schüler, die aus Bessenbach kommen und in den OT Dörrmorsbach müssen, gesucht.

Eventuell können diese Kinder bis nach Aschaffenburg, Sälzerweg, fahren und dann mit der Linie 5 weiter nach Dörrmorsbach. Die Überlegungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **25.01.2017** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verw.Angest.

SITZUNG des GEMEINDERATES

Sitzungstag: Dienstag, 29. November 2016

Sitzungsdauer: 20:00 Uhr bis 22:30 Uhr

Haibach, Rathaus

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Max Baumann	2. Bürgermeister	
Horst Hock	3. Bürgermeister	
Peter Amrhein	Gemeinderat	
Michael Fuchs	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Anja Goymann	Gemeinderätin	
Jürgen Großmann	Gemeinderat	
Andreas Hein	Gemeinderat	
Richard Hein	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Rüdiger Lebert	Gemeinderat	
Claus Rückert	Gemeinderat	
Eva Rückert	Gemeinderätin	
Tobias Rückert	Gemeinderat	
Ilse Spielmann	Gemeinderätin	
Toni Stahl	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Torsten Redeker	Gemeinderat	
Hans Georg Seitz	Gemeinderat	
Susanne Zellner	Gemeinderätin	

Schriftführer		
Silvia Reiling		

Verwaltung		
Friedrich Englert		
Silvia Reiling		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		
Anja Züchner		

Tagesordnung

Gemeinderat

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Begrüßung
2.	Bürgerfragestunde
3.	Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 09.11.2016
4.	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
5.	Vorstellung Standortanalyse Seniorenwohnanlage
6.	Erneuerung GV-Straße 2.BA - Vorstellung Vorentwurf
7.	Bürgerversammlung vom 14.11.2016; Wünsche und Anträge
8.	Bereitstellung einer Ausbildungsstelle als Gärtner im Bereich Landschaft- und Gartenbau
9.	Jahresrechnung 2015; Feststellung und Entlastung nach örtlicher Prüfung
10.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 20 geladenen Gemeinderäten 17 erschienen sind, der Gemeinderat beschlussfähig ist und zur Sitzungsordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Es besteht Einverständnis mit der Tagesordnung.

GR Andreas Hein bittet im TOP 5 um Änderung des Begriffs „Seniorenwohnanlage“ in „Senioren-Pflegeeinrichtung“. Hierzu besteht Einverständnis.

2. Bürgerfragestunde

2.1. Ortsverbindungsstraße

Herr Helmut Bonn nimmt zum Thema „Ortsverbindungsstraße – BA 1“ Stellung und möchte wissen, weshalb die Kosten nun mit 2.200.000 EUR deklariert werden, obwohl die veranschlagten Kosten mit 3.400.000 EUR bekannt gegeben wurden. Nach der Ausschreibung haben sich die Kosten um etwa 1.200.000 EUR reduziert. Woran lag dies, wer hat den „Fehler“ zu verantworten?

Bgm. Andreas Zenglein antwortet hierzu, dass die Ersparnis vor allem darauf beruht, dass die Firma während der Vollsperrungsphase sehr gut arbeiten konnte und vorangekommen ist. Dies hat zu günstigeren und geringeren Kosten geführt. Ebenso hat die Firma Strassing gut kalkuliert.

Herr Helmut Bonn fragt nach einer Analyse, um festzustellen, wo die Einsparungen erfolgten.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass z.B. zum Teil Materialien weiter verwendet werden konnten.

Herr Helmut Bonn sieht somit den Fehler in der Arbeit des Ing. Büros. Wurde ein Geländeschnitt gemacht?

Bgm. Andreas Zenglein erklärt hierzu, dass sowohl eine interne, als auch eine externe Prüfung gemacht wurde. Die staatlichen Prüfungen werden auch noch durchgeführt werden.

Dipl. Ing. Hufgard erläutert, dass in der Kostenberechnung keine genauen Massen aufgezeichnet werden. Die Zahlung an die Planer erfolgt nach genauem Aufmaß. Eine Analyse und auch entsprechende Vergleiche wurden gemacht. Die Firma Strassing war bei allen an der Ausschreibung beteiligten Firmen die günstigste und hat daher den Zuschlag erhalten. Die Ausschreibung wurde erstellt und mit Massen aus anderen Baustellen verglichen. Es kann bei

solchen Ausschreibungen auch passieren, dass die Maßnahmen teurer als die vorherigen Berechnungen werden.

Herr Helmut Bonn möchte wissen, wie die Bezahlung an das Ing. Büro erfolgt. Nach den vorab kalkulierten 3,4 Mio EUR oder nach den tatsächlichen Kosten in Höhe von 2,2 Mio EUR.

Herr Dipl. Ing. Hufgard betont, dass dies vorher vertraglich festgelegt wurde.

Dipl. Ing. Martin Volk erläutert, dass z.B. die Tatsache, dass die Arbeiten während einer Vollsperrungsphase ausgeführt werden konnten, eine Ersparnis von ca. 500.000 EUR für die Gemeinde brachte. Des Weiteren konnten die Erdmassen anderweitig in der Baustelle aufgebracht werden und mussten nicht noch teuer abtransportiert werden.

2.2. Baugebiet „Alter Ortsteil West“

Gerd Hubert möchte wissen, wie sich dies mit der vorgesehenen Digitalisierung verhält.

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass hierzu der Gemeinderat noch keinen Beschluss gefasst hat. Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

2.3. Bürgerschaft Alemannia

Gerd Hubert fragt, wann die Bürgerschaft der Gemeinde für die Alemannia endet.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies am 31.03.2017 ist.

Nachdem keine weiteren Anfragen von Bürgern anstehen, wird die Bürgerfragestunde beendet.

3. Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 09.11.2016

Das Protokoll der Sitzung vom 09.11.2016 liegt noch nicht zur Genehmigung vor.

4. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

Aus der Gemeinderatssitzung vom 09.11.2016 werden folgende Beschlüsse bekannt gegeben:

- 1.) Vergabe der Objektplanung „Freianlagen“ im Rahmen der Erneuerung der Gemeindeverbindungsstraße 1.BA; den Auftrag erhielt das Büro Landschaftsarchitekten Trölenberg + Vogt
- 2.) Vergabe der Prallwände an der Kultur- und Sporthalle; den Auftrag erhielt die Firma Diaplan
- 3.) Vergabe der Objektplanung Kinderhort; den Auftrag erhielt das Büro Herzig Architekten, Darmstadt

5. Vorstellung Standortanalyse Senioren-Pflegeeinrichtung

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat am 21.09.2016 beschlossen, eine Analyse durchführen zu lassen, welche Standorte für senioren- und pflegegerechte Einrichtungen im gesamten Ortsgebiet geeignet sind.

Die Vor- und Nachteile der möglichen Standorte sollten gegenübergestellt und erläutert werden.

Frau Richter vom Bauatelier Richter und Schöffner hat diese Standortanalyse für die Gemeinde Haibach durchgeführt. Folgende Wohn- und Betreuungsformen kommen in Frage:

- Kurzzeitpflege
- Tagespflege
- Betreutes Wohnen in einer Wohnanlage
- Pflegeheim

Überprüft wurden insgesamt neun Standorte, wobei nicht alle die flächenmäßigen Voraussetzungen (ab 5.000 m² aufwärts) für die Errichtung eines Pflegeheimes mit ca. 80 Plätzen erfüllen.

Die untersuchten Standorte sind:

1. Gelände am Wendelberg
2. Sportplatz „Am Hohen Kreuz“ – Fußballverein „SV Alemannia“
3. Ehemaliges BMX-Gelände des MSC, südlich „Rudolf-Harbig-Straße“
4. Fläche am Ortsausgang Grünmorsbach
5. „Alte Schule“ - Ortskern
6. Grundstück Jahnturnhalle
7. Ehemalige Gärtnerei Reis an der Goethestraße
8. Fläche nördlich der Feuerwehr und des Bauhofs am Floriansweg
9. Fläche „Auf der Höhe“ – nördlich der Winzenhohler Straße

Jeder der genannten Standorte wurde nach folgenden Kriterien bewertet:

- Lage, Größe und derzeitige Nutzung
- Verkehrliche Anbindung
- Lage zu Versorgungseinrichtungen und öffentlichen Einrichtungen
- Städtebauliches Umfeld
- Planungsrechtliche Festsetzungen
- Verfügbarkeit

Als Fazit kommen für die Betreuungsform „Pflegeheim“ lediglich die Standorte „Am Wendelberg“ oder das Sportgelände „Am Hohen Kreuz“ infrage.

Insofern wäre grundsätzlich die Entscheidung zu treffen, ob in der Gemeinde Haibach eine Pflegeeinrichtung mit ca. 80 Pflegeplätzen errichtet werden sollte oder ob (ggf. auch zusätzlich) eine der anderen Betreuungsformen gewünscht wird.

Für die nicht so flächenintensiven Betreuungseinrichtungen sollten die Flächenreserven im Innenbereich ausgeschöpft werden, um den Flächenverbrauch im Außenbereich so gering wie möglich zu halten.

Frau Richter informiert ausführlich über die durchgeführte Standortanalyse.

Bgm. Andreas Zenglein bedankt sich hierfür. Der Gemeinderat nimmt diese Analyse zur Kenntnis. In den Weihnachtsferien werden sicherlich einige Diskussionen geführt werden. Der Gemeinderat wird in einer interfraktionellen Beratung sich nochmals mit dieser Thematik beschäftigen. Die Firma IMMOTEC erhält entsprechende Unterlagen. Es ist noch zu klären, ob 80 Pflegeplätze in Haibach benötigt werden. Eventuell werden für Haibach nur Kurzzeitpflegeplätze erforderlich sein.

3. Bgm. Horst Hock bedankt sich für die neutrale und intensive Vorstellung der Analyse. Der Gemeinderat muss nun die richtige Entscheidung treffen und hierbei das Umfeld mit in Betracht ziehen. Im kommenden Jahr wird eine interfraktionelle Sitzung stattfinden und dann auch die Aussprache des Gemeinderates.

Die **GR Jürgen Goldhammer und Ilse Spielmann** stimmen den Aussagen zu.

Beschluss

Der Gemeinderat nimmt die vorgestellte Standortstudie zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

6. Erneuerung GV-Straße 2.BA - Vorstellung Vorentwurf

Sachverhalt:

Nach Abschluss des VgV-Verfahrens wurde das Ingenieurbüro Jung, Kleinostheim, mit den Planungsleistungen zur Erneuerung der GV-Straße 2. BA beauftragt. Zwischenzeitlich wurde der Vorentwurf erarbeitet, der u.a. auch als Grundlage für die notwendigen Grundstücksverhandlungen dient.

Bei den Planungen wird der bestehende Straßenverlauf weitestgehend übernommen, die Straßengradienten werden den aktuellen Planungsanforderungen angepasst. Der geplante Radweg entspricht dem vorgestellten Konzept des Ingenieurbüros ISB (GR vom 23.09.2015).

Anpassungen beim Straßenbau sind geplant an der Einmündung „Maihohle“ nach Gailbach und am Ortseingang von Haibach – Grünmorsbach mit Einbau einer „Schikane“ zur Geschwindigkeitsreduzierung. Der komplett ausgebaut Geh- und Radweg endet am Ortseingang. Eine Weiterführung ist aus Platzgründen nicht umsetzbar, es besteht jedoch die Möglichkeit einen Schutzstreifen für Radfahrer einzurichten, der überfahren werden darf, aber von ruhendem Verkehr freizuhalten ist.

Nach ausführlicher Erläuterung der Vorplanung durch Dipl. Ing. Niklős vom Ing. Büro Jung stellt **Bgm. Andreas Zenglein** fest, dass dieser Bauabschnitt in der Abwicklung nicht einfacher werden wird. Der erforderliche Grunderwerb wird sicherlich schwierig. Eine entsprechende Infoveranstaltung ist bereits festgelegt.

Wenn das Anlegen eines Schutzstreifens für die Radfahrer erforderlich wird, muss ein höherer Grunderwerb getätigt werden.

Alle Flächen, die Straße, Gehweg und Radweg betreffen, müssen im Eigentum der Gemeinde sein.

Im Staatshaushalt 2017/18 werden die Fördergelder für diese Maßnahme bereitgestellt.

GR Claus Rückert möchte wissen, wie die Planung der Grünflächen vorgesehen ist, wie der Anschluss an die Staatsstraße und wohin die Entwässerung erfolgen.

Dipl. Ing. Niklős erklärt, dass auch Baumbepflanzungen möglich sein werden, dies ist noch zu diskutieren.

Die wasserrechtliche Prüfung erfolgt ebenfalls im Rahmen der Planung.

Der Abschnitt „Anschluss an die Staatsstraße“ wird in einem separaten Planungsauftrag ge- und geplant.

3. Bgm. Horst Hock fragt, ob eine Entwässerung auf städtischer Seite möglich sein wird.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass hierzu die Gespräche mit der Stadt Aschaffenburg gerade laufen. Es gibt bereits positive Signale, man hat schon vieles erreicht.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, ob nun ein Schutzstreifen für die Radfahrer vorgesehen ist oder nicht.

GR Ilse Spielmann möchte wissen, wie die Gehwegbreite vorgesehen ist.

Dipl. Ing. Niklős antwortet, dass dieser mindestens 1,25 m breit, an manchen Stellen auch 1,40m breit sein wird. An einer Stelle wird der Gehweg weniger als 1,25 m haben.

GR Ilse Spielmann möchte wissen, wie die Führung des Radweges an der Wohnbebauung aussieht? Sie sieht dies als schwierig an wegen der dortigen Aus- und Einfahrten, ebenso den Standort der Bushaltestelle.

Dipl. Ing. Niklős erklärt, dass hier noch ein Grunderwerb nötig sein wird.

GR Toni Stahl bemerkt zum Schutzstreifen, dass dieser nach seiner Meinung im Kurvenbereich Sinn macht.

GR Jürgen Großmann möchte wissen, weshalb die Einfahrt zur „Büchel“ verändert werden soll.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies mit dem Geländeverlauf zusammenhängt.

Bezüglich des jetzigen Parkplatzes fragt **GR Jürgen Goldhammer**, ob dieser noch benötigt wird.

3. Bgm. Horst Hock schlägt vor, diesen als „Geschwindigkeitsverschwenkung“ zu nutzen.

Dipl. Ing. Niklős bemerkt, dass dies vom Gelände hier nicht dazu geeignet ist.

GR Ilse Spielmann schlägt vor zu prüfen, ob eine Querungshilfe an der Kaiselsbergstraße möglich ist.

Bgm. Andreas Zenglein sieht es als schwierig an, den Geh- und Radweg im Wohngebiet gemeinsam fortzuführen.

GR Ilse Spielmann möchte wissen, warum die Straßenbreite 6,50 m beträgt.

Dipl. Ing. Niklős erklärt, dass innerorts die Berechnung ohne Rinne erfolgt.

Dipl. Ing. Hufgard ergänzt, dass außerorts die tatsächliche Breite zzgl. Rinne berechnet wird.

Beschluss

Dem vorgestellten Vorentwurf zum Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße Haibach – Dörmorsbach 2.BA – durch das Ingenieurbüro Jung GmbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 1

Beschluss

Im Bereich der Ortslage wird ein komprimierter Geh- und Radweg auf der Seite der FFW vorgesehen.

**Abstimmungsergebnis: ja: 6 nein: 12
abgelehnt**

Beschluss

Entlang der Bebauung wird ein Gehweg mit einer Breite von 1,25 m erstellt

Abstimmungsergebnis: ja: 12 nein: 6

Im Anschluss schlägt **Bgm. Andreas Zenglein** vor, die beiden Varianten prüfen zu lassen.

7. Bürgerversammlung vom 14.11.2016; Wünsche und Anträge

Sachverhalt:

Am 14.11.2016 fand in Dörmorsbach die diesjährige Bürgerversammlung statt. Nach der ausführlichen Präsentation, die einen Rückblick auf die Jahre 2015 und 2016 sowie einen Ausblick auf geplante Maßnahmen im Jahr 2017 gewährte, wurden Fragen gestellt, insbesondere zu folgenden Themen:

- ☐ Ansiedlung eines Pflegeheimes
- ☐ Feld- und Waldwegebau
- ☐ Urnenwand im Friedhof Grünmorsbach
- ☐ 2. BA Ortsverbindungsstraße
- ☐ Radweg zwischen Dörmorsbach und Haibach

Bürgermeister Zenglein konnte die Fragen zu den Themen Pflegeheim, 2. BA Ortsverbindungsstraße und Bau des Radweges zwischen Dörmorsbach und Haibach in der Bürgerversammlung beantworten. Das Thema Feld- und Waldwegebau sollte in die Haushaltsberatungen 2017 mit aufgenommen werden.

Da Anträge aus Bürgerversammlungen gemäß Art. 18 Abs. 4 Gemeindeordnung (GO) innerhalb von drei Monaten vom Gemeinderat behandelt werden müssen, muss sich der Gemeinderat mit dem Antrag von Frau Elke Seubert bezüglich der Urnenwand im Friedhof Grünmorsbach befassen.

Frau Elke Seubert stellte den Antrag, dass die Urnenwände im Friedhof dahingehend verändert werden sollten, dass das Schmücken oder Abstellen von „Ewigen Lichtern“ möglich werde. Hierfür müsse man ihrer Ansicht nach entweder an die bestehenden Urnenwandkammern nachträglich Simse anbringen oder zumindest bei der geplanten Erweiterung gleich entsprechende Urnenwände mit Simsen bauen.

Bgm. Andreas Zenglein schlug als Alternative vor, eine zentrale „Trauerstätte“ für Kerzen und Blumen zu schaffen.

Frau Seubert erwiderte, dass dies nicht gewünscht sei und bat nochmals darum, eine Möglichkeit an den Urnenwänden direkt zu schaffen.

Herr Albert Stürmer (Steinmetz), schlug vor, Vasenhalterungen, z.B. aus Bronze, an den Urnenwänden zuzulassen.

Bgm. Andreas Zenglein gab zu bedenken, dass dies in der gemeindlichen Satzung so nicht vorgesehen sei und deshalb bisher abgelehnt wurde.

In § 12 Abs. 6 der gemeindlichen Friedhofssatzung vom 02.07.2009 ist geregelt, dass es nicht gestattet ist, Befestigungen an den Verschlussplatten oder am Mauerwerk der Stelen für Kränze, Bilder, Blumen oder anderen Schmuck anzubringen.

Des Weiteren ist es nicht gestattet, künstliche Blumen als Urnengrabschmuck zu verwenden. An den bestehenden Urnenwänden sollte aus Sicht der Verwaltung keine Änderung vorgenommen werden. Es wäre zu überlegen, ob bei einer künftigen Erweiterung anders gestaltete Urnenwände oder ggf. Urnenstelen jeweils mit Ablagemöglichkeit verwendet werden können.

Beschluss

Die bestehenden Urnenwände werden nicht verändert.

Bei künftigen Erweiterungen der Urnenwände wird geprüft, ob Urnenstelen oder Urnenkammern mit Ablagemöglichkeiten aufgestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Vergleichsangebote bei den künftigen Vergaben einzuholen.

Abstimmungsergebnis: ja: 12 nein: 6

8. Bereitstellung einer Ausbildungsstelle als Gärtner im Bereich Landschaft- und Gartenbau

Sachverhalt:

Für den Bereich Landschafts- und Gartenbau wurde zuletzt im Jahr 2014 eine Ausbildungsstelle bereitgestellt. Die Ausbildung wurde vom Lehrstelleneinhaber jedoch abgebrochen. Dafür wurde eine Auszubildende von einem anderen Betrieb im 3. Ausbildungsjahr übernommen. Frau Nathalie Roth hat im Sommer 2016 ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen.

Nach Rücksprache mit dem Leiter des Gartenbauabteilung, Herrn Franz Staab, könnte ab September 2017 wieder eine Ausbildungsstelle geschaffen werden, wobei natürlich eine spätere Übernahme über einen Jahresvertrag hinaus nicht gewährleistet werden kann.

Um geeignete Auszubildende zu gewinnen, sollte umgehend eine Ausschreibung erfolgen.

Beschluss

Für den Ausbildungsberuf Gärtner, Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau, wird ab September 2017 ein Ausbildungsplatz bereitgestellt. Die entsprechende Stellenausschreibung wird im Mitteilungsblatt sowie auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

9. Jahresrechnung 2015; Feststellung und Entlastung nach örtlicher Prüfung

Sachverhalt:

Mit der Feststellung wird die Rechnungslegung nach der örtlichen Prüfung abgeschlossen und der von der Verwaltung erstellte Entwurf des Jahresabschlusses offiziell zum Jahresabschluss der Gemeinde. Der Gemeinderat kann in der gleichen Sitzung den Jahresabschluss feststellen und über die Entlastung beschließen. Die jeweiligen Beschlüsse müssen aber formal getrennt sein. Bei der Beschlussfassung über die Entlastung ist der Bürgermeister persönlich beteiligt (Ast. 49 GO) und darf deshalb nicht mit abstimmen.

Weiterhin ist noch ein Beschluss über die Verwendung des Jahresergebnisses zu fassen. Der Jahresabschluss 2015 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft. Besondere Prüfungsfeststellungen haben sich nicht ergeben.

Es wurde jedoch angeregt, die Konzeption des Frühlingsballes zu überdenken, da der wirtschaftliche Erfolg nicht den Erwartungen entspricht.

Der Jahresabschluss 2015 wird deshalb nach Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt.

Die Ergebnisrechnung weist folgende Zahlen aus:

Ordentliche Erträge	15.181.380,64 €
Ordentliche Aufwendungen	13.975.780,37 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	1.205.600,27 €
Finanzergebnis	-5.901,81 €
Ordentliches Jahresergebnis	1.199.698,46 €
Außerordentliches Ergebnis	837,32 €
Jahresergebnis	1.200.535,78 €

In der Finanzrechnung ergeben sich folgende Zahlen:

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	15.060.232,96 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.480.019,43 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.580.213,53 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.499.811,64 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.972.731,91 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.472.920,27 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-239.199,43 €
Änderungen des Bestandes an Finanzmitteln	-131.906,17 €

Die Bilanzsumme zum 31.12.2015 beträgt 61.212.895,89 € und ist somit 360.991,80 € höher als die Summe der Schlussbilanz zum 31.12.2014.

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 374.749,40 €, die Position Aktive Rechnungsabgrenzung um 7.010,23 € und das Umlaufvermögen verringerte sich um 20.767,83 €.

Die Veränderungen auf der Passivseite sehen wie folgt aus:

Eigenkapital	+1.200.535,78 €
Sonderposten	-112.975,12 €
Rückstellungen	+264.745,99 €
Verbindlichkeiten	-964.519,81 €
Passive Rechnungsabgrenzung	-26.795,04 €
Summe	360.991,80 €

Die Änderungen bei den Rückstellungen und den Verbindlichkeiten beruhen im Wesentlichen auf der Tatsache, dass die Kreisumlage 2016 von der Position Rückstellungen auf die Position Verbindlichkeiten umgebucht worden ist.

GR Richard Hein, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, bemerkt, dass im Jahr 2015 das Ergebnis um 360.000 EUR höher war, als im Jahr 2014.

Dies ist der straffen Führung durch die Verwaltung und einem sehr guten Kämmerer zu verdanken. Er bedankt sich ebenfalls bei seinen beiden Prüfungskollegen.

Beschluss

Gemäß Art. 102 Abs. 3 GO wird der Jahresabschluss 2015 in der vorgelegten Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

Beschluss

Der Gemeinderat stimmt der Entlastung des Jahresabschlusses 2015 gem. Art. 102 Abs. 3 GO zu.

Abstimmungsergebnis: ja: 17 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: Bgm. Andreas Zenglein ist gem. Art. 49 GO persönlich beteiligt. - Sitzungsleitung zur Abstimmung: 2. Bgm. Max Baumann.

Beschluss

Der Jahresüberschuss 2015 in Höhe von 1.200.535,78 € wird der Ergebnissrücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis: ja: 18 nein: 0

10. Allgemeines

Im Anschluss an die Sitzung wird GIB Friedrich Englert mit lobenden und anerkennenden Worten aller Fraktionssprecher für seine Tätigkeit als Geschäftsleiter gewürdigt. Herr Friedrich Englert wird ab Januar 2017 in den Ruhestand gehen.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **25.01.2017** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Silvia Reiling
Verwaltungsangestellte